

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.  
 Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgezeigte Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Inserate und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt die Zeile mit 20 Pf. (zünftig 2 Zeilenbreite) 10 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeld und Schlusszeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 14. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Arbeiter, meidet den Schnaps!

Vom Leipziger Parteitag, der im September 1909 stattgefunden hat, ist die folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

„Die von der agrarisch-merkantilen Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bezweckt, einen großen Teil der durch die wahnwitzige Rüstungspolitik verursachten Einnahmen des Reichs den Schultern der Armen aufzuerlegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingentierungspolitik auch fernerhin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Branntweinsteuer ein jährlicher Extraprofit von über 50 Millionen Mark zugesichert werden. Um dieser verwerflichen Volksausbeutung zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweingenuss verursachten und geförderten körperlichen und moralischen Elend weiler Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Anforderung, den Branntweingenuss zu meiden. Die Parteiorganisationen und die Parteipresse werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischer Weise zur Durchführung zu bringen.“

Der Kampf gegen den Branntwein ist erfreulicherweise von großem Erfolg gewesen. Wie aus der amtlichen Statistik klar hervorgeht, ist der Schnapskonsum ganz erheblich zurückgegangen. Diese Wirkung wird noch größer werden, sobald erst der Einfluß der Klassenbewußtsein Arbeiterklasse in denjenigen Bezirken wächst, in denen der Schnapskonsum am größten ist.

So groß unsere Freude über den Erfolg der Kriegserklärung gegen den Schnaps, so groß ist der Schmerz der Schnapsbrenner, die um so bessere Geschäfte machen, je mehr von ihrem Fusel getrunken wird.

In dreifacher Ablehnung der Gesundheitschädigungen, die mit dem Schnapskonsum verbunden sind, ging ihr Bestreben darauf aus, unter allen Umständen ihren Profit zu retten. Wenn sie vor kurzem im Reichstage der Regierungsvorlage zustimmten, die scheinbar die Liebesgabe beseitigte, um den Verbündeten Regierungen die Mittel zur Deckung der neuen Heeres- und Marinevorlagen zu schaffen, so sollte das Sand in die Augen des Volkes sein. Denn die Liebesgabe ist in Wirklichkeit nicht beseitigt, sondern nur verschleiert worden. Da die Bestimmungen über den Durchschnittsbrand und den Vergällungszwang aufrechterhalten worden sind, so wurden die großen Brenner wieder aus den Klaffen der Allgemeinheit in ungeheurer Weise begünstigt. Worauf das jetzt angenommene Gesetz hinausläuft, hat ein sozialdemokratischer Redner im Reichstage wie folgt dargestellt:

„Es ist ein offenes Geheimnis in den Fachkreisen, daß dieses Gesetz noch eine neue Preissteigerung durch die Spirituszentrale bringen wird, und daß man bereits von einem festen Satz von 12 M. spricht, den als Preiserhöhung die Zentrale ins Auge gefaßt hat. Es ist ein Raub an den Armen der Armen, den sie begehen; denn diese Verleumdungen, die zum Schnaps greifen, müssen wieder die neuen Abgaben, die durch das Gesetz entstehen, zahlen, und die Reichskasse gibt bereitwilligst 16 Millionen her für die Brennerinteressen; nicht für das Publikum, das den denaturierten Spiritus verbraucht, sondern für die Brenner... Befürchten sie die 16 Millionen nicht, der Spiritus würde doch billiger werden — und deshalb haben wir verlangt, daß die Veteranen des Krieges und die Veteranen der Arbeit diese 16 Millionen bekommen; aber die Herren, die Kammern, geben keinen Pfennig dafür her.“

Es stellt sich die angebliche Abschaffung der Liebesgabe für die Schnapsbrenner in Wirklichkeit also dar, als eine weitere Ausplünderung der Armen, die der irrigen Meinung sind, auf den Schnapsgenuss nicht gänzlich verzichten zu können.

Arbeiter in Stadt und Land! Gebt den Schnapsbrennern und den ihr gefügigen Verbündeten Regierungen die einzig richtige Antwort auf ihr Verhalten. Der Leipziger Beschluß muß noch eifriger propagiert werden, als bisher. Verleudet es immer wieder in Dorf und Stadt: Wer Schnaps trinkt, schädigt seine Gesundheit und fördert seine bössartigsten Feinde, die preussischen Junker.

## Meidet den Schnaps!

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei.

## Die politische Lage in Schweden.

II.

Der schwedische Liberalismus ist gewiß nicht die konsequente politische Interessendertretung einer einheitlichen sozialen Bevölkerungsschicht, von der man klare politische Ziele erwarten kann. Die Parteiorganisation ist lose und die Presse ist auf der ganzen Linie in Privat Händen, wie bei den Konservativen auch. Die Politik wird von den Führern gemacht, den „großen Männern“ in Presse und Parlament. Die demokratische Kontrolle der Parteitätigkeit über die Wählermassen am Wahltag aus. Diese Wählermassen bestehen aus Kleinbürgern und -bauern, Beamten des Staates, der Gemeinden und der Industrie, also der Mittelschicht der Bevölkerung. Je mehr diese mit dem Kapitalismus gleiche Interessen hat, desto mehr pendelt sie zwischen den beiden politischen Begriffen „liberal“ oder „konservativ“. Und je mehr ihre Interessen mit denen der Arbeiterklasse zusammenfallen, desto mehr neigt sie auch einer radikalere Politik zu. Einstweilen hat die zweite Richtung noch die Oberhand, was ein parlamentarisches Zusammenwirken der Sozialdemokraten mit den Liberalen in gewissen gemeinsamen Fragen ermöglicht, so z. B. in den jahrzehntelangen Kämpfen um das Wahlrecht, wo das Zusammenwirken sich nicht in der gemeinsamen Opposition im Parlament erschöpfte, sondern auch durch die gegenseitige Unterstützung außerhalb des Parlaments bei den Wahlen als in der Propaganda des allgemeinen Wahlrechts stattfand. Seit dem Siege des Wahlrechtsgedankens und Einführung des erweiterten Stimmrechts auf proportionalen Grundlag gehen die beiden Parteien im Wahlkampf jede für sich selbständig vor, das Zusammenwirken kommt daher nur im Parlament selbst in Frage.

Die sozialdemokratische Fraktion hat aber auch hier ihre Selbständigkeit vollständig gewahrt, eine Blockpolitik existiert nicht. Die von uns letzten Herbst geschilderte Stellung des Genossen Branting, der liberalen Regierung abwartend gegenüber zu treten, ist von der Fraktion akzeptiert worden. Man hat geprüfelt, was die Regierung brachte, hat Verbesserungsanträge durchzusetzen versucht und hat sich in allen Fragen die Entscheidung vorbehalten. Das Angebot, an der Regierung direkt teilzunehmen, wurde abgelehnt, man hat die Regierung geführt, wo sie brauchbare Vorschläge machte, opponiert, wenn sie in der Vertretung demokratischer Ziele zögerte. Eine Last, also, wie sie auch in der parlamentarischen Arbeit der deutschen Sozialdemokratie üblich ist. Da die Liberalen auf die sozialdemokratische Hilfe angewiesen sind, wollen sie nicht ihre Politik mit den Konservativen machen und dadurch einen großen Teil ihrer Wähler abstoßen, so haben sie in manchem Punkt den sozialdemokratischen Wünschen schon bei der Einbringung der Vorlagen entgegenkommen müssen. Aber leider mußte stets auf die Erste-Kammernmajorität Rücksicht genommen werden, die die Ablehnung der meisten Vorlagen in der Hand hat. Es ist notwendig, diese konservative Vorherrschaft zu berufsichtigen, wenn man die politischen Ergebnisse des letzten Winters bewerten will.

Trotzdem also unsere Fraktion sich durchaus innerhalb der von der internationalen Sozialdemokratie befolgten parlamentarischen Taktik bewegte, hat unter den Parteigenossen eine feste Opposition sich gebildet. Vertreten wird diese von dem Stockholmer Bürgermeister Lindhagen und einigen Wortführern der Jugendorganisation. Die letztere hat zirka 7000 Mitglieder, deren Mehrzahl die Opposition ihrer führenden Leute zweifellos gutheißt. Dagegen ist in der eigentlichen Parteiorganisation wenig oder gar nichts von der Opposition zu spüren gewesen, so daß die Partei selbst mit den Treibereien gegen die Fraktionspolitik nichts gemein hat.

Die Opposition richtet sich, wenn man von der mehr beiläufigen Republikation Lindhagens abläßt, vornehmlich gegen folgende praktisch formulierte Punkte: 1. gegen das Zusammenwirken mit den Liberalen; 2. gegen die Haltung der Fraktion in der Militärfrage; 3. gegen die Zusammenfassung der sozialdemokratischen Fraktion der Ersten Kammer. Um den letzten Punkt vorwegzunehmen, kann der Opposition hier eine gewisse Verechtigung nicht abgesprochen werden. In der Ersten-Kammer-Fraktion sitzen mehrere Abgeordnete, die der Partei erst beitraten, als ihnen das Mandat bereits übertragen oder doch mindestens sicher war. Die bemerkenswertere Persönlichkeit unter diesen ist der Professor Steffen aus Göttingen, eine an sich gewiß schätzenswerte Kraft, dessen innerer Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung jedoch bisher nicht erwiesen ist. Die von ihm eingenommene Stellung zum Marxismus hätte der Partei nahelegen sollen, das neue Parteimitglied zunächst auf einem weniger exponierten Posten als in der Ersten Reichstagskammer zu beschäftigen. Ein anderes Erste-Kammermitglied der Partei erst beigetreten nach erfolgter Wahl zum Reichstagsabgeordneten. Das Mandat wurde ihm zuteil, weil er — Abstinenz ist. In dieser Erwerbung ist die Parteileitung freilich unschuldig, denn sie hatte den langjährigen Redakteur des Zentralorgans der Partei, Genossen Magnusson vorgeschlagen, fiel aber mit diesem Vorschlag bei den sozialdemokratischen Gemeindevertretern des Bezirkes, die hier Wähler waren, durch. Magnusson ist zwar eine tüchtige Kraft und überzeugter Parteigenosse, aber er ist halt nicht Abstinenz!

Das sind nur ein paar Beispiele für eine in der schwedischen Sozialdemokratie ungeübte Erscheinung: eine starke Einwanderung bürgerlicher Akademiker, die ohne Beziehung zu Amt und Würden gelangen. Zu diesen Leuten gehören aber nicht nur die rechtsstehenden Elemente, sondern auch die Führer der jugendlichen Opposition. Was gegen Steffen spricht, kann mit noch größerem Recht gegen Herrn Lindhagen angeführt werden. Wohl trat er noch als liberaler (!) Abgeordneter der Partei bei, er wartete also nicht bis die Mandatfrage aktuell wurde. Aber seine Taten als sozialdemokratischer Abgeordneter sind ein direktes Renetel gegen derartige Erwerbungen. Er begann mit einem Vorbehalt, auch als Fraktionsmitglied seine eigenen Wege gehen zu dürfen, durchkreuzte die Aktion der Fraktion hinsichtlich der Nacharbeit der Frauen, lehnte im wissenschaftlichen Organ der Partei den historischen Materialismus als Richtschnur der Partei ab, verfocht anstatt dessen die Bodenreform Henry Georges, obgleich diese auch ihm etwas zu eng ist, ferner die Vernunft und das Rechtsgefühl als Leitsterne der sozialdemokratischen Politik. Vernunft und Rechtsgefühl ist für ihn aber nicht aus den materiellen Lebensbedingungen der Menschen abzuleiten, sondern eine Fähigkeit des menschlichen Geistes, gewonnen während dessen Entwicklung in vorhistorischen Zeitperioden, eine Fähigkeit der Gehirnzellen, verschiedene Wahrnehmungen unparteiisch und parteilos, oder mit andern Worten harmonisch, zusammenzustellen. „Eine Menge, ja man kann sagen alle Mißverhältnisse, deren Beibehaltung man auf das eigene Interesse zurückführt, haben ihren eigentlichen Ursprung in schlechten Gewohnheiten des eigenen Interesses.“ („Liden“ Nr. 1, 1910.) Um diese schlechten Gewohnheiten des Egoismus abzuschaffen bedarf es nur der Übung des Geistes! Man sieht: Schon 1910 entwickelte Herr Lindhagen die Theorie für seine diesjährige Republikation im Reichstage, den König zu eruchen, auf die schlechte Gewohnheit, König zu sein, Verzicht zu leisten. Nach diesen Stichproben bedarf es für den deutschen Leser kaum des Hinweises, daß Herr Lindhagen sich besser als Führer einer salonaristokratischen Sekte denn als Berater und Vertrauensmann des Klassenbewußten Proletariats eignet. Wenn also eine Reinigung der schwedischen Partei der Opposition mit einem Recht notwendig erscheint, so darf man sie selbst nicht übergeben. Kehnliche Figuren, wie Lindhagen, gibt es da noch mehrere.

Der zweite Einwand der Opposition betrifft die Militärfrage. Die Fraktion fordert im Interesse des arbeitenden Volkes mögliche Herabsetzung der Militärausgaben und sie hat nicht verfehlt, auf das sozialdemokratische Endziel des Völkerefriedens hinzuweisen. Allein dieses Ziel kann unter dem Kapitalismus nicht verwirklicht werden und die Völker sind daher genötigt, Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit zu ergreifen. Für Schweden erscheint das besonders naheliegend, weil hier die Gefahr vom Osten her droht. Rußland strebt seit langem nach einem eisernen Meeresschiffen und die Russifizierung Finnlands ist nur ein Glied in dieser Kette. In weitesten Kreisen des schwedischen Volkes, auch der Partei, sieht man diesem Streben des russischen Blutregiments mit bangen Gefühlen gegenüber, und wenigleich die Militaristen dieses volkspolologische Moment kräftig für ihre Zwecke auszunutzen, so darf die Partei die Gefahr nicht ignorieren. Mit wenigen bedeutungslosen Ausnahmen hat die Sozialdemokratie in allen Ländern die Landesverteidigung gegen feindliche Invasionen als notwendig anerkannt. Ihr Kampf gilt dem Militarismus als solchen, der dem kapitalistischen Expansionsbedürfnis und der Niedrigung fortschrittlicher Bewegungen der eigenen Staatsbürger dient.

In Schweden besteht nun eine Kombination zwischen Militär und stehendem Heer, wobei das letztere die geringere Rolle spielt. Jeder wehrfähige Mann wird ausgehoben und je nach den Waffengattungen acht Monate bis ein Jahr ausgebildet. Die Militaristen erstreben die einjährige Dienstzeit für alle Waffen, womit ihr Ideal, das stehende Heer, erreicht werden soll. Die sozialdemokratische Parteileitung und Reichstagsfraktion haben die liberale Regierung in ihrem Bestreben, eine eingehende Untersuchung der Landesverteidigungsfrage zur Grundlage weiterer gesetzlicher Maßnahmen vorzunehmen, unterstützt und Parteigenossen gehören der Untersuchungskommission an. Die Fraktion war auch bereit, der in unserem ersten Artikel erwähnten Versuchsmobilisierung zuzustimmen, wenn diese bestimmte Beschränkungen erfahre. Als diese Vorschläge nicht beachtet wurden, stimmte die Fraktion gegen die Vorlage. Da der letzte Parteitag ausdrücklich einen Antrag ablehnte, die sofortige Abrüstung zu fordern, bleibt die Haltung der Fraktion durchaus im Rahmen der Parteibeschlüsse.

Die Opposition vertritt die gegenteilige Auffassung. Für sie ist, mit wenigen Ausnahmen vielleicht, der Kampf gegen den Militarismus ein solcher gegen die Landesverteidigung überhaupt. Die Argumente sind vollends dem anarchoistischen Arsenal entlehnt. Das Jugendorgan propagiert Auffassungen, die ausschließlich anarchoistischer Herkunft sind. Sich auf die Landesverteidigung einrichten, ist den Völkermord organisieren, daher Kampf gegen die staatliche Legalisation und Organisation des Blutvergießens. Schlägt dich jemand auf die linke Wacke, so halte ihn auch die rechte hin! In teils verdeckter, teils offener Weise wird der Militarismus propagiert, lehnt sogar an erster Stelle im Jugendorgan. Die Be-



folgt einer derartigen Taktik würde für die Partei dem Selbstmord gleichkommen. Sie kann nur die Forderung auf eine demokratische Organisation der Landesverteidigung vertreten, die möglichst Effektivität mit größter Sparsamkeit verbindet und den militaristischen Reigungen der Reaktion einen Riegel vorschiebt. Die Frage, wie weit eine Verteidigung möglich ist, hätte größere Berechtigung als die reine Negation des Antimilitarismus. Daß sie auf die Dauer eines langen Krieges mit einer Großmacht unmöglich ist, dürfte feststehen. Allein sie kann auf mehrere Monate gelingen, was einer Intervention anderer Großmächte zuungunsten des Eroberers gleichkommen würde, während eine widerstandslose Preisgabe des Landes eine solche Intervention erschweren oder gar unmöglich machen würde.

Der schließliche Vorwurf des Partierens mit den Liberalen ist, wie wir gesehen haben, nicht berechtigt. Die Fraktion steht unabhängig da, sie bestimmt ihre Haltung von Fall zu Fall auf Grund eingehender Prüfung der resp. Vorlagen. Einen Block mit den Liberalen ist sie nicht eingegangen. Wohl könnte man, ganz besonders in Arbeiterfragen und in der ganzen Sozialgesetzgebung, eine stärkere Betonung des sozialdemokratischen Standpunktes wünschen, auch mehr Initiative und Verständnis für dieses Gebiet sozialdemokratischer Politik ebenso, aber hier vermag die Opposition noch mehr als die Fraktion. In ihrer Würdigung der diesjährigen Reichstagsarbeit hat die Opposition kein Wort für den verbesserten Arbeiterschutz und für die ausgedehnte Gewerbeinspektion gefunden, nur das selbständige arbeitsrechtliche Amt sahien ihr der Erwärmung wert.

Eine Opposition auf derartigen Grundlage ist nicht nur parteischädigend, sie muß in ihrer Wirkung parteiausslösend ausarten, werden nicht rechtzeitig Maßnahmen dagegen ergriffen. Die Gründung eines besonderen Oppositionsklubs, des „Linkenvereins“, unter der bewährten Führung Lindhagens spricht Bände. Daß man die Zersplitterungsabsicht leugnet, ändert an der Tendenz nichts. Offen ist die Auflehnung gegen die Parteidisziplin, die Grundlage jeder ersprießlichen Parteiarbeit ausgesprochen worden. Wäre die theoretische Schulung, eine gefestigte theoretische Grundlage für die Parteitätigkeit, nicht so vernachlässigt in der schwedischen Sozialdemokratie, würden derartige Erscheinungen unmöglich, zum mindesten ungefährlich sein. Hier muß der Rebel angefaßt werden, selbst wenn die finanziellen Möglichkeiten zurzeit nicht rosig sind. Salonarabisische und studentenpolitische Strömungen werden sonst leicht zu einem Pfahl im Fleische der Arbeiterklasse.

## Soldatenschickial.

Die Fälle, daß krankhaft veranlagte und geistig minderwertige junge Leute beim Militär eingestellt, dann aber nach einiger Zeit wieder für dienstuntauglich erklärt werden, mehren sich in erschreckender Weise. Leider werden solche Soldaten erst vom Militär entlassen, wenn sie kriminell geworden sind, hinterher erfolgt aber dann wegen der während der Dienstzeit begangenen „Verfehlungen gegen die Disziplin“ ihre Verurteilung. Es ist geradezu erschütternd, wenn man diese Kranken, oft elenden Gestalten auf der Anklagebank sitzen sieht und die amtlichen Sachverständigen dann mit lakonischer Kürze erklären, „der Angeklagte ist zwar krankhaft veranlagt, geistig minderwertig und dienstuntauglich, aber für seine beim Militär begangenen Straftaten verantwortlich zu machen“. Die Zahl der Psychopathen im Heere ist ohne Zweifel im Zunehmen begriffen, es ist deshalb unbedingt nötig, daß diesem traurigen Kapitel, wie schon unser Genosse Edmund Fischer vor kurzem bei Beratung des Militärrelats im Reichstage forderte, die größte Aufmerksamkeit zugewendet wird. Zum schärfsten Widerspruch muß es herausfordern, daß man gegen solche bedauernswerten Elemente noch rigoros vorgeht und schließlich exorbitant harte Strafen gegen sie verhängt. Besonders bemerkenswert ist in dieser Beziehung ein Fall, der jetzt in letzter Instanz das Reichsmilitärgericht beschäftigt. Es ist das Schickial und die Leidensgeschichte eines dienstuntauglichen Soldaten, wie sie erschütternder nicht gedacht werden kann.

Der Vergarbeiter, jetzige Arbeitslos Vogel mußte trotz seiner eigenartigen Veranlagung im Herbst 1900 beim Militär eingestellt. Wegen einiger in der Erregung begangener Verfehlungen erhielt er mehrere Disziplinarstrafen und als „schlechtes Element“ wurde er bald in einen anderen Truppenteil versetzt. — Die Arreststrafen hörten aber nicht auf. Einmal brachte man ihn wegen einer Insubordination zur Meldung und das Kriegsgericht verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis! Im Festungsgesängnis regnete es wieder Arreststrafen und nach der Strafverbüßung kam Vogel nicht zur Truppe zurück, sondern wegen „schlechter Führung“ in die Arbeiterabteilung! Dadurch wurde es naturgemäß nicht besser, V. fügte sich zu unrecht in die Arbeiterabteilung versetzt und geriet in eine sehr deprimierte Stimmung, die ihm oft die Lust zum Dienst nahm und sich in eine gewisse Erregung umwandelte. Nachdem man ihn auch hier mehrfach in Arrest gesperrt hatte, brachte man V. wegen einer „schweren Insubordination“ vor Gericht. Er hatte nichts weiter getan, als beim Turnen eine Übung nicht ausgeführt und beim Ergreifen eine unvorschriftsmäßige Stellung eingenommen.

Von den Vorgesetzten wurde Vogel als ein Mann geschildert, der sich durch Vorsepiegelung geistiger Minderwertigkeit der Dienstpflicht zu entziehen versuche! Die Militärjustiz schickte den bedauernswerten Mann diesmal mit Rücksicht auf seine „Disziplinlosigkeit“ auf vier Monate ins Gefängnis! Der an sich schon schwermütige Angeklagte verlor nunmehr den Kopf und unternahm gleich danach einen Selbstmordversuch, da durch die fortgesetzten Verurteilungen ein Ende seiner Dienstzeit nicht abzusehen war. Der Hofenträger, an den er sich aufgehängt hatte, riß aber. Gegen die letzte Strafe wendete sich V. mit einer Verurteilung. Bald danach kam er abermals mit einem Unteroffizier in Differenz. Er hatte eines Tages nur mit einer Hand gearbeitet und seine Strümpfe nicht zur rechten Zeit gestopft. Wegen dieser Lappalien wurde V. sofort arrestit und in Untersuchungshaft gebracht! Er wollte seiner Leidensgeschichte gewaltiam ein Ende machen und hängte sich eines Nachts mit dem zerrissenen Fettlein in seiner Zelle auf. Auch dieser zweite Selbstmordversuch führte nicht zum Ziele; von einem kontrollierenden Unteroffizier wurde Vogel hängend aufgefunden und abgehauen. Die angestellten Wiederbelebungsbemühungen waren von Erfolg, worauf die Ueberführung in das Lazarett erfolgte. Im Anschluss an seine Behandlung wurde Vogel dann endlich auf den Geisteszustand beobachtet. Hinterher erhielt er aber noch eine Arreststrafe, weil er zum Selbstmordversuch das Bettuch verwendet hatte! Besonders bemerkenswert ist, daß die Vorgesetzten die Selbstmordversuche Vogels als markiert bezeichneten! Wegen der letzten Insubordination kam V. abermals vor Gericht. Der ärztliche Sachverständige Stabsarzt Dr. Krüger bezeichnete den Angeklagten für moralisch und

geistig minderwertig und dienstuntauglich, aber für verantwortlich!! Jetzt erhielt V. vier Monate drei Tage Gefängnis! Gegen dieses Urteil legte er ebenfalls Verurteilung ein.

Das Dresdener Oberkriegsgericht verhandelte vor kurzem über beide Verurteilungen. Der Sachverständige gab das gleiche Gutachten ab und der Anklagevertreter erklärte, daß nach seiner Meinung Vogel von der Vorinstanz noch „stimpflich“ behandelt worden sei! Er hat die Gesamtstrafe recht hoch zu bemessen, denn der Angeklagte müsse auf lange Zeit unschädlich gemacht werden!! Zum Schluß bebauerte er sogar, daß der Gerichtsherr zwecks Erhöhung der Strafe nicht Verurteilung eingelegt habe! Das Verurteilungsgericht hob die beiden letzten Urteile auf und bildete eine Gesamtstrafe von — acht Monaten Gefängnis!! — im Interesse der Disziplin!

Gegen seine Verurteilung wendete sich Vogel mit einer Revision an das Reichsmilitärgericht. Dies hat aber das Rechtsmittel als unbegründet zurückgewiesen! und damit das Schickial des bedauernswerten jungen Mannes besiegelt. Da Vogel dienstuntauglich ist, muß er die lange Strafzeit in einer Zivilaranstalt verbüßen und dann kehrt er endlich wieder in die Freiheit zurück, als Opfer des Militarismus!

## Der Krieg.

### Kämpfe bei Homs.

Konstantinopel, 18. Juni. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgende Depesche aus Homs: In der Nacht vom 4. Juni griff ein türkisches Detachement die italienische Front bei Merlab an und erbeutete eine Feldküche und Lebensmittel. Am 6. Juni fand ein Kampf statt, bei dem die Türken und Araber ein italienisches Fort einnahmen. Die Italiener hatten zwanzig Tote. Am 7. d. Mts. besetzten die Italiener das Fort wieder, mühten es aber nach einem bis zum Abend andauernden Kampfe abermals verlassen. Die Italiener zogen sich teils auf Homs, teils auf Merlab zurück.

Rom, 18. Juni. Die Agenzia Stefani meldet aus Homs von gestern: In der Nacht vom 11. zum 12. d. Mts. machte der Feind, nachdem er die italienischen Linien hier und dort beunruhigt hatte, um Uhr einen unvorhergesehenen und heftigen Angriff gegen die italienischen Streitkräfte, die die Hügel bei Lebda besetzt hielten. Als die Lage geklärt war, ließ General Reissol von allen in Homs verfügbaren Truppen einen Gegenangriff in die Flanke und im Rücken des Feindes unternehmen. Der Kampf war sehr erbittert. Um 8 Uhr 15 Minuten waren die Araber und Türken bereits überwunden und bezwungen. Ein Teil der Feinde entfloß eiligst, von den Italiern verfolgt und den italienischen Batterien bombardiert. Ein anderer Teil wurde in der Dose umzingelt und aufgegeben. Die Hauptstreitmacht des Feindes bestand aus Stämmen der Syrte, die von vier Geschützen und regulären türkischen Truppen unterstützt wurden. Diese Streitkräfte waren merklich stärker, als die bisher gegen die italienischen Stellungen bei Homs verwandten. Die Verluste der Araber und Türken sind sehr bedeutend. Die Dose und das Gelände der Umgebung sind mit Leichnamen der Feinde geradezu überfüllt. Nicht nur die nächste Umgebung, auch die sich daran anschließenden kleinen Berge bei Lebda sind vom Feinde verlassen. Es sind dort 421 Leichen gefunden worden, von denen 219 befeuert wurden. Viele andere sind vom Feind während der Schlacht fortgeschafft worden. Noch andere liegen in großer Anzahl auf einem von den italienischen Befestigungen weit entfernten Gelände und auf der Rückzugslinie des Feindes zerstreut umher. Die Italiener haben zahlreiche Gewehre und eine große Menge Munition erbeutet. Ihre Verluste betragen zwei Offiziere und 29 Mann tot und zwei Offiziere und 57 Mann verwundet.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Juni 1912.

### Große Ernten, Mangel und hohe Preise.

Die letzten Saatenlandsberichte rechtfertigen die Hoffnung auf eine gute Durchschnittsernte. Gegenüber dem vergangenen Monat ist jedenfalls eine erhebliche Verbesserung der Situation und der Ernteausichten eingetreten. Trotzdem sind in der letzten Woche die Getreidepreise in Deutschland wieder stark gestiegen. Während an den ausländischen Märkten die Preise ziemlich unverändert blieben, neben kleinen Steigerungen auch Abschwächungen zu konstatieren waren, zeigen die Notierungen in Berlin ein erhebliches Aufsteigen. Sie ergeben dieses Bild:

4. Juni . . . Juli-Roggen 224 $\frac{1}{2}$	Juli-Weizen 188 $\frac{1}{4}$
11. Juni . . . Juli-Roggen 229 $\frac{1}{4}$	Juli-Weizen 193 $\frac{1}{4}$

Also in einer Woche eine Steigerung um rund 5 Mark pro Tonne. Da sich angeblich Mangel an Ware fühlbar macht, soll noch mit weiteren Preisaufschlägen zu rechnen sein. Ungewöhnlich hohe Preise und Mangel an Getreide, wie rechnet sich das mit der Tatsache großer Ernten? In den letzten Jahren ergaben die Brotgetreideernten folgende Mengen in 1000 Tonnen:

	1907	1908	1909	1910	1911
Weizen	8479	8768	3756	8861	4066
Roggen	9788	10 787	11 348	10 511	10 866

Das letzte Jahr brachte die größte Weizen- und die zweitgrößte Roggenernte, der wir uns je erfreuen konnten. Und trotzdem Mangel! Doher er rührt, zeigt ein Blick auf die Außenhandelsziffern. Namentlich die Ausfuhr deutschen Roggens schwillt fortgesetzt an! In der Zeit vom 1. August bis 31. April des letzten Berichtsjahres betrug der Ausfuhrüberschuß — ohne Mehl — 4 694 512 Doppelzentner, gegen nur 2 724 732 Doppelzentner in der gleichen Zeit des Jahres vorher. Unter Berücksichtigung der Mehlausfuhr ergibt sich ein Ausfuhrüberschuß von annähernd 7 Millionen Doppelzentner Roggen. So entblößt man Deutschland von Getreide, und die Preise schnellen in die Höhe! Und die auf solche Weise bewerkstelligte Verteuerung muß der einheimische Konsum noch extra bezahlen. Der bei der Ausfuhr ausgestellte Einfuhrschein, der zu der zollfreien Einfuhr anderer Waren berechtigt, ist eine verdeckte Ausfuhrprämie. Als solche kommt sie für die Mehrausfuhr ganz zweifellos voll zur Geltung. Sie beträgt pro Doppelzentner 5 M.

Dem deutschen Volke kostete die Ausfuhr der letzten neun Monate demnach den netten Betrag von circa 35 Millionen Mark! Diese Summe müssen die Konsumenten aufbringen, damit die Ausfuhr deutschen Roggens den Inlandsmarkt entblößt und den Preis in die Höhe treibt.

Das ist die eine Seite der nationalen Wirtschaftspolitik! Sie hat noch eine andere ebenso reizvolle. Der hauptsächlich von den Großgrundbesitzern kultivierte Ackerbau lohnt, weil der hohe Eingangszoll von 50 M. pro Tonne, in Verbindung mit der Ausfuhrprämie gleicher Höhe, glänzende Einnahmen gewährt. Man fördert den am wenigsten Mühe machenden Roggenbau und wirft erhebliche Mengen des Getreides ins

Ausland. Diese Praxis bedingt eine Vernachlässigung anderer Kulturen. Das hat wieder den Vorteil, daß auch die Preise der im Inlande nicht genügend erzeugten Lebensmittel dauernd hoch bleiben. Das gilt u. a. von Eiern, deren Produktion in Deutschland arg vernachlässigt wird. Eine bedeutende Einfuhr ist notwendig, um den einheimischen Bedarf zu decken. Es betrug die Einfuhr in den ersten 4 Monaten:

1911 490 292 Doppelzentner im Werte von 54 423 000 M.
1912 512 614 „ „ „ 55 875 000 „

Außerdem wurden eingeführt 1911 11 346 Doppelzentner Eigelb im Werte von 1 078 000 M., 1912 16 468 Doppelzentner im Werte von 1 564 000 M. Der Gesamtwert der diesjährigen Einfuhr stellt sich demnach auf 57 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark. Eier tragen einen Zoll von 2 M., was natürlich ebenfalls auf das Preisniveau wirkt. Mit den von den Agrariern eingestreckten Ausfuhrprämien auf Roggen ließen sich andere Kulturen fördern. Aber das verbietet das Portemonnaie-Interesse der Junker. Nicht gute Ernährung des Volkes, sondern Liebesgaben ohne Maß für sie ist das Ziel ihrer nationalen Wirtschaftspolitik!

### Die „Kölner“ trumpsfen auf.

„So kann es nicht weitergehen“, erklärt die „Kölnische Volkszeitung“, „mit der zelotischen, lehrerfuchenden und lehrerrieserischen Berliner Richtung.“ Und sie schildert die Untriebe der Patentfrommen folgendermaßen:

„Neuerdings hat sich eine förmliche internationale Verschwörung gebildet, um die christlichen Gewerkschaften, den Volksverein und die Zentrumspartei im Vatikan als des Abfalls vom reinen unverfälschten Katholizismus verdächtig hinzustellen. Dies geschieht mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre. Unwahrheit und Entstellung werden dabei nicht gescheut, und besonders sind es wieder die italienischen und französischen Mithelfer, die im eigenen Lande genug zu tun hätten, aber bei diesem Kampfe gegen die große Mehrheit der deutschen Katholiken die bei den Romanen von jeher übliche Unkenntnis der deutschen Verhältnisse zeigen. Mit aller Macht sucht diese internationale Verschwörung seit einigen Jahren das Ohr des Heiligen Stuhles zu gewinnen und die päpstliche Autorität zugunsten ihrer Sanderichtung auszuspielen, sich dadurch als die wahren vom Vatikan beglaubigten Katholiken, die anderen aber als religiös verdächtig und kirchlich minderwertig hinzustellen. In der Tat lesen wir in regelmäßigen Zwischenräumen von angeblichen Aussprüchen des Heiligen Vaters gegen die christlichen Gewerkschaften, ebenso regelmäßig kommt dann wieder ein beruhigender Artikel in dem Sinne, daß der Heilige Vater beiden Richtungen gleich wohlwollend gegenüberstehe und auch die christlichen Gewerkschaften nicht bekämpfe — unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß ihre Mitglieder treu katholisch bleiben. Dieses wiederhole sich jetzt wieder bei der Adresse, welcher der Delegiertenverband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) am Pfingsten an den Heiligen Vater gerichtet hat, bezw. mit der Antwort des Heiligen Vaters. Man darf sicher annehmen, daß in einigen Monaten das Spiel von neuem angeht: Ausschlagung einer ganz unkontrollierbaren Äußerung des Heiligen Vaters oder eines Herrn seiner Umgebung, Beruhigung von seiten der angegriffenen, weitauß größtenteils Richtung unter den deutschen Katholiken usw. Das ist ein unwürdiges Spiel und kann so nicht weiter gehen. Die Schuld an diesem Spiel trägt einzig die Berliner Richtung, die immer und immer wieder auf Hinterlären und Schleichwegen eine Beurteilung ihrer Gegner durch die päpstliche Autorität erreichen will. Dieses Spiel schädigt aber die Autorität des Heiligen Stuhles ganz außerordentlich und ist dessen unwürdig; das muß einmal bei aller Ehrerbietung vor dem Heiligen Vater mit deutschem Freimut ausgesprochen werden.“

Und so fordert denn die „Kölnische Volkszeitung“ eine radikale Remedur:

„Es kann gar nichts nützen, daß man die Sache einmal wieder sozusagen versumpfen läßt. Wenn die Streitigkeiten unter den deutschen Katholiken ein Ende nehmen sollen, dann muß vor allen Dingen das System der Verdächtigungen und der Umgehung der zuständigen kirchlichen und politischen Instanzen ein Ende nehmen, nach dem die Unfriedensstifter bisher verfahren, und es muß die Möglichkeit ein Ende nehmen, durch die Mißhisse einzelner Förderer in Rom dieses System mit einem Schein von Erfolg und offener oder geheimer Willkür zu umkleiden. Die Herstellung dieses Scheines wird mit einem Schlage dem ganzen Spul den Garaus machen. Bittere Erfahrungen soll man nützen. Darum war und ist es notwendig, die Alten über den jüngsten Zwischenfall nicht zu schweigen, bevor die Rückschlüsse aus ihm gezogen sind.“

Dieser Meinung sind auch die leitenden Kreise der christlichen Gewerkschaften. Ihnen genügen die Erklärungen Dr. Seiners und des Münchener Nuntius Dr. Frühwirth ebenfalls nicht. Sie meinen, daß eine autoritative Erklärung kommen müsse, eher werde die Ruhe in den führenden Gewerkschaftskreisen nicht wieder einkehren.

### Der Papst als Urheber eines weltgeschichtlichen Skandals.

Ueber den Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) schreibt in der „Köln. Volkszeitung“ der Redakteur Weder-Berlin:

„Dieser Verband bildet den Mittelpunkt der sogenannten „Berliner Richtung“ innerhalb des katholischen Lagers Deutschlands. Während Volksverein, katholische Arbeitervereine West- und Süddeutschlands und christliche Gewerkschaften, wenn zeitweise auch nur langsam, so doch unausgesetzt in der Entwicklung vorangeschritten sind, befindet sich der Berliner Arbeitervereinsverband mit all seinen Einrichtungen geradezu in einer jämmerlichen Lage.“ Im einzelnen wird dann auf den stetigen Rückgang der Sterbefällen und der katholischen Fachabteilungen des Berliner Verbandes unter Anführung von Ziffern hingewiesen und bemerkt: „Diese Ziffern sprechen für den Versicherungsmathematiker und Organisationspraktiker eine geradezu erschütternde Sprache: Sinkende Einnahmen, steigende Ausgaben. Hält diese Entwicklung an, ist eine Katastrophe für die Männer- und Frauenverbände des Berliner Verbandes unvermeidlich. Für die Fachabteilungen ist diese bereits im letzten Jahre schon eingetreten. 1910 reduzierte man die Leistungen mit dem Ergebnis, daß 1911 ein Drittel der Gesamtmitglieder stadthaltig aus den katholischen Fachabteilungen austraten.“ Weder führt dann als Gegenfah die Einnahme-, Ausgabe- und Vermögensziffern der christlichen Gewerkschaften an und fügt hinzu:

„Aus diesen Ziffern geht mit aller Deutlichkeit hervor, auf welcher Seite solide, schöpferische und aufbauende Arbeit geleistet wird. Dem Berliner Organisationsystem fehlt zunächst jede innere Verbekraft, und dann haben sich seine Leiter organisatorisch als zu vollständig unfähig erwiesen, als daß man mit gutem Gewissen der katholischen Arbeiterschaft den Beitritt zu den Kasseneinrichtungen des Berliner Verbandes empfehlen könnte. Und für ein solch durch und durch morsches und saules Weildesucht man auf dem Wege der Durchführung



und Täuschung und über den Kopf der Preussischen Bischöfe hinweg das Oberhaupt der katholischen Christenheit zu engagieren. Dieses Verhalten grenzt an einen weltgeschichtlichen Skandal."

Man sieht, die Herrliche Polemik ist nicht von Kopfe.

### Abgeschüttelt.

Donnerstagabend kommt endlich die „Germania“ auf die sensationelle Mitteilung der „Rhein-Westfälischen Ztg.“ zurück, in der dem Vater Esser die Verfälschung der beiden Depeschen, die von Rom nach Berlin und nach Frankfurt gingen, zugeschrieben wurde. Die „Germania“ schreibt: „Wir geben diese Sensationsmeldung hier wieder, um sie niedriger zu hängen, und stimmen im übrigen dem „Münsterschen Anzeiger“ zu, wenn er vermutet, daß es mit diesem Zentrumsabgeordneten gerade so bestellt ist, wie mit den katholischen Priestern, deren Mitarbeit sich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ so gern von Zeit zu Zeit rühmt, und daß er nur in der etwas lebhaften und sensationsbedürftigen Phantasie des alldeutschen Kulturkampferischen Blattes lebt. Wir können uns nicht denken, daß ein Zentrumsabgeordneter sich so weit vergessen und so ungeschickt sein kann, solche Auslassungen an solcher Stelle zu veröffentlichen.“

Ja, die Ungeschicklichkeit, die macht diese Abschüttelung freilich nötig und verständlich.

### Wie steht der Episkopat zum schwarzen Gewerkschaftstreit?

Die bisher einzige öffentliche Stellungnahme des deutschen Gesamtepiskopats zur christlichen Gewerkschaftsfrage war das Fuldaer Pastoral vom Jahre 1900. Keine Auslegungslust vermag aus dieser Rundgebung eine Billigung der christlichen Gewerkschaften hervorzuleiten, sie war im Gegenteil scharf gegen die „Gefahren“ dieser Bewegung gerichtet. Auch die Beschlüsse der Fuldaer Bischofskonferenz von 1910 zeigten keine Billigung höchstens eine Duldung der christlichen Gewerkschaften dar. Gegenüber den Versuchen der „Köln-Grabbacher“, die Stellungnahme einzelner Bischöfe zugunsten der christlichen Gewerkschaften auszunutzen, schreibt nun die „Kölnische Korrespondenz“:

„Da man nun nicht annehmen kann, daß die Bischöfe sich selbst widersprechen und in Fulda etwas anderes sagen als in ihren Diözesen, so drängt sich der Schluss auf, daß sie ausnahmslos im Prinzip keine Sympathien für die inter- und überkonfessionellen Gewerkschaften haben und diese nur aus Opportunitätsgründen billigen. Ähnlich, wie das bisher auch Pius X. getan hat. Was man aber nur aus Opportunismus billigt, das toleriert man. In den bischöflichen Rundgebungen zugunsten der Gewerkschaften hätten wir also lediglich ein „tolerari potest“, auch wenn die Form der Rundgebungen noch so verbindlich und freundschaftlich gehalten war. Die Bischöfe konnten dieses tolerari potest sogar in die Form eines Vertrauensvotums kleiden. Sie standen vor den fertigen Gewerkschaften als einer vollendeten Tatsache, das bessere, die katholischen Hochabteilungen, war in ihren Diözesen nicht oder kaum vorhanden. Was blieb ihnen da anders übrig, als ihr Vertrauen auf die Gewerkschaften zu setzen, zumal diese Gewerkschaften doch fast ganz aus Katholiken bestehen? Dazu kam, daß Kardinal Fischer wiederholt betonte, der Heilige Vater billige beide Richtungen, die Berliner und die R.-Grabbacher. Kenner der Verhältnisse wußten allerdings, daß die Weisungen an den Kölner Kirchenfürsten einem tolerari potest gleichkamen, aber sie enthielten doch eine ausdrückliche Billigung, auf die die Bischöfe sich stützen konnten. Wenn trotzdem nur drei oder vier Bischöfe mit Rücksicht auf die besondere Lage der Verhältnisse in ihren Diözesen von der päpstlichen Erlaubnis Gebrauch machten und ihr Vertrauen den Gewerkschaften gegenüber öffentlich zum Ausdruck brachten, so liegt gerade darin ein Beweis für die Tatsache, daß die Kirche von ihrer Verdrängung aus der wichtigsten sozialen Organisation katholischer Arbeiter im Prinzip nichts wissen will.“

### Bundesrat und Erbschaftsteuer.

Die offiziellen „Verl. Pol. Nachr.“ schreiben: Die jetzt bekannt wird, hat der Bundesrat dem von den Abgg. Wassermann und Erzberger eingebrachten Gesetzentwurf auf Hinausschiebung der Zuckerversteuerung und auf Vorlegung einer allgemeinen Besitzsteuer bis zum 30. April 1913 zugestimmt und dadurch die Reichsfinanzverwaltung mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage beauftragt. Hiermit entfällt für den Bundesrat die Möglichkeit, dem Antrage der Fortschrittlichen Volkspartei auf Wiederholung des Erbschaftsteuereurteils vom 14. Juni 1909 zuzustimmen. Während der Reichstag beide Anträge annehmen und damit, wie es der Abg. Wassermann im Plenum des Reichstages ausdrückte, den Verbündeten Regierung zwei Offerten nebeneinander machen konnte, war es für den Bundesrat ausgeschlossen, der Reichsfinanzverwaltung zwei Aufträge zu erteilen, von denen der zweite spezialisiertere dem ersten allgemeineren vorgriff. Wenn daher der Bundesrat den Gesetzentwurf Wassermann-Erzberger und nicht den der Fortschrittlichen Volkspartei annahm, so hat er damit entsprechend den Erklärungen des Reichsfinanzsekretärs im Reichstage sich völlig freie Hand über die Ausgestaltung der seinerzeit vorzulegenden allgemeinen Besitzsteuer gelassen, ohne etwa gegen die in dem zweiten Entwurf empfohlene Erbschaftsteuer Stellung zu nehmen.

### Eine Spaltung im rheinischen Freisinn.

Aus Elberfeld wird uns geschrieben: Der Rheinische Bezirksverband der Fortschrittlichen Volkspartei mit dem Sitz in Düsseldorf hat in der letzten Zeit wiederholt fortschrittliche Anwendungen behaltet. Das zeigte sich namentlich bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Düsseldorf und bei der vorausgegangenen Ersatzwahl in demselben Kreise, wobei beide Male unser Genosse Haberland den Sieg davontrug. Die unter Führung des Prof. Schloßmann stehende freisinnige Organisation in Düsseldorf glaubte die fortschrittlichen Interessen am besten dadurch in die Tat umsetzen zu können, daß sie zur Bekämpfung der schwarzen Reaktion nicht einem Zentrumsreaktionär zu einem Reichstagsmandat verhalf, sondern das Zentrum bekämpfte, indem es für den sozialdemokratischen Kandidaten Haberland eintrat. Das mag nun ja mit dem fortschrittlichen Parteiprogramm in Einklang stehen, aber mit der politischen Praxis der maßgebenden Freisinnigen im Westen harmonisiert es nicht. Die Mehrzahl der rheinischen Freisinnigen steht mehr auf dem bekannten Standpunkt des gegen unseren Genossen Dittmann im Wahlkreis Kenner-Nemisch-Wettmann durchgefallenen Prof. Eichhoff, obgleich der ja der konservativen Partei bedeutend näher steht als der Fortschrittlichen Volkspartei. Da Prof. Schloßmann nun Vorhänger des Rheinischen Bezirksverbandes ist, begann ein allgemeines Aeseltreiben gegen ihn. Von Nemisch, der Residenz Eichhoffs, ging die Anregung aus, den Rheinischen Bezirksverband zu sprengen und einen Bergischen Verband, der die Wahlkreise Kenner-Nemisch-Wettmann, Elberfeld-Barmen, vielleicht auch Hagen-Schwelm und Solingen umfaßt, zu gründen.

Alles zu dem ausgesprochenen Zwecke, die fortschrittliche Politik Düsseldorf zu unterbinden und den erzreaktionären Kurs der Elberfelder mehr zu propagieren. In dem ehemaligen Wahlkreise Eichhoffs konnte man dieses Ziel noch nicht durchführen, da die Freisinnigen außerhalb des Hauptortes Nemisch sich immer noch nicht dazu entschließen konnten, die letzten fortschrittlichen Grundzüge über Bord zu werfen. Jetzt aber haben die Freisinnigen des Wahlkreises Elberfeld-Barmen den Anfang gemacht und beschloßen, aus dem Rheinischen Bezirksverbande auszutreten und einen Bergischen Verband mit dem Sitz in Elberfeld zu gründen. Die Elberfeld-Barmen Freisinnigen haben auch bei der letzten Reichstagswahl fast Mann für Mann für den Freikonservativen Linz gestimmt, trotz der offiziellen freisinnigen Wahlsparole, für den Sozialdemokraten einzutreten. Sie hielten sich damit, daß sie den Beschluß ihrer Parteileitung überhaupt nicht publizierten. Unsere Genossen siegten aus eigener Kraft.

Durch diesen Beschluß aber haben sich die Wuppertaler Freisinnigen jetzt auch äußerlich von jeder wirklich fortschrittlichen Betätigung losgesagt und die Bahn freigemacht für freisinnig-konservative Propaganda. Die anderen Wahlkreise werden sich sicher dem Bergischen Verbands anschließen. Vielleicht folgt als nächste Etappe der Entwicklung auch eine offizielle Fusion mit den Freikonservativen. Denn: „die Entwicklung steht nicht still!“

### Eine nationalliberale Organisation gegen die heffischen Heilmänner.

Die nationalliberale Wahlkreisorganisation von Mainz-Oppenheim, Alfeld-Lauterbach und aus dem Odenwald, die auf der letzten Sitzung des Landesauschusses der heffischen nationalliberalen Landespartei unter Protest den Saal verlassen hatten, haben sich zu einer freien Vereinigung heffischer Nationalliberaler zusammengeschlossen. Durch die Bestellung eines Geschäftsführers und durch Herausgabe einer Korrespondenz wollen sie sich als Finanz- und Arbeitsgemeinschaft organisieren. Man will die Mitglieder der freien Vereinigung in keiner Weise politisch binden. Die Gründer wollen aber die Kämpfe gegen die politische „Unterjochung“ der Partei durch wirtschaftliche Verbände, insbesondere durch den Bund der Landwirte, mit Nachdruck führen.

Die neue Organisation will der Politik der nationalliberalen Reichstagsfraktion und insbesondere Wassermanns eine stärkere Grundlage schaffen.

### Die Ereignisse in Ungarn.

Von Friedensverhandlungen berichten Donnerstag die bürgerlichen Blätter aus Ungarn. Es heißt, Tisza habe in Wien Fiasko erlitten; seine scharfen Maßnahmen seien verurteilt worden, und die Regierungskreise in Wien drängen auf Frieden mit der Opposition. Gerüchte wollen sogar wissen, Graf Tisza werde auf ein bis zwei Wochen seine Würde als Präsident niederlegen, allerdings erst dann, wenn alle Wehrvorlagen auch vom Magnatenhause angenommen worden sind.

Die Opposition scheint sich an solch leeres Gerede nicht zu kehren. Die oppositionellen Abgeordneten begaben sich in ihre Wahlkreise, wo sie Versammlungen abhalten. Nach den uns am Donnerstag zugegangenen Drahtnachrichten herrscht in Budapest augenblicklich Ruhe. Auch in der Provinz sind die Demonstrationen zunächst eingestellt worden. Für nächsten Sonntag sind in allen Städten des Landes Volksversammlungen angelegt. Unter den wichtigsten Vorwänden erheben jedoch die Behörden gegen die Versammlungen Einspruch. In einigen Städten wurden wegen — Scharlach und Masern Versammlungsverbote erlassen. Trotz der Verbote werden sich aber die Volksmassen von dem Versammlungsbesuch nicht abhalten lassen.

Am Sonnabend findet die Sitzung im Oberhause statt, in der aller Wahrscheinlichkeit nach trotz der heftigsten Kämpfe der Opposition die ungeschicklichen Wehrgesetze angenommen werden. Am Dienstag beginnen dann wieder die alten Kämpfe im Reichstage.

Nicht von Friedensstimmung diktiert ist die neueste Schandtat der Regierung. Sie ließ in allen Provinzstädten, wo Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht stattfanden, die Arbeiterführer verhaften, um die Arbeiter einzuschüchtern.

Das Befinden Kovacs hat sich verschlechtert. Die Arbeiter Wiens protestierten in einer Massenversammlung gegen das Hausknechtsregiment im ungarischen Parlament und die Drohung der österreichischen Regierung, die Wehrreform durch Staatsstreich in Kraft zu setzen, wenn das Abgeordnetenhaus sie nicht noch im Juni verabschiedete.

Den Regierungsparteien, namentlich dem vor den Wählern radikal tuenden Deutschen Nationalverband wäre die rechtswidrige Diktierung der Wehrvorlage höchst erwünscht, denn er könnte dann darauf schimpfen und brauchte nicht dafür zu stimmen.

### Frankreich.

#### Ein infamer Streich Millerands.

Vor kurzem ist in der französischen Kammer ein Gesetz durchgegangen, das alle „Großtaten“ des Kriegsministers Millerand, des früheren „Sozialisten“, in den Schatten stellt. Es handelt sich um das Gesetz über die afrikanischen Strafbataillone (Bat. d'Af.).

Die ständigen Klagen über Apachentum im Heere hatten einige Anträge über Verweisung verbrecherischer Elemente in die afrikanischen Truppen veranlaßt. Diese für die Kulturmission Frankreichs schon recht eigenwilligen Forderungen benutzte Millerand zu einem infamen Streich gegen die Arbeiterbewegung. In Verhärzung einiger der vorgeschlagenen Bestimmungen ließ er beschließen, daß neben Juhlältern und ähnlichem Gesindel, die eine anständige Armee überhaupt ausschließen müßte, in die afrikanischen Strafbataillone verwiesen werden sollen: „Leute, die mit mindestens drei Monaten wegen Verleumdung der Soldaten bestraft sind, desgleichen wegen Aufforderung von Soldaten zum Ungehorsam, wegen Aufforderung zur Desertion oder sonstiger auf Wehrsamkeitverweigerung gerichteter Bestrebungen.“ Danach sollen brave Arbeiter, weil sie vielleicht Soldaten vor dem Streibrocherhandwerk, zu dem sie so oft von der Regierung kommandiert werden, oder vor dem Niederdrücken ihrer Brüder im Arbeitsdreck gewarnt, oder vielleicht auch in unklarem oder ehelichem Idealismus das ganze System militärischer Disziplinierung und Charakternichtung mit scharfen Worten belächelt haben, mit dem Vorwurf des kapitalistischen Sumpfes auf eine Stufe gestellt, den Rißhandlungen der Schinderknechte der Strafabteilungen, der Anstreichung durch die dort grassierenden schmutzigen Laster überantwortet werden!

Die sozialistische Kammerfraktion hat, selber verspätet, eine Aktion auf Aufhebung dieser eingeschmuggelten Bestimmungen eingeleitet, die natürlich auch die sofortige Billigung des bei allen sozialen Gesetzen so unermüdet langsam arbeitenden Senats gefunden haben. Daß es sich hier wie bei dem übrigen um systematische Arbeit handelt, geht aus dem Artikel einiger sozialistischen Offiziere hervor, der eine ganze Serie in der „Humanité“ einleitet. Darin wird Millerand, der nicht umsonst die Würde eines russischen Barons genießt, offen beschuldigt, auf die volle Wiederherstellung der ganzen reaktionären Wirtschaft, wie sie vor der Dreyfus-Sache sich eingenistet hatte, hinzuwirken.

### Belgien.

#### Belohnung für die Polizei.

Man schreibt uns aus Brüssel unterm 11. Juni: Die Brutalisierung des Publikums — nicht allein des montfestierenden, was sich sozusagen von selbst versteht, sondern auch des harmlos zusehenden — durch die Polizei und die Gendarmerie ist kürzlich auch im Brüsseler Gemeinderat zur Sprache gekommen. Der Brüsseler Bürgermeister Mag beantragte nämlich einen Kredit von 22000 Frank für die Gendarmen, Feuerwehrleute und Polizisten, die in der Wahlwoche zu „außerordentlichen“ Dienstleistungen herangezogen waren. Die sozialistischen Vertreter erklärten, für die Gratifikationen für die Polizisten und Gendarmen nicht zu stimmen, um gegenüber dem Lob des Bürgermeisters gegen das parteiische und unerhört brutale Vorgehen von Polizei und Gendarmerie zu protestieren. In der Tat zeigte die Kritik der sozialistischen Gemeinderäte die Ordnungswächter in einer ganz empörenden Rolle. Ihre Noheist gegen das Publikum leitete sich, wie mannigfach beobachtet wurde, nicht zuletzt von der Sympathie für den Merikalismus ab, dessen Schlagworte sie auch ungeniert gegen die sozialdemokratischen Arbeiter bei ihrer Ordnungsmacherei gebrauchten. Manchen beliebte es, die Manifestanten einfach mit Bonnot und Garnier anzureden, wie das dem sozialistischen Gemeinderat eines Brüsseler Vorortes passiert ist, der intervenieren wollte, als er sah, wie die Polizisten harmlose Passanten brutalisierten. Dieser Gemeinderat, Genosse Coffin aus St. Gilles, wurde verhaftet und mußte die Nacht über in Polizeiverwahrung zubringen! — Kinder und Frauen wurden am 8. Juni mit Häuten bearbeitet, harmlose Passanten mit dem Säbel vorwärts getrieben und das Publikum mit „schmierige Sozialistenbände“ und „schmierige Liberale“ zum „Auseinandergehen“ veranlaßt. Bei der Börse drangen die Polizisten sogar in ein Café ein, mit einem wie tobfüchtig sich gebärdenden Offizier an der Spitze, wo sie die ruhigen Gäste brutalisierten. Ebenso skandalös wie gegen die Arbeiter benahm sich die Polizei gegen die Studenten.

Die sozialistischen Redner verlangten eine strenge Untersuchung der Vorfälle, die denn der Bürgermeister auch zusagte. Die Sozialisten stimmten gegen die Gratifikation der Polizisten und Gendarmen, aber für die der Feuerwehrleute. — Eine von den Liberalen eingebrachte Resolution stellt der Brüsseler Bevölkerung das Zeugnis aus, daß sie sich trotz aller Provokationen ruhig und würdig verhalten habe. Außerdem quittiert sie durch ein Lob des Bürgermeisters die von den Merikalern unternommene perfide Hege, die sie aus Rache über die Haltung des Bürgermeisters in der Schulfrage, wie überhaupt wegen seiner antikerikalen Gesinnung gegen diesen eingeleitet hatten und die zur Verbreitung aller möglichen blödsinnigen Gerüchte Anlaß gab.

### England.

#### Der Transportarbeiterstreik.

London, 12. Juni. Offiziell wird angegeben, daß auf 111 Schiffen und von 8530 Leuten gearbeitet wird. In einem vom Transportarbeiter-Verband veröffentlichten Manifest wird erklärt, daß bereits eine internationale Aktion erwogen werde. Einer der Führer des Dockarbeiter-Verbandes, Orbell, erklärte, die internationale Aktion würde in der Arbeitsverweigerung auf von England kommenden Schiffen bestehen. Orbell war der Meinung, daß 2000 Dockarbeiter außerhalb Londons streikten; dies mache mit den 22000 in London zusammen 45000 Streikende. Der Streikführer Lilliet schätzte die Zahl der Transportarbeiter aller Massen, die außerhalb Londons streikten, auf 50000. Er erklärte, ihre Zahl nehme täglich zu.

### Rußland.

#### Neue Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiter in den Lena-Minen.

Petersburg, 12. Juni. In den Lena-Goldwäschereien hat der Polizeimeister eine Bekanntmachung erlassen, daß die Arbeiter, da sie die von der Gesellschaft angebotenen Arbeitsbedingungen nicht angenommen hätten, als Personen ohne bestimmten Beruf behandelt würden. Infolgedessen werden sie aufgefordert, binnen acht Tagen ihren Lohn abzuholen und abzureisen. Nach der angegebenen Frist werden diejenigen, die weder ihren Lohn abgehoben haben und freiwillig abgereist sind, noch mit der Gesellschaft einigen wollen, zwangsweise ausgewiesen.

### Bulgarien.

#### Der sozialistische Wahlsieg.

Sofia, 11. Juni. (Fig. Ver.) In der gestern stattgefundenen Ergänzungswahl für einen Kammerdeputierten der Hauptstadt Sofia hat die bulgarische Vereinigte sozialdemokratische Partei einen glänzenden Sieg errungen, indem sie ihren alten Vorläufer Janko Sakajoff als Deputierten ernannte. Diese Wahl ist die letzte nach dem Majoritätssystem. Die nächsten Parlamentswahlen in Bulgarien finden nach einem ziemlich liberalen Proporzsystem statt, das für alle Wahlen eingeführt ist.

### China.

#### Die finanziellen Schwierigkeiten der Republik.

Peking, 12. Juni. Premierminister Tangschaoji hat der ausländischen Bankegruppe mitgeteilt, daß er während des Monats Juni neunzehn Millionen Taels brauche. Falls er diese Summe nicht erhalte, werde er sich für berechtigt halten, sie an anderer Stelle aufzunehmen. Die Bankegruppe will das Ergebnis der aufgehobenen Versammlung in Paris abwarten. Halbamtlich wird festgestellt, daß Rußland an der Transaktion und an den Anteilen sich schwerlich beteiligen werde; dagegen werde möglicherweise Japan Rußlands Anteil übernehmen. Das Parlament hat den Plan, nichtamortisierbare Schatzscheine auszugeben, abgelehnt; es hat die Emission nationaler Obligationen zu 95 Prozent, rückzahlbar in zehn Jahren, in einem Gesamtbetrag von 100 Millionen Dollar genehmigt.



# Gewerkchaftliches.

## Die fünfte Tagung des Zentral-Schiedsgerichts für das Baugewerbe

hat, wie wir dem „Zimmerer“ entnehmen, am 10. Juni begonnen. Die Sitzungen finden im Reichstagsgebäude statt. 41 Sachen stehen auf der Tagesordnung, und zwar 21 vom Arbeitgeberverband, zehn vom Bauarbeiterverband und zehn vom Zimmererverband. Nicht weniger als 21 Sachen betreffen die unerhörten Zustände in Weidenburg. Hier hat offenbar der Arbeitgeberverband seine Mitglieder veranlaßt, den Tarifvertrag durch Sonderabreden zu durchlöchern, und diese begnügen sich vielfach auch damit nicht, sondern erzwingen diese Sonderabreden in der Weise, daß sie die Arbeiter vor die Frage stellen: „Vogel friß oder stirb“, was in diesem Falle bedeuten will: Der Arbeiter geht entweder auf die Sonderabrede ein, oder er wird entlassen. In nahezu allen Fällen handelt es sich darum, den Arbeitern den Zuschlag für Arbeiten über Land abzuhöpfen. Wenn nicht in allen Fällen, so bedeutet das doch in den meisten oder vielen Fällen, daß dem Arbeiter die Lohnerhöhung auf Grund des Dresdener Schiedsspruches ganz oder zum guten Teil illusorisch gemacht wird. Mit den kniffligsten Argumenten ist in den Schlichtungskommissionen und vor dem Landeschiedsgericht für und wider die Rechtmäßigkeit dieser unerhörten Manipulationen gestritten; das Landeschiedsgericht ist darüber zu den konfussten Entscheidungen gekommen, und nun kommt die Bescheidung am Zentralchiedsgericht.

Der „Zimmerer“ bespricht sodann einige sehr interessante Streitsfälle, die dem Zentralchiedsgericht zur Entscheidung vorliegen. Er resümiert seine Meinung über die Anträge der Unternehmer dahin, daß alle diese Anträge und Manipulationen nicht den Zweck verfolgen, den Tarifvertrag aufrechtzuerhalten und zu sichern, sondern daß sie von der Absicht diktiert sind, den Tarifvertrag zuungunsten der Arbeiter zu verändern und dem in der großen Ausdehnung 1910 nicht durchgeführten Scharfmacherwillen vermittelt der Tarifinstanzen Geltung zu verschaffen.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Metallarbeiter!** Die Verhandlungen mit dem Verbande Berliner Metallindustrieller wegen der Forderungen der Eisenkonstruktionsarbeiter wurden am Mittwoch, den 12. d. Mts., fortgesetzt. Eine endgültige Einigung wurde noch nicht erzielt, soweit es sich um die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit und der Anfangslöhne handelt.

Von den beiderseitigen Kommissionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist eine paritätische Redaktionskommission von vier Personen eingesetzt, welche am Montag, den 17. Juni, eine Sitzung abhält, um den genauen Wortlaut der einzelnen Paragraphen festzulegen. Am Dienstag tagt die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller, um zu den noch streitigen Punkten Stellung zu nehmen.

Am Donnerstag findet dann nochmals eine gemeinsame Sitzung beider Kommissionen (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) statt.

Alsdann werden die Arbeiter in einer noch einzuberufenden Branchenversammlung endgültig Stellung nehmen. Wie ersuchen alle Kollegen, dies zu beachten.

### Die Dreiverwaltung.

## Mit der Lehrlingszucht bei der Firma Drenstein u. Koppel

befähigt sich eine Betriebsversammlung, die der Zentralverband der Handlungsgehilfen einberufen hatte. Der Referent H. Schmidt behandelte die Lehrlingsfrage im engsten Zusammenhang mit der Gehaltsfrage und konnte feststellen, daß bei dieser Firma noch Gehälter von 70, 80, 90 M. an Handlungsgehilfen gezahlt werden. Die Firma Drenstein u. Koppel, die einen Belustigungsgarten und ganz nette Profite erzielt, beschäftigt bei einem Personalbestand von ca. 1200 Angestellten mehr als 400 Lehrlinge, die mit 20, 30 und 40 M. entlohnt werden. Durchschnittlich 25 Lehrlinge verlassen schon im ersten Jahre der Lehrzeit die gewählte Firma. Ein Zeichen für die Qualität der Lehre ist auch die Tatsache, daß nur ein ganz kleiner Teil der Lehrlinge die Aussicht hat, nach der Lehrzeit weiter beschäftigt zu werden. Ein Vertreter der Firma antwortete auf die Frage, was denn die jungen Leute nachher tun sollen: „Die Betreffenden müssen eben sehen, wie sie weiter kommen“. Es ist geradezu unglücklich, daß die Firma glauben machen will, daß die jungen Leute etwas bei ihr lernen. Bei der ungeheuren Zahl der Lehrlinge ist es aber gänzlich ausgeschlossen, daß auf die Ausbildung die durch Gesetz vorgeschriebene Sorgfalt verwandt werden kann. Der Lehrherr ist laut § 78 des Handelsgesetzbuchs verpflichtet, entweder selbst oder durch einen geeigneten Vertreter die Unterweisung des Lehrlings in den im Betriebe des Geschäftes vorkommenden kaufmännischen Arbeiten zu leisten. Daß diese Gesetzesbestimmung bei einer so massenhaften Züchtung von Lehrlingen übertreten werden muß, ist klar. Die Eltern sollten aber in solchen Fällen das ihnen zustehende Recht des Schadenersatzes in Anwendung bringen, damit solchen Dingen ein Ende gemacht wird.

**Die Chausseure und Kutscher der Kohlen-Industrie-Aktien-Gesellschaft Niederschönweide** befinden sich in Lohndifferenzen. Dieselben haben Aufbesserung ihrer Löhne gewünscht. Die Direktion machte nur minimale Zugeständnisse. Die Kutscher und Chausseure wurden hierauf nochmals vorzeitig, worauf der Geschäftsführer erklärte, wer auf Zulage beharre, sei sofort entlassen. Die Entlassung erfolgte auch hinterher. Die Kutscher und Chausseure machen wie darauf aufmerksam, daß der Betrieb als gestoppt gilt. Deutscher Transportarbeiterverband, Dreiverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

## Tarifabschlüsse im Steindruckergewerbe.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker hat bereits mit zahlreichen Betrieben feste Tarifverträge abgeschlossen, die sich in mehreren Fällen sogar auf sämtliche Betriebe bestimmter Orte oder Bezirke erstrecken. Jetzt werden wieder eine Reihe abgeschlossener Tarife bekanntgegeben. — In A s c h e r s l e b e n wurde mit den beiden Firmen H. C. Reithorn und Georg Werion ein Tarifvertrag vereinbart mit der Gültigkeitsdauer bis 1. April 1915. Festgelegt wurde eine Arbeitszeit für Lithographen 48, für Steindrucker 53 Stunden wöchentlich. Der Mindestlohn beträgt pro Woche 25 M., Maschinenmeister an Rotationsmaschinen erhalten nach halbjährlicher Lehrzeit eine Zulage von 3 M. und mindestens 35 M. pro Woche. Nach einem weiteren Jahr wird eine weitere Zulage von 2 M. gewährt. Dazu kommen noch eine Reihe weiterer Verbesserungen. Schnelle Tarife wurden in Magdeburg mit der Firma Hugo Westhorn, in Elberfeld mit der Kunsthandlung Koch u. Palm und in Weid bei Solingen mit der Weid. Großdruckerei Vossen Söhne abgeschlossen.

## Ende des Kürschnerstreiks in Weihenfeld.

Auch in der letzten Verhandlung am Sonnabend lebten die Unternehmer, wie schon vorher, die Einbeziehung der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen in das Tarifverhältnis ab, sie bewilligten aber für die Hilfsarbeiter eine Lohnzulage von 10 und 5 Proz. Weiter wurde auch den Arbeiterinnen eine Lohnzulage zugesichert, deren Höhe aber den einzelnen Unternehmern überlassen bleiben soll. Da die Unternehmer noch andere Zugeständnisse zu den bisherigen machten, so empfahl die Verhandlungskommission einer Versammlung am Sonntag den Streikenden die Annahme der getroffenen Vereinbarungen, die denn auch mit 133 gegen 9 Stimmen angenommen wurden.

Nachdem am Montag der für 3 Jahre gültige Tarifvertrag zusammengestellt und unterschrieben war, beschloßen die Streikenden am 11. die Wiederaufnahme der Arbeit für Mittwoch, den 12. Juni. Sind auch nicht alle Forderungen erfüllt worden, so wurde aber doch eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 3 Stunden und eine Lohnerhöhung von 8 bis 10 Proz. erreicht. Damit hat dieser über 9 Wochen dauernde Kampf einen für die Arbeiter und Arbeiterinnen annehmbaren Erfolg gebracht.

## Ein Tischlerstreik in den Untervereinstorten.

Seit dem 6. Juni streiken in Bremerhaven, Lehe und Geestemünde die Tischler. Durch Werbagenten sind Streikbrecher von auswärts unterwegs. Es wird deshalb gebeten, den Zugang von Tischlern nach den Untervereinstorten fernzuhalten.

### Ausland.

**Streik in der Waggon-, Wagen- und Automobilfabrik in Kesseldorf (Mähren).** Sämtliche Arbeiter streiken seit dem 9. Mai d. J. im Streik. Die elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dem Betrieb haben zur Arbeitsniederlegung geführt. Im Streik stehen etwa 1700 Arbeiter, hauptsächlich Metallarbeiter aller Kategorien, ferner Holzarbeiter, Anstreicher und Lackierer, Wagner und Tapezierer. Seit einigen Wochen suchen in Berlin zwei Seelenkäufer für die Kesseldorfer Fabrik Streikbrecher anzuzwerbend, wobei tatsächlich zwei Lieferungen von 250 Mann unter falschen Vorpiegelungen hierherkamen. Deshalb werden die Kollegen aufgefordert, solchen Agenten die richtige Antwort zu geben. Zugang nach Kesseldorf ist strengstens fernzuhalten.

## Der Seemannsstreik in Frankreich.

Die Matrosen und Heizer sämtlicher im Hafen von West liegenden Transportschiffe, die dazu bestimmt waren, Truppen und Munition an Bord nach Marokko zu nehmen, haben sich ebenfalls dem Streik der französischen Hafenarbeiter angeschlossen.

Von den französischen transatlantischen Passagierdampfern in Cherbourg sind alle Matrosen ferngeblieben. Die Dampfer „Quebec“ und „Casse Terre“ mußten aus diesem Grunde ihre Abfahrt verschieben. Im Hafen arbeiten nur einige ausländische Matrosen. Die Streikenden haben der Marineverwaltung mitteilen lassen, daß sie ein Schiedsgericht nicht anerkennen würden. Die Direktionen verschiedener Leberer-Linien in Le Havre und Cherbourg haben bekanntgegeben, daß sie bereit seien, den Ausländern eine kleine Lohnaufbesserung zu gewähren. Die Antwort der Ausländer auf dieses Angebot steht noch aus.

800 Hafenarbeiter der Russischen Gesellschaft für Schifffahrt und Handel in Odessa sind in den Zustand getreten. Sie verlangen Lohnerhöhung.

# Aus Industrie und Handel.

## Erhöhung der Bündholzpreise.

Der Verein deutscher Bündholzfabrikanten hielt in Berlin eine vom größten Teil der deutschen Bündholzfabrikanten besetzte Versammlung ab, in der die Preisfrage zur Beratung stand, ferner wurde über die Lage der Industrie berichtet. Der Vorstand teilt über die gestrige Sitzung folgendes mit:

„Der Verein deutscher Bündholzfabrikanten hat in der in Berlin stattgehabten Versammlung einstimmig beschlossen, infolge der Rohlage, in der die Industrie wegen des noch immer geringen Absatzes sich befindet, die Preise mit sofortiger Wirkung entsprechend zu erhöhen.“

Ueber den Umfang der vorgenommenen Erhöhung wurden Mitteilungen nicht gemacht. Aus den Kreisen der anwesenden Bündholzfabrikanten wurden aufs neue Klagen darüber laut, daß die sogenannten Bündholzerfahrmittel noch immer nicht mit einer Steuer belegt worden seien. Es wurde weiter beschlossen, zum Zwecke der Herbeiführung einer Besteuerung der Bündholzerfahrmittel eine Petition an das Reichsschatzamt zu richten. Im übrigen wurde in der gestrigen Versammlung auch wieder über einen eventuellen näheren Zusammenschluß der Fabriken beraten, die indessen zu einem Resultat nicht führten.

Diese Preiserhöhung ist natürlich auch nur die Folge der blau-schwarzen Finanzreform. Es wäre dringend nötig, endlich die Bündholzsteuer wieder zu beseitigen und damit auch der künstlichen Vertrußung, die diese Wucherpolitik möglich macht, ein Ende zu machen.

# Aus der Frauenbewegung.

## Löhne und Strafzüge der Textilarbeiterinnen.

Das Unternehmertum in der Textilindustrie sowie seine Trabanten behaupten immer, die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft dieser Industrie sei auf die von den Gewerkschaftsagitatoren geleitete „Verheugung“ zurückzuführen. Die ständig steigenden Mitgliederzahlen des Deutschen Textilarbeiterverbandes liegen dem Unternehmertum der Textilindustrie schwer im Magen. Und daß nun auch die Arbeiterinnen in immer wachsendem Maße sich der Organisation zuwenden, bereitet den Herren ganz besonders schwere Sorgen. Die Bescheidenheit der Arbeiterinnen war ja so einträglich, daß man den Schmerz begreifen kann, der die Herren immer wieder die längst verbrauchte Redensart von der „verheugenden Tätigkeit der Gewerkschaften“ gebrauchen läßt.

In niedriger Entlohnung der Arbeiterinnen bei ständig sich steigender Arbeitsleistung und in der Erhebung außerordentlich hoher Strafen bei den verschiedensten Anlässen, haben die Textilbarone sich förmlich überboten.

Eine der vom Textilarbeiterverband aufgenommenen Lohnstatistiken, an der sich 22738 Mitglieder beteiligten, ergab, daß sich 7062 Arbeiterinnen mit einem Verdienst bis zu 16 M. pro Woche begnügen müssen, daß nur 742 18 M. und mehr, aber 4903 der von der Statistik erfaßten Arbeiterinnen noch nicht einmal einen Tagesverdienst von 2 M. haben. Diese Verdienste werden in den seltensten Fällen den Arbeiterinnen voll ausgezahlt, sondern durch die verschiedensten Strafzüge noch gekürzt. Einige ganz besonders krasse Fälle von niedrigen Löhnen und hoher Strafzahlung seien hier angeführt.

In dem Betrieb eines Unternehmers in Zell a. M., der als Autorität im Baumwollhandel gilt, verdiente eine 17jährige Spulerrin 4 M. in zwei Wochen. Richt das im Betrieb zur Verarbeitung gekommene schlechte Material soll nach des Herrn Kommerzienrats Auffassung Schuld daran sein, sondern die „Faulheit“ des Mädchens. Von diesem Lohn wurde aber auch noch Strafe abgezogen, so daß dem jungen Mädchen 17 Pf. bar in einer zweiwöchigen Zahlungsperiode ausgezahlt wurden. Die Weberinnen dieses Betriebes verdienen in zwei Wochen 10 M.

Ueber die Löhne der Arbeiterinnen bei der bekannten Firma Gebr. Uebel in Adorf i. Vgl. geben die Lohnlisten Aufschluß. Da noch eine Weberin, die auf zwei Stühlen arbeitet, einen Kleinverdienst von 6,36 M. in einer Woche. Eine andere Arbeiterin, die gleichfalls an zwei Stühlen arbeitet, verdiente in derselben Zeit gar nur 5,20 M.

Nicht so sparsam wie bei der Lohnzahlung, ist die Firma bei der Erhebung von Strafen. Eine Arbeiterin war nach vorderiger Meldung am 1. Mai mit ihrem kranken Kinde zum Arzt gegangen. Am Zahlungstag kam ihr dafür von den Verdienten 5,75 M. ab, so daß ihr nur 2 Pf. ausgezahlt wurden. Man vermute wahrheitsgemäß, daß die Arbeiterin den Gang zum Arzt als Vorwand benutzte hätte, um erst an der Kaiserin teilzunehmen. Denn bei

ihrer Reklamation berief man sich auf den § 89 der Fabrikordnung, in dem die Berechtigung zu dieser Strafzahlung niedergelegt sei. Der Niedrigkeit solcher Löhne und der Erbarmlichkeit solcher Strafzahlungen schämen sich die Unternehmer natürlich nicht. Daß solche Löhne und Strafen aufreizend auf die Arbeiterinnen wirken müssen, kommt den Herren auch gar nicht in den Sinn. An der zunehmenden Unzufriedenheit der Arbeiterinnen ist ja nur die „verheugende Tätigkeit der Gewerkschaften“ schuld, nicht etwa die unter dem Existenzminimum bleibenden Löhne, die die Unternehmer zu zahlen für gut befinden. Die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterinnen findet in den ständig steigenden Mitgliederzahlen des Verbandes ihren Ausdruck. Die Aprilzählung ergab 82866, die Maizahlung 83219 weibliche Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Je schneller die Zahlen der weiblichen Mitglieder steigen, mit um so mehr Nachdruck kann die Organisation auf die Abschaffung so unerhörter Strafen dringen, die die schlecht entlohnenden Arbeiterinnen so fürchtbar treffen, und mit noch größerem Erfolg als bisher für die Erhöhung der Arbeiterinnenlöhne eintreten. Das haben die Arbeiterinnen in ihrer großen Mehrzahl auch erkannt und das spornet sie auch zu lebhafter Agitationsarbeit an. Wie die Zahlen beweisen, hat ihre Verarbeit auch Erfolg.

### Feienabende.

Steglich. Am Montag, den 17. Juni, bei Heilmann, Florastr. 2a: Vortrag der Genossin Elisabeth Röhl über: „Der Wert der Kinderferienspiele.“

# Versammlungen.

Eine öffentliche Bäderversammlung hatte der Verband der Bäder und Konditoren am Dienstag einberufen, um den Angehörigen des Berufes Gelegenheit zur politischen Aufklärung und Belehrung zu bieten. Die preussische Politik war es in der Hauptsache, die der Referent, Genosse Ströbel, an der Hand einiger markanter Tatsachen kennzeichnete. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung betonte er zum Schluß, daß sich das preussische Volk die Gewalt Herrschaft der bestehenden Klassen nicht gefallen lassen wird, daß der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht weiter geführt werden muß, bis auch in Preußen ein freies Wahlrecht errungen ist.

Bei der Erörterung gewerkchaftlicher Angelegenheiten machte der Vorsitzende Schneider darauf aufmerksam, daß sich kein Bäder nach Schweden anwerben lassen darf, weil die dortigen Kollegen im Streik stehen. Jeder Bäder, der nach Schweden verlangt wird, ist zum Streikbrecher zu unterscheiden. Auch in mehreren größeren Städten Deutschlands sind zurzeit Lohnbewegungen im Gange. Es ist deshalb dringend gebeten, daß jeder Kollege, der von Berlin nach auswärts gehen will, sich erst bei der Verhandlungserkundigt, ob in dem betreffenden Orte die Verhältnisse geregelt sind.

# Letzte Nachrichten.

## Ruthenische Obstruktion gegen die Wehrvorlage.

Wien, 13. Juni. (B. T. Z.) Die Ruthenen haben bei der Behandlung der Wehrvorlage in der Sitzung des Wehrausschusses mit einer scharfen Obstruktion eingegriffen; die Sitzung wurde fast vollständig durch ruthenische Obstruktionsreden ausgefüllt. Gegen 10 Uhr abends beendigte der Ruthene Lewidij seine 5 1/2 stündige Rede.

## Die Demonstration für das Frauenwahlrecht geglückt.

Wien, 13. Juni. (B. T. Z.) Bei der heute stattgefundenen Wahl für den böhmischen Landtag aus dem Städtebezirk Jungbunzlau wurde die tschechische Schriftstellerin Frau B. Kuncová mit 1160 Stimmen gewählt. Frau Kuncová ist der erste weibliche Abgeordnete im Landtag in Oesterreich überhaupt. Nach Mitteilungen, die der Minister des Innern Freiherr v. Heinold Abgeordneten und Journalisten, die ihn über das Ergebnis der Wahl interpellierten, machte, geht aber klar hervor, daß der Statthalter von Böhmen der Gewählten das Wahlzertifikat verweigern wird. Frau Kuncová würde dann die Beschwerde beim Reichsgericht offen, das aber gemäß der Tendenz des Gesetzes vermutlich im Sinne der Entscheidung des Statthalters sein Urteil fällen dürfte.

## Der englische Industrierrat als Pfadsucher.

London, 13. Juni. (B. T. Z.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses teilte Premierminister Asquith mit, daß die Regierung auf Grund der Erfahrung, die sich aus den jüngsten industriellen Zwistigkeiten ergeben hat, beschlossen habe, dem Industrierrat als Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter zwei Fragen vorzulegen, nämlich: die beste Methode zu finden, um industriellen die gebührende Erhaltung zu sichern, und wie weit industrielle Verträge, die zwischen Vertretern der Körperschaften der Arbeitgeber und der Arbeiter geschlossen sind, in einer bestimmten Branche oder einem bestimmten Bezirk durchgeführt werden können. Premierminister Asquith erklärte, von dem Industrierrat gemachte Vorschläge würden von der Regierung aufs sorgfältigste erwogen.

## Bruch der Gesetze zuungunsten der Streikenden.

London, 13. Juni. (B. T. Z.) Das Haupthindernis einer weiteren Aufnahme der Arbeit auf den Londoner Docks ist der Mangel an Leichterleuten, die man unmöglich fahren lassen kann, da die Korporation der Leichterleute, deren sämtliche Mitglieder sich in dem Zustand befinden, ein Monopol haben und niemand sonst auf den Leichtern fahren darf. Die Hafenbehörden haben eine Aenderung der Bestimmungen beschlossen, die es ermöglichen, die Lizenz als Leichterleute allen dazu befähigten Bewerbern zu gewähren.

### Der lügt?

Rom, 13. Juni. Die „Agenzia Stefani“ erklärt die vom spanischen Kriegsministerium veröffentlichten Nachrichten über die am 5., 6. und 7. Juni bei Goms stattgefundenen Kämpfe für falsch. Am 5. und 6. Juni habe kein Kampf bei Goms stattgefunden und am 7. Juni seien die Türken mit beträchtlichen Verlusten in die Flucht getrieben worden.

## Bürgerrechtsverweigerung gegen Sozialdemokraten.

Washington, 13. Juni. (B. T. Z.) Der Kongreß hat einen Unterausschuß beauftragt, das Verhalten des Bundesrichters Hanford in Seattle zu untersuchen, der einem Einwanderer namens Olesen die Bürgerrechte verweigert hatte, weil dieser ein Sozialist war.

## Werden die Siamesen Nachahmer finden?

Bangkok, 13. Juni. Die aktiven Offiziere der Armee sind freitwillig übereingekommen, auf einen Teil ihres Gehalts für 12 Monate zu verzichten, um einen Fonds für den Erwerb schwerer Geschütze zu schaffen.

## Die Opfer des Bahnunglücks in Amerika.

Atlanta, 13. Juni. (B. T. Z.) Nach genauen Feststellungen sind bei dem Eisenbahnunglück bei Dalton (Georgia) drei Personen getötet und sehr schwer verletzt worden.



Stadtverordneten-Verammlung.

20. Sitzung vom Donnerstag, den 13. Juni 1912, nachmittags 5 Uhr.

Vorsieder Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Die Verammlung ist nur sehr mäßig besetzt. Eine weitere lange Reihe von Urlaubsanzeigen wird zur Kenntnis gebracht.

Dem freihändigen Verkauf des Teilstücks von 1281 Quadratmeter an der Landsberger und Landwehrstraße (Ecke Rathausstraße) für 594.000 M. hat der eingeleitete Sonderauschuss zugestimmt. Berichtshatter ist der Stadtverordnete Drunglow (A. L.). Der Ausschuss hat sich mit acht gegen drei Stimmen für den Magistratsvorschlag entschieden; die Verammlung beschließt ohne Debatte in gleichem Sinne.

Von den Stadtverordneten Dove, Cassel, Cremer u. Gen. (A. L.) ist der Antrag eingebracht:

„Den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, in welcher Lage sich das Projekt des sogenannten Westhafens

befindet, welche Hindernisse insbesondere der endlichen Inangriffnahme der durch den Fortschritt des Baues des Groß-Schiffahrtsweges Berlin-Stettin dringlich gewordenen Arbeiten zur Errichtung dieses Hafens im Wege stehen.“

Stadtv. Dove: Schon 1905 haben wir dem Plane der Errichtung eines Westhafens im Prinzip zugestimmt; das Terrain des Johannisstifts und das der Reichsbahnhof-Compagnie ist erworben worden. Es wurden dann Verhandlungen mit der Eisenbahndirektion über den Ankauf von dem Eisenbahnstus gehörigen Terrain und über die Gleisanschlüsse an die Hamburger und Leichter Bahn gepflogen; diese Verhandlungen haben viele Stadien durchgemacht, sind anfangs glatt, später aber weniger erfreulich verlaufen. Das Ministerium hat verlangt, die Stadt müsse sich verpflichten, eine Gleisverbindung herzustellen, auch für den Fall, daß das Terrain für die Aufnahme des zu erwartenden größeren Verkehrs nicht ausreichen sollte. Die städtischerseits angestellten Berechnungen über die Kosten-erhöhung führten zu neuen Anträgen an den Minister; das geschah vor 1 1/2 Jahren, und seitdem wissen wir nicht mehr von der Sache, sie ist praktisch nicht weiter vorwärts gekommen. Wo ist das Hindernis zu suchen? Darüber muß öffentlich diskutiert werden; vielleicht gibt diese Diskussion der Sache einen neuen Anstoß. Im nächsten Frühjahr dürfte die neue Groß-Schiffahrtstraße bereits eröffnet werden. Die Stadt wird ja den Verkehr zunächst mit den vorhandenen Anlagen noch bewältigen können; kommen uns aber die Nachbarstädte mit ihren Hafenprojekten zuvor, so können wir in dieselbe Gefahr kommen, wie es uns bei dem Osthafen schon passiert ist, daß wir plötzlich unliebsamer Konkurrenz gegenüberstehen und als Wasserstadt beeinträchtigt werden. Hat uns doch bereits Ruhrort überholt, während Berlin bisher als Binnenhafenstadt an erster Stelle in Preußen stand!

Oberbürgermeister Kirchner: Die Eisenbahnverwaltung verlangt ursprünglich neben dem Anschlusse der Wasserstraße an die Eisenbahn beim Leichter Bahnhof noch einen zweiten Anschluß weiter westlich bei Hirschenbrunn. Unsere Verkehrsdeputation hielt das für unzulässig wegen der großen Entfernung und der dadurch entstehenden bedeutenden Mehrkosten, zumal uns für das zweite Projekt die Enteignung nicht zugestanden worden wäre. Das war im Dezember 1910. Die Eisenbahnbehörde hat uns darauf beschieden, daß sie von dem zweiten Anschluß Abstand nehmen wolle; sie verlangte aber nun von uns die Ausarbeitung eines neuen Projektes betreffend den Anschluß in Moabit. Wir haben das ausgearbeitet, es wurde aber im Januar 1912 abgelehnt und uns mitgeteilt, daß die Eisenbahnverwaltung nunmehr ihrerseits ein neues Projekt ausarbeite. Bisher haben wir darüber näheres nicht erfahren können. Was den Erwerb von Terrain im Eigentum des Hofstadts betrifft, so sollen diese hergegeben werden, aber nur teilweise. Ueber die auszutauschenden Grundstücke ist eine Einigung erzielt worden; es handelt sich jetzt um die Aufstellung von Zonen, wozu beiderseits Sachverständige bestellt worden sind. Am 14. Mai ist eine gemeinschaftliche Tage aufgestellt worden.

Stadtv. Dove: Der Zweck des Antrages ist erreicht; wir haben Auskunft erhalten. Daß diese sehr erfreulich sei, kann ich freilich nicht behaupten. (Beifall.) In der Hoffnung, daß die Angelegenheit jetzt schleunigeren Fortgang nehme, ziehe ich den Antrag zurück.

Für den seitens des Zentralvereins für Arbeitsnachweid in der Milderstraße geplanten

Neubau

hat die Stadt bekanntlich der Landesversicherungsanstalt Berlin

Kleines feuilleton

Aus den Akten eines deutschen Schriftstellers. Die Pfändung der Schriftstellerbibliothek, von der hier kürzlich berichtet wurde, läßt an ähnliche Heimtückungen denken, die Delleb v. Villencron dem öfteren begegneten. (Die Fronte des Zufalls will es, daß unter dem gepfändeten Handwerkszeug auch Villencrons Werke waren. Der Arme ist also nach dem Tode so wenig vor der Pfändung sicher wie zu seinen Lebzeiten.) Villencron hat in seinem „Räcen“ dieses Elend selber geschildert, und als klassisches Kulturdokument mag seine Darstellung hier Platz finden:

„Daß ich hungern mußte, habe ich immer ertragen. Ich sagte mir, daß es nicht anders möglich sei in Deutschland, ehe man sich als Schriftsteller durchgebissen hat; daß es vielen anderen auch so ergangen sei. Wäre aber war es, daß die Gerichte mir bei den Pfändungen mein Handwerkzeug fortnahmen, meine Nachschlagebücher und Legira. Jedem Schüler, jedem Schneider im Vaterlande wird, bei Pfändungen, das zum Leben Notwendigste gelassen durch das Gesetz. Der Dichter macht eine Ausnahme; es werden ihm die Hilfsbücher genommen. Als es anfang, mir besser zu gehen, konnte ich jahrelang nicht vorwärts kommen, weil nach jeder Mezenison, nach jeder Kritik über Bücher von mir, mochten sie (die Kritiken) gut oder schlecht sein, die Gläubiger mit erneuter Wut und verstärktem Eifer über mich herfielen und mich peinigten. Ich zitterte wenn ich Beurteilungen über meine Schriften las; ich wußte, daß mir wenige Tage darauf eine Klage überreicht würde.“

Auch das wußte ich, daß die Menschen, die jetzt meiner Armut wegen nicht mit mir umgehen mochten, später proben würden: Ja, ja, den hab ich genau gefaßt, das war mein Duzbruder.“

Als mein erstes Drama zum erstenmal aufgeführt wurde, hatte der Intendant die Liebendwürdigkeit, mich einzuladen. Ich mußte unter irgend einem Vorwande absagen: Ich hätte keine fünf Mark aufbringen können, geschweige denn die dreihundert Mark, die Fahrt und Aufenthalt mich gekostet hätten. Statt daß ich in der Loge des Intendanten saß, ging ich bei starkem Unwetter um 7 Uhr abends zu dem vor der Stadt wohnenden Gerichtsvollzieher, um mit diesem, der in dienstlichen Angelegenheiten mein täglicher Besuch war, etwas in Ordnung zu bringen. Ehe ich sein Haus erreichte, geriet ich in der Dunkelheit in eine Dornenhecke und zerriß mir Gesicht und Hände. Während im selben Augenblicke Gomberte von Menschen ihre Operngläser auf die Bühne richteten, um mein Stück gegeben wurde, arbeitete ich mich, aus Hunger und Schwäche kaum mehr leben können, mit Anstrengung aus den Dornen heraus. Blutend trat ich bei dem Gerichte ein. Diesem muß ich hier herzlich Dank aussprechen: er blieb stets freundlich, blieb immer ein Mensch. Als ich wegging von ihm, entlich ich drei Mark. Er war der einzige, der mir feinerzeit Geld vorschob: ein strenger Gerichtsvollzieher einem deutschen Dichter! Mit den drei Mark wußte

gegenüber eine Zinsgarantie bis zu 20 000 M. übernommen. Jetzt wird beantragt, den Betrag auf 25 000 M. zu erhöhen, da das Reichsversicherungsamt die Genehmigung der Vertreibung der Anfallsgelder für den Bau von einer solchen Erhöhung abhängig gemacht hat.

Die Verammlung stimmt zu. Der spezielle Entwurf und der mit 913 000 M. abschließende Kostenanschlag für den Bau der

S. höheren Mädchenschule

in der Greifswalder Str. 24/25 (Bürgerliches Vermächtnis) wird ohne Diskussion genehmigt.

Dem 6. Internationalen Kongress für Gynäkologie und Geburtshilfe, der in diesem Jahre vom 9.—13. September in Berlin im Herrenhause tagt, soll in den Festräumen des Rathauses ein Empfang angeboten und durch eine gemischte Deputation vorbereitet werden. Der Kostenbetrag ist auf 12 000 M. veranschlagt.

Die Verammlung ist einverstanden und bewilligt die geforderte Summe.

Die Entscheidung über die Antriebskraft für das neue

Wasserwerk Ruhlsheide

war am 21. September 1911 ausgelegt worden, da man sich über die Frage, ob Dieselmotoren oder elektrischer Betrieb, nicht einigen konnte. Rummehr hat sich die Verwaltung nach gründlichem Studium dieser Frage für den elektrischen Betrieb entschieden, der auch eine Ermäßigung der Anlagelosten um 400 000 M. mit sich bringt. Die Gesamtkostensumme des Werks stellt sich danach auf 13 900 000 M. Der elektrische Strom soll von den W. E. W. aus deren Zentralen Oberpreze und Mummelshurg bezogen werden.

Die Zustimmung der Verammlung erfolgt ohne Diskussion. Oberbürgermeister Dr. Kirchner hat auf die Mitteilung des Gemeindefiskus vom 15. Mai, wonach ihm beim Ausschreiben aus dem Amte das Ehrenbürgerrecht verliehen und das volle Gehalt von 36 000 M. als jährliche Pension belassen wird, in dem bekannten Dankschreiben geantwortet.

Die Verammlung nimmt davon Kenntnis.

Das

Bauprojekt für das Radialsystem XI der Kanalisation

ist ungedändert worden, nachdem Weihensee, dessen Gemorlung ursprünglich teilweise diesem System angeschlossen werden sollte, sich eine eigene Kanalisation eingerichtet hat. Die Kosten des Entwässerungsprojektes für das Radialsystem XI vermindern sich dadurch von 19 200 000 auf 15 595 000 M. — Für den schon Ende v. J. genehmigten Entwurf des Um- und Erweiterungsbaues der Pumpstation VIII in Alt-Moabit läßt der Magistrat an die Verammlung einen neuen Entwurf gelangen, der anstatt der vorher zum Antrieb der Regenwasserpumpen vorgesehenen Dieselmotoren Elektromotoren vorschlägt, nachdem die W. E. W. den Preis pro Kilowattstunde von 16 auf 11,25 Pf. herabgesetzt und den Rabatt beträchtlich erhöht haben. Der Kostenanschlag vermindert sich von 600 000 auf 343 000 Mark. — Endlich werden 939 000 M. verlangt für die Erneuerung derjenigen Maschinen und Dampfessel, welche auf der Pumpstation IV, Scharnhorststraße, schon seit 1878 im Betriebe und abgenutzt sind.

Stadtv. Koblenger (Soz.) ergreift zu der Vorlage betreffend das Radialsystem XI das Wort, ist aber bei der im Saale herrschenden andauernden großen Unruhe auf der Tribüne nur bruchstückweise zu verstehen. Er bemängelt, daß die Herabsetzung der Kostensumme um 3 1/2 Millionen den tatsächlichen Verhältnissen insoweit nicht entspreche, als das ursprüngliche Projekt des Radialsystems XI und das fast gleich große Gebiet von Weihensee umfaßt habe; der Kostenanschlag hätte danach doch beträchtlicher heruntersinken müssen. Vielleicht sei auch der Kostauslag zu groß oder vorher nicht groß genug projektiert gewesen.

Direktor Meier (in Vertretung des Stadtbaurats Krause): Weihensee hatte ein Gebiet von 800, das Radialsystem XI aber 420 Hektar; das Verhältnis steht also 4:2:1. Nur darf aber auch weiter nicht übersehen werden, daß die Summe von 19,2 Millionen nur das Plus mitenthält, was bei Vergrößerung der Leitungen auf Berliner Gebiet entsteht. Allerdings ist der Kostauslag rechnungsmäßig zu groß berechnet mit 23,2 Sekundensublimeter, während er jetzt nur 25,2 Sekundensublimeter zu bewältigen braucht. Wie notwendig wir solche Reserven haben, zeigte sich erst noch im vorigen Jahre in der Greifswalder Straße anlässlich einer durch Gewitter hervorgerufenen Ueberschwemmung.

Die Vorlage wird angenommen, ebenso diejenige betr. die

Pumpstation VIII.

Pumpstation IV

beantragt Stadtv. Dr. Levy II (A. L.) Ausschussberatung, um die aufgestellte Betriebskostenrechnung nochmals prüfen zu lassen.

ich, was ich ausführen wollte: mich sinnlos betrinken. Ich, der ich nie oder selten über den Durs in den Krug sehe, ging an jenem Abend ins Wirtshaus und trank, bis ich bewußtlos wurde.“

Fredric Paiss, einer der ganz Alten des französischen Bourgeoisliberalismus, ist am Mittwoch, 90 Jahre alt, gestorben. Schon in seiner Jugend war er ein beträchtliches Stück hinter der erlangenen wissenschaftlichen Erkenntnis des gesellschaftlichen Prozesses zurück. Als er 1857 sein erstes nationalökonomisches Buch veröffentlichte, hatte der französische Sozialismus längst seine glänzenden Schlachten geschlagen, setzte Proudhon seine leidenschaftliche Kritik des kapitalistischen Staates fort, suchte das Kaiserium die unbegreiflich empfindende Macht des Proletariats durch sozialreformistische Konzeptionen um revolutionäre Energie zu bringen. Paiss aber war nicht weiter als bis zum Manchesterliberalismus mit seinen Illusionen vom sozialen Frieden und friedlichen Stillstand im Zeichen des Freihandels gekommen. Er blieb bei Bastiat, seinem Lehrer, stehen. Und dabei ist er geblieben, in fünf und einhalb Jahrzehnten der ungeheuersten Umwälzungen. Er hat 1867 die internationale Friedensvereinigung und später — in Gemeinschaft mit Randal Cremer, der einst der Internationale angehört hatte — die interparlamentarische Friedensunion, in der es erst unlängst, beim Ausbruch des türkisch-italienischen Krieges so schön gescheitert hat, gegründet. Im übrigen war er ein kreuzbrader Mann, der redlich glaubte, daß die Löne aus der Wändhauenschen Triumphe Zukunftsmusik seien und eine bewunderungswürdig gähe Natur, die bis zum Schluß keine Abnahme der Kraft zum Reden und Schreiben erlitt.

Theater.

Deutsches Theater. Bedekind-Gastspiel: „Daha“, die Satire der Satire. Für „Daha“, das einzige in Berlin noch nicht gespielte Stück des Bedekind-Plakus, dürfen sich auch die feurigsten Bewunderer des Dichters schmerzlich erwärmen. Die Angriffe, die er hier gegen ihn früher nahebestehende Kreise, den Gründer des „Simplicissimus“ und einige der besten Mitarbeiter des Blattes richtet, machen den Eindruck geradezu pathologischer Gehässigkeit, und die peinliche Empfindung wird durch das künstlerische Unvermögen, über anekdotisch-grotesken Kleinkram zu irgendeiner anschaulich gegliederten Gestaltung vorzubringen, noch gesteigert. Während der ersten Hälfte des Abends erregte der Plakus lachend-lachender Verzerrungen noch manche Heiterkeitsausbrüche, aber dann flaute bei der Wiederholung der Feste, die der Autor durch immer abruptere, sinnlosere Seitenprünge noch zu überbieten sucht, die Stimmung ständig ab, um schließlich auf den Nullpunkt zu gelangen.

Der verdorbene „Simplicissimus“-Verleger, der einst wegen eines staatsanwaltlich-intrigierten, von ihm verfertigten Gedichtes mit dem Verfasser zusammen stieß und dann durch die Vermittlung seines Schwiegervaters, des alten Björnson heißt es, Vergnabigung erhielt, wird in dem dramatischen Pamphlete als Typ heimtückisch-hinterhältigen Ausdeutertums verhöhnt. Das ganze

Man wolle hier bei den Dieselmotoren bleiben, deren Anlagelosten doch viel höher seien als diejenigen von Elektromotoren.

Stadtv. Koblenger tritt diesen Bedenken bei und schließt sich dem Antrage auf Ausschussberatung namens seiner Freunde an.

Direktor Meier: Bei der Pumpstation IV liegen die Verhältnisse ganz anders als bei der Pumpstation VIII. In der Scharnhorststraße handelt es sich nur um jährlich 800 Betriebsstunden. Die mit aller Gründlichkeit angestellten Untersuchungen, denen vier verschiedene Projekte zugrunde lagen, haben uns dazu geführt, bei der Station IV die Dieselmotoren als das Nichtigste und Angemessenste zu erkennen. Den Ausschuss bitte ich, recht rasch zur Entscheidung zu kommen, damit das Plenum über die Sache noch vor den Ferien Beschlus fassen kann und wir die Lieferungen ausführen können.

Stadtv. Dr. Levy II beantragt Ernennung des Ausschusses durch den Vorstand.

Es wird demgemäß beschlossen. Dem vom Vorstande jogleich ernannten Ausschuss gehören auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Koblenger, Glöde, Fischer und Kerlin an.

Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 7 Uhr.

Der Arbeiterleier in amtlicher Beleuchtung.

In den Jahresberichten der Igl. preußischen Regierungs- und Gewerberäte ist in diesem Jahre u. a. die Frage behandelt: Wie ist für die Befriedigung des Lebensbedürfnisses der gewerblichen Arbeiter gesorgt? Die Antworten darauf sind naturgemäß recht verschieden ausgefallen, neben knappen Auskünften im Sinne der obigen Frage finden sich recht interessante Beobachtungen über den Arbeiter als Leier.

Was zunächst das Lebensbedürfnis im allgemeinen anbetrifft, so machen sich verschiedene Differenzierungen bemerkbar. Zunächst geographische: im Osten ist das Lebensbedürfnis geringer als im Westen. (Königsberg: „nur schwach entwickelt“, Gumbinnen und Allenstein: „in den Städten größer als auf dem Lande“, Marienwerder: „an vielen Orten wird sehr fleißig gelebt, an anderen aber mangelndes Interesse gefaßt“, Posen: „Bedürfnis nach guten Wädhern läßt zu wünschen übrig.“) Für Polen wird aber weiter festgestellt, daß sich eine Besserung bemerkbar macht. Auch für Liegnitz wird berichtet, daß das Bildungs- und Lebensbedürfnis „ganz erheblich gestiegen“ sei. Bei der Berliner Arbeiterschaft ist das Lebensbedürfnis „ziemlich lebhaft“ entwickelt. In Hannover ist es „von Jahr zu Jahr gestiegen“. Im Bezirk Hildesheim tritt „das Bestreben der arbeitenden Kreise nach Weiterbildung durch gute Bücher stark hervor“.

Dann differenziert sich das Lebensbedürfnis nach dem Alter: jüngere Leute lesen eher als erwachsene. Für Potsdam und Erfurt, sowie für die Kruppische Wädherschule in Essen wird das Lebensbedürfnis hauptsächlich bei erwachsenen gelehrten Arbeitern entwickelt, während jugendliche und ungelernete erwachsene Arbeiter weniger lesen und dabei unterhaltende Wädhern bevorzugen.

Auch nach den Geschlechtern machen sich Differenzierungen bemerkbar: die Arbeiterin liest weniger als der männliche Arbeiter. Die Gründe liegen auf der Hand. (Köln: „Erwachsene Arbeiterinnen sind vielfach durch häusliche Pflichten nach der Arbeit in Anspruch genommen und verlieren dann wohl die Fähigkeit und Lust zum Lesen.“) Berlin berichtet, daß die Arbeiterinnen sich weniger für politische Tagesfragen interessieren, sie bevorzugen Unterhaltungslektüre. „Ein lebhaftes Interesse haben auch viele Arbeiterinnen, oft in der ausgesprochenen Erwartung, dadurch ihre Wädhern vom Wirtshausbesuche abzuhalten.“

Im allgemeinen dürfte der Gewerberat von Hildesheim das Lebensbedürfnis zutreffend begutachten, wenn er sagt: „Es wurde von der Bildungsebene der Arbeiterschaft, der Intensität der geleisteten Arbeit und der Tätigkeit der Arbeiter nach Feierabend beeinflusst, und wuchs mit der Gelegenheit, dem Gesamad angepaßte Bücher zu entleihen.“ Es hätte allerdings nicht übersehen werden dürfen, daß erfahrungsgemäß auch verkürzte Arbeitszeit das Lebensbedürfnis steigert.

Die Gelegenheiten zur Befriedigung des Lebensbedürfnisses sind in manchen Bezirken des Ostens (z. B. Danzig) und auf dem Lande (z. B. Magdeburg und Erfurt) vielfach ungenügend. Im übrigen wird in der Hauptsache über vorhandene Volksbibliotheken und

\*) Hier wie später bezieht sich der Drisname ohne besondere Angabe auf den ganzen Regierungsbezirk.

Streben dieses Herrn in dem Stücke geht dahin, die engagierten künstlerischen und literarischen Kräfte — selbst eine Bande hirnverrückter und stumpfloser Gefellen! — nach Kräften zu pressen und der halbbankrotten Kasse durch die Kellame sensationeller Majestätsbeleidigungsprozesse aufzuhelfen. Im übrigen figuriert er als hoffnungslos beschränkter Kerl, und seine Idiotie hat sich, als er von seiner Auslandsflucht zurückkehrt, nur noch ungeheurerlicher potenziert. Er nötigt den Gehaltsverbesserer verlangenden Rauterwed, den einzigen braven Menschen in der ganzen Schar (Bedekind scheint sich selbst damit zu meinen), auf einen Sessel mit gebrochenem Sitz und amüsiert sich kindlich, wie der harmlose hilflos strampelnd dort verlinkt. Oder er ermuntert ganz naiv die ihm nachgereifte russische Wädhresse, sich zu erschließen. Ein Schicksal, dem die Dame nur dadurch entgeht, daß sie sich auf denselben ominösen Sessel niederläßt und über dem Schred des trachenden Zusammenbruchs des Selbstmordplans vergißt. Die geschöpften Mitarbeiter, an deren Stelle er einen taubstummen Schweizer Trottel — einen unergleichlichen Meister des Wiges, wie er behauptet — setzen will, erzwingen endlich seinen Rücktritt von der Leitung, und die importierte Schweizer Leuchte, an die als Draht appelliert wird, schreibt auf die vorgelegte Schiefertafel, sein hoher Sonnen könnte künftig beim Journal die Funktionen eines Sigredalters übernehmen. Das ist die Schlussszene, zu der sich die „Satire der Satire“ nach zweifelhafte Bemühungen empor-schwingt!

Bedekind spielte den Popanz von Verleger gewandter, manierierender im Ausdruck als man bei seiner starken Art es sonst gewohnt ist. Die Mitarbeiter oder die vier Temperamente wurden, zum Teil nicht abel, von den Herren Paulsen, Lassen, Dentich, Dannegger dargestellt. Uffe Wassermann gab der verrückten Russin vivante Erscheinung und Allüren. Höchst drollig wirkte Winterstein in der die donnernde Rhetorik Björnson's verflüchtenden kleinen Epilodenrolle.

Humor und Satire.

Gebet für den Papst!

Dieses Wort, das oft geschrieben steht, wird auf andere Weise jetzt betont als bisher. Man spricht es aus: „Geböt für den Papst!“ Und das klingt ungewohnt.

Reifend nämlich klingt es anders: „Göbet für den Papst!“ So wird akzentuiert, wenn den Peterspfennig man erhebet, den man kräftiger als Gebete spürt.

Doch gewiß ist das Geböt viel billiger als das gebet, und ich zweifle nicht: jeder fromme Mann ersäht weit williger die Gebets- als die Gebepflicht. Franz



weiter über Werksbibliotheken berichtet. Die letzteren sind bekanntlich Einrichtungen der Unternehmer, die zur ausschließlichen Benutzung der Beschäftigten bestimmt sind. Nach dem Vortrage der Stuttgarter Bücherhalle in Essen eingerichtet, bezwecken diese Bibliotheken eine Vereinfachung der Arbeiter nach den Interessen der Unternehmer. Jedenfalls wird dem Arbeiter alles vorenthalten, was ihn über seine Lage aufklären könnte. Aus den Berichten der Gewerbetätigen ist zu ersehen, wie zahlreich solche Werks- oder Fabrikbibliotheken bereits vorhanden sind; ein Beweis dafür, daß diese „Wohlfahrts“-Einrichtungen den Unternehmeransprüchen gerecht werden. Vor allen Dingen ist es die Schwerindustrie, die die Werksbibliotheken pflegt. Im Bezirk Düsseldorf besitzen eigene Bibliotheken mit rund 138 000 Bänden 36 Werke mit fast 70 000 Arbeitern, die 13,4 Proz. der Gesamtarbeiterkraft ausmachen. Auch von Trier wird berichtet, daß die größten Werke schon seit Jahren durch Anlage eigener Bibliotheken für das Lesebedürfnis gesorgt haben und daß die Aufwendungen durch großes Interesse der Arbeiter belohnt werden.

In anderen Bezirken sind die Werksbibliotheken weniger zahlreich oder von geringerer Bedeutung, zum Beispiel Aachen, Arnberg, Hannover, Schleswig und Breslau. Verschiedentlich macht sich eine gesunde Reaktion gegen sie bemerkbar. Von Düsseldorf heißt es sehr vorichtig: „Jedenfalls darf behauptet werden, daß die Leitung einer Werksbibliothek sehr pfleglich sein muß, wenn sie wirklich einen Erfolg haben soll, sich dauernd einen größeren interessierten Arbeiterleserkreis zu schaffen. Eine Bibliothek müßte wegen mangelnden Interesses der Arbeiter aufgegeben werden, eine andere zeigte in den letzten acht Jahren einen Rückgang um mehr als die Hälfte, dessen Erklärung schwierig ist. Deutlicher ist schon der Bericht von Breslau: „Einige Ansätze sind vorhanden; im allgemeinen ist die Sache schwach gepflegt worden, öfter auch an der Ablehnung der Arbeiter gescheitert, die sich in der Wahl der Lektüre nicht bestimmen lassen wollten.“ In ähnlichem Sinne ist wohl auch der Bericht von Hannover zu verstehen, in dem gesagt wird, daß drei Werke einen Rückgang der Bücherbenutzung meldeten, „wobei anscheinend gewisse politische Strömungen maßgebend sein mögen“. Dasselbe wird von einer Lesehalle in Sigmaringen berichtet.

Eine ganze Reihe von Unternehmern haben Verträge auf Lieferung und Auswechslung von Büchern mit einer Gesellschaft abgeschlossen. Sehr viele liefern den Arbeitern christliche und gelbe Zeitschriften gratis. Der besonderen Aufmerksamkeit der Unternehmer erfreuen sich die jugendlichen Arbeiter.

Über die Beteiligung der Arbeiter an öffentlichen Bibliotheken werden vereinzelte Mitteilungen gemacht, die ein recht buntes Bild ergeben. So beträgt z. B. bei den Berliner Volksbibliotheken die Zahl der Arbeiterleser 53 Proz., Handlungsgehilfen 22 Proz., Schüler, Studenten, Handwerker 25 Proz. Für die Charlottenburger Volksbibliothek wird die Beteiligung der Arbeiter auf 40 Proz., für die Stadt Forst (Kauf.) auf 45 Proz., für die Städte Breslau und Bromberg und den Bezirk Oppeln auf 50 Proz., und für Wilhelmshagen bei Harburg auf mehr als die Hälfte der Gesamtleserschaft geschätzt. Für die Stadt Reustettin wird berichtet, es gehöre nur ein auffallend kleiner Prozentfuß der Leser dem Arbeiterstande an. Die Göttinger Volksbibliothek wird zwar von Arbeitern benutzt, jedoch nicht so stark, wie man es bei der zahlreichen Arbeiterbevölkerung erwarten könnte. Die Provinzial-Wanderbibliothek Posen verzeichnete nur 11,9 Proz. Arbeiterleser. Auch von Düsseldorf wird berichtet, daß die Benutzung keineswegs überall stark ist. Der Anteil der Arbeiter an der Benutzung des Lesesaales in Halle a. S. betrug gar nur 6 Proz., was auf die Zentralbibliothek im „Volkshaus“ zurückgeführt wird.

Über die Bibliothekseinrichtungen der organisierten Arbeiterschaft äußern sich nur wenige Berichte. Einige Gewerbetätigen begnügen sich mit der bloßen Feststellung des Vorhandenseins, andere registrieren einfach den Bücherbestand unserer Organisationen. Von Stettin und Stralsund wird erwähnt, daß mehrere Gewerkschaften über „gute Bücherreize“ verfügen, während für Düsseldorf das „planmäßige und rührige Vorgehen“ der Arbeiterorganisationen anerkannt wird.

Ein sehr gutes Zeugnis wird schließlich den Arbeiterlesern im Bericht des Berliner Gewerbetätigen ausgestellt. Er schreibt nämlich: „Über mangelhafte Behandlung der Bücher wird nur selten geklagt, dagegen wird mehrfach das gestiftete Benehmen der Bücherleiter in den Ausgabe- und Leserräumen betont und die Gewissenhaftigkeit, mit der die Reueordnung befolgt wird.“

Das Bild, das die Gewerbetätigen von dem Arbeiterleser zeichnen, ist im allgemeinen recht vorteilhaft. Indessen muß aus den Berichten die wichtige Lehre gezogen werden, daß den Anstrengungen der Unternehmer auf Errichtung von Werksbibliotheken ein sachgemäßer Ausbau unserer Arbeiterbibliotheken entgegenzusetzen werden muß.

## Achter Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Breslau, 12. Juni.  
Dritter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen begannen mit der Berichterstattung der Beschwerdekommision über fünf der Kommission überwiesene Beschwerden, die sich auf interne Verbandsangelegenheiten bezogen. Danach erhielt Paul Müller das Wort zum Punkt:

„Die sozialpolitischen Aufgaben des Verbandes.“

Der Referent behandelte die Frage in einem großzügigen Referat sowohl in prinzipieller wie praktischer Hinsicht und betonte, daß der Verbandstag alle Ursache habe, der sozialdemokratischen Partei und ihrer parlamentarischen Vertretung das vollste Vertrauen dafür auszusprechen, daß sie stets das Interesse der Transportarbeiter im Parlament vertreten habe. — Die vom Referenten vorgelegte Resolution führt in ihrem Gedankengang aus, wie Sozialpolitik, Arbeiterrecht und Sozialversicherung gemeinsam in idealer, rechtlicher und materieller Hinsicht lindernd gegenüber den unterdrückten und ausbeuterischen Tendenzen des Kapitalismus und seinen Auswüchsen wirken. In diesem Sinne hat die moderne Gewerkschaftsbewegung durch ihre eigene praktische Tätigkeit eine ständige und durchgreifende Sozialpolitik getrieben. Aber die Tätigkeit der Gewerkschaften zur Bekämpfung bzw. Vinderung der sozialen Schäden und Sünden muß ergänzt werden durch das Eingreifen des Staates und seiner Gesetzgebung. Es müssen also gewerkschaftliche und politische Aktionen des Proletariats sich einander ergänzen. Besonders rüchständig ist die sozialpolitische Gesetzgebung in bezug auf die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterschaft zu Wasser und zu Lande. Der Verbandstag fordert deshalb den Vorstand auf, energisch die Initiative zur Durchsetzung der sozialpolitischen Forderungen dieser Arbeiterschaft zu ergreifen. Abgesehen von der Erweiterung und Anerkennung des Koalitionsrechts und der Organisationsfreiheit, erstrecken sich diese Forderungen auf:

1. eine durchgreifende und fortschrittliche Revision der geltenden Reichs- und Landesgesetzgebung;
2. die Einschränkung der sonderbehördlichen Machtbefugnis und Willkür;
3. die Anerkennung einer normalen Gerichtsbarkeit;
4. die Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit durch Anerkennung eines Normalarbeitsjahres;
5. ein Verbot bzw. die Einschränkung der Nacht-, Sonn- und Festtagsarbeit;
6. eine Erhöhung der Betriebssicherheit, d. h. erhöhten Schutz für Leben und Gesundheit durch Vermehrung der Arbeitskraft, Einführung moderner technischer, sanitärer und hygienischer Hilfsmittel;
7. die Einführung und Anerkennung der staatlichen Betriebskontrolle durch angestellte Inspektoren und Assistenten aus Arbeiterkreisen;
8. das Verbot des heutigen Kost- und Logiswesens, bzw. eine moderne Umgestaltung des Kost- und Logiswesens;

9. den weitgehendsten Schutz für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter unter Berücksichtigung ihrer physischen Leistungsfähigkeit und natürlichen Veranlagung;

10. die Anerkennung hinreichender Essenspausen, generelle Durchführung des 8 Uhr-Tages-, Geschäfts- und Arbeitschlusses und Einführung des 6 Uhr-Vorfrühschalters- und Nachmittagschlusses;

11. Rücksichtnahme auf die Betriebssicherheit bei Einstellung fremdsprachiger Arbeiter und umfassende Maßnahmen zur Verhütung bzw. Einschränkung der Berufskrankheiten aller Art;

12. die staatsrechtlich anzuerkennende Mitwirkung der Organisationsvertreter bei beruflich-staatlichen Erhebungen und Enquêtes, Ausarbeitung und Begutachtung von Gesetzesentwürfen, Erlässen und Verordnungen.“

In einer Anlage zu der Resolution des Referenten sind dann die besonderen Spezialforderungen niedergelegt, die in Anlehnung an die 12 Punkte der Resolution für die Handels-, Transport-, Verkehrs-, Hafenarbeiter, Winenschiffer und Fischer und für die Seeleute entsprechend den besonderen Verhältnissen dieser Kategorien erhoben werden müssen.

An die Proklamierung dieses sozialpolitischen Programms des Verbandes schloß sich eine impulsiv geführte Diskussion, bestritten von täglich im Beruf tätigen Kollegen, die zum Teil ein geradezu entsehlendes Bild krasser Mißstände besonders aus der Winenschiffer- und aus dem Fischer- und Seemannsleben zeichnen: überlange Arbeitszeiten; Arbeitszeiten, die ins Groteske gehen, bei denen nicht einmal am Sonntag eine Ruhepause eingelegt wird; schlechte Logisverhältnisse, besonders an Bord, und schlechte Ernährungsverhältnisse. Es wird Aufgabe der Delegierten sein, in ihrer Heimat das Material zu sammeln, zu begründen und es dem Vorstand zur Sichtung zu überreichen, damit dieser es in zweckmäßiger Weise den gesetzgebenden Instanzen zum Eingreifen unterbreiten kann. Von einigen der vertretenen Gruppen wurden Ergänzungen zu der Anlage begründet, die von Seeleuten, Kraftwagenführern, den Kutschern der verschiedensten Arten ausgingen. Diese Ergänzungsanträge sollen durch die Redaktionskommission gruppiert und in die Anlage hineingearbeitet und dann am Donnerstag darüber abgestimmt werden.

Schumann gab bekannt, daß den Eisenbahnern Gelegenheit gegeben wird, auf einer besonderen Tagung ihre Spezialforderungen aufzustellen und diese dann in das allgemeine Programm aufgenommen werden.

Eine Anzahl Anträge wurden dem Vorstand als Material überwiesen und die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt.

Eine Richtigstellung zum Bericht über die Generalversammlung des Transportarbeiterverbandes sendet und der Vorstand des Verbandes der Bureauangestellten. Er schreibt:

„In dem Bericht über die Verhandlungen am 10. Juni auf dem 8. Verbandstag des Transportarbeiterverbandes wird über Grenzstreitigkeiten gesagt:

„Zur Schlichtung von Streitigkeiten (mit dem Gemeindearbeiterverband) wurde die Generalkommission angerufen, die zugunsten unserer Organisation (des Transportarbeiterverbandes) entschied, desgleichen in der Unstimmigkeit, die mit dem Verband der Bureauangestellten entstand.“

Wenn auf der Tagung des Transportarbeiterverbandes in der Weise über die Unstimmigkeiten zwischen ihm und unserem Verband berichtet worden ist, so war eine solche Berichterstattung in jeder Beziehung unzutreffend. Vor der Generalkommission ist über die Differenzen überhaupt noch nicht verhandelt worden, es hat also auch keine Entscheidung zugunsten des Transportarbeiterverbandes ergreifen können.

## 18. Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Mannheim, 12. Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Im Schlusswort zum Geschäftsbericht ging Verbandsvorsitzender Ebel-Verlin auf alle in der Debatte aufgeworfenen Fragen ein. Besonders ausführlich besprach er die Grenzstreitigkeiten, wobei er nochmals seinen von uns schon skizzierten Standpunkt präziserte.

Dem Gesamtvorstande wurde Entlastung erteilt. Die strittigen Punkte zwischen Vorstand und Ausschuss (Anstellung von Lokalbeamten usw.) werden einer Kommission überwiesen.

Der Verbandstag nahm dann in geschlossener Sitzung den Bericht des Geschäftsführers der Gesellschaftsbrauerei zu Augsburg entgegen. An den Bericht schloß sich eine längere Debatte.

Dann wurden die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt.

## Aus der Partei.

Der Generatrat der belgischen Arbeiterpartei

hat beschlossen, für die Verwundeten und Hinterbliebenen der Opfer der Manifestationen der Wahlwoche eine Sammelliste herauszugeben. Es sind bis jetzt, einschließlich der Spende des Generatrats, circa 600 Fr. gezeichnet worden. Unter anderen hat sich auch das ärztliche Personal zweier Spitäler, in denen die Verwundeten gepflegt wurden, an der Sammlung beteiligt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Zeugnisforderung gegen die Presse.

Wegen den Redakteur vom „Vochumer Volksblatt“ ist das Zeugniszwangsverfahren eingeleitet worden. Der Staatsanwalt will den Einsender eines Artikels wissen, der schon abgeurteilt ist. Bei dieser Gerichtsverhandlung stellte sich heraus, daß dem Berichterstatter von einer Person in fahrlässiger Weise falsch berichtet worden war. Genosse Pierenkämper, der als verantwortlicher Redakteur in Frage kam, lehnte die Namensnennung des Berichterstatters ab, weshalb der Untersuchungsrichter vorläufig auf eine Geldstrafe von 100 M. erkannte. Wegen die Strafverfügung ist Beschwerde eingelegt worden.

## Soziales.

Geschäftsbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

In der nächsten Woche hält bekanntlich hier in Berlin der Zentralverband deutscher Konsumvereine seinen 6. Genossenschaftstag ab. Dem vom Vorsitzenden Max Rabelsdorf-Dresden und Generalsekretär Kaufmann erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Konsumvereinsbewegung im Jahre 1911 eine Entwicklung genommen hat, die der früheren bei weitem übertrifft. Die Zahl der Verbände ist auf 1183 gestiegen. Die Entwicklung der deutschen Konsumvereinsbewegung machte sich besonders in dem Wachstum der Zahl der Mitglieder und in der steigenden Intensität der wirtschaftlichen Betätigung geltend. Die Mitgliederzahl der Genossenschaften stieg von 1 181 000 auf 1 825 000. Der Geschäftsbericht führt die Ursache dieses außerordentlichen, noch in keinem Vorjahre erreichten Wachstums auf die hohen Preise wichtiger Nahrungsmittel zurück. Die breiten Massen der Bevölkerung seien dadurch gezwungen worden, sich einzufürchten, sorgfältig zu rechnen und auch kleine Vorteile nicht von der Hand zu lassen. An einigen Orten gehört der weitläufige Teil der Bevölkerung den Konsumvereinen an.

Der Gesamtumsatz der Genossenschaften des Verbandes stieg von 433 auf 506 Millionen Mark. In eigener Produktion wurden von den Verbänden für 81 Millionen Mark Waren hergestellt gegen 68 Millionen Mark im Vorjahre. Die Zahl der in der Gesamtorganisation beschäftigten Personen stieg von 18 923 auf 21 939. An Warenbeständen waren 50 Millionen, an Maschinen und Inventar 14 Millionen und an Grundbesitz 74 Millionen Mark

investiert. Das eigene und fremde Kapital, mit dem die Verbändeorganisationen arbeiteten, betrug 192 Millionen Mark.

Im verflohenen Jahr hat eine große Zahl von Konsumvereinen neue Zentrallager und Bäckereien eingerichtet. Neuerdings wendet sich die Eigenproduktion immer mehr dem Gebiet der Milch- und Fleischversorgung zu. Die genossenschaftliche Milchversorgung stellt sich als ein besonders schwieriges Gebiet dar. Die Schwierigkeiten liegen nicht nur in der Verteilung und in dem schwankeuden Absatz, sondern noch mehr in der Beschaffung der erforderlichen Milch, weil die Konsumvereine dabei von den landwirtschaftlichen Milchproduzenten abhängig sind. Der Bericht hofft, daß engere Beziehungen zwischen der deutschen Konsumvereinsbewegung und der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung diese Schwierigkeiten überwinden könnten. Ein Hand-in-Hand-Arbeiten würde für beide Teile so große Vorteile haben, daß man annehmen sollte, es würde schon das sekundäre Interesse ein leichteres Zusammenarbeiten, als es gegenwärtig der Fall sei, herbeiführen. Große Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Warenverteilung machte einer großen Anzahl Revisionsverbänden das preussische Warenhausgesetz.

Eine erhebliche Steigerung der Kapitalkraft der Genossenschaften kommt auch in der Entwicklung der Bankabteilung der Großkaufmanns-Genossenschaft deutscher Konsumvereine zum Ausdruck, die jetzt in der Lage ist, jedem gut geleiteten und gesunden Konsumverein für die Erweiterung seines Geschäftsbetriebes mit Hypotheken zu dienen.

Irreführende Lohnstatistik.

Eine brauchbare Lohnstatistik, als den wichtigsten Maßstab zu einer richtigen Erfassung der sozialen Lage der Arbeiter, fehlt und ebenso wie eine einwandfreie Statistik über die Bewegung der Nahrungsmittelpreise. Die Vorbedingung für eine gute, das Einkommen nach Jahresdurchschnitten, Tagesverdiensten und Stundenlöhnen erfassende Lohnstatistik wäre in den Lohnbüchern der Unternehmer gegeben. Wo solche nicht geführt werden, bilden sicher nicht technische oder materielle Schwierigkeiten die Ursache des Mangels. Viele Unternehmer bezogen eine starke Antipathie gegen das Bekanntwerden der von ihnen gezahlten Löhne. Im Handelsgewerbe wird fast allgemein den Angestellten die Geheimhaltung ihrer Bezüge anempfohlen. Auch in der Grobindustrie betrachtet man die Entlohnung als ein zu hütendes Geschäftsgeheimnis. Vielfach mag überkommene Gewohnheit die Ursache der Geheimnisträuerie sein.

Obwohl in der Grobindustrie die von den einzelnen Arbeitern geleisteten Schichten und ihre Lohnbezüge mehrmals gebucht werden, eine genaue Verdienstermittlung nach der Stundenleistung also leicht zu ermöglichen wäre, stößt die Forderung nach der Einrichtung einer gründlichen Lohnstatistik auch hier auf hartnäckigsten Widerstand. Nur aus dem den Landes-Vergesessen unterstehenden Bergbau werden die Löhne nach den Angaben der Unternehmer amtlich festgesetzt und veröffentlicht. Für die übrigen Arbeiter ist man im allgemeinen auf die berufsgenossenschaftlichen Angaben angewiesen. Sie werden auch durchweg bei der Ermittlung von Durchschnittslöhnen sowie deren Veränderungen benutzt. Eine große Summe von Fehlerquellen, die sie enthalten, beeinflussen nicht nur die absolute Höhe der Löhne, sondern auch ihre Vergleichbarkeit nach Jahresreihen für dieselbe Gruppe Arbeiter. Der Hauptmangel ist, daß nicht allgemein die wirklich gezahlten, sondern sogenannte anrechnungsfähige Löhne ausgewiesen werden. Bis zum 1. Oktober 1900 wurden die den Betrag von 4 M. pro Tag übersteigenden Verdienste nur zu einem Drittel ausgewiesen, seit dieser Zeit sind die Löhne bis zu einem Jahreseinkommen von 1500 M. restlos nachzuweisen, der darüber hinausgehende Mehrverdienst kommt nur zu einem Drittel in Anrechnung. Außerdem sind vielfach sogenannte pauschalisierte Einstellungen zulässig. Die Weisheit der Berechnung der Jahresdurchschnittslöhne erfolgt weiter bei den verschiedenen Berufsgenossenschaften nach verschiedenen Methoden. Die Veränderung in der Berechnung des anrechnungsfähigen Lohnes hat die Vergleichbarkeit unterbrochen; dazu bleibt die nicht restlose Erfassung des Lohnes eine Fehlerquelle von veränderlicher Größe. Nun werden allerdings teilweise auch „tatsächlich gezahlte Lohnsummen“ angegeben, und dazu sogenannte Vollarbeiter. Die gewählten Begriffsbestimmungen führen leicht zu einer falschen Auffassung. In den tatsächlich gezahlten Löhnen stecken in Wirklichkeit noch geschätzte Summen. Diese sind wiederum nach Jahren und Berufsgenossenschaften sehr verschieden. Für Lehrlinge, Jugendliche usw. kommen die ortsüblichen Tagelöhne Erwachsener in Anschlag. So ergeben sich für die Lohnberechnung Störungen nach beiden Richtungen; teilweise bleiben die Ansätze hinter den wirklich gezahlten Löhnen zurück, und zu einem anderen Teil werden höhere Beträge eingelebt, als zur Auszahlung gelangen. Da es sich dabei um schwankende Größen handelt, die Berechnungsmethoden verschieden sind und zudem wechseln, ist die Vergleichbarkeit der Nachweisungen sehr in Frage gestellt. Und ebensowenig wie die Lohnberechnungen nach gleichen Grundsätzen erfolgen, geschieht das bei der Ermittlung der Zahl der durchschnittlich beschäftigten Personen oder der sogenannten Vollarbeiter. Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften liefern überhaupt nur rechnungsmäßig ermittelte Zahlen, sowohl für die Lohnnachweisung, wie für die Zahl der Beschäftigten. Die Gebirgsberufsgenossenschaft arbeitet nur mit rechnerisch erfassten Durchschnittsbeträgen. Bei der Angabe der Vollarbeiter herrscht ebenfalls keine Einheitslichkeit. Die Brauereiberufsgenossenschaft z. B. hat für die Jahre bis zum Erlaß des Sonntagsruhegesetzes für einen Vollarbeiter 365 Arbeitstage unterstellt, darauf einige Jahre 300 Tage, dann für eine lange Periode 330 Tage und schließlich wieder 300 Arbeitstage, wie das Reichsversicherungsamt anweist. Unberücksichtigt bleibt ferner überall die Dauer der Arbeitszeit, oder es werden gar bei längerer als zehnständiger Arbeitszeit 10 Stunden als ein Arbeitstag gerechnet, wodurch natürlich die Zahl der Vollarbeiter kleiner wird und die Löhne höher erscheinen, als sie in Wirklichkeit sind. Ueberstunden kommen nicht zur Anrechnung. Wie skeptisch man den Angaben gegenübersehen muß, demonstriert die folgende Zusammenstellung aus den Nachweisungen der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie. Danach betrug die Zahl der

	durchschnittl. beschäft. Pers.	Vollarbeiter
1908	174 699	168 950
1904	188 532	177 461
1905	192 381	185 820
1906	202 177	195 356
1907	214 904	214 904
1908	216 157	216 157
1909	219 601	219 601
1910	230 446	230 446

Seit 1907 stimmt die Zahl der Vollarbeiter mit der durchschnittlich Beschäftigten überein, vorher war diese erheblich größer als wie erstere. Verteilt man nun die angegebenen Lohnsummen auf die angegebenen Vollarbeiter, um die vermeintlichen vergleichbaren Lohnangaben zu erhalten, dann ist das Resultat zweifellos irreführend. Auf ähnliche Unstimmigkeiten stößt man in den meisten Jahresberichten der Berufsgenossenschaften. Und zu all den Fehlerquellen kommt noch die Unzuverlässigkeit der von den Unternehmern angegebenen Löhne. Wie es noch dieser Richtung aussteht, illustriert folgende Angabe aus dem Jahresbericht der Berufsgenossenschaft der Kollerei, Brennerei, und Stärkeindustrie für 1911. Dort liest man:

„Revidiert wurden 1911 von den 6 Rechnungsbeamten im ganzen 795 Betriebe, also etwa 8,17 Proz. der eingetragenen 1 Unternehmungen. Unregelmäßigkeiten wurden in 193 Betrieben,



das sind 24 Proz. der revidierten Betriebe, gefunden; und zwar wurde festgestellt, daß aus diesen 192 Betrieben 300 311 M. an Löhnen zu wenig nachgewiesen worden waren. . .

Hast ein Viertel aller revidierten Betriebe hatten falsche Angaben gemacht. Daß ein so wenig zuverlässiges Material nicht als geeignetes Instrument zur Ermittlung der Lohnverhältnisse gelten kann, liegt auf der Hand.

Die Unternehmer wollen das Dunkel nicht lichten, sie befürchten, daß eine einwandfreie Lohnstatistik das Mißverhältnis zwischen Lohn und Kapitalprofit allzu deutlich in die Erscheinung treten lassen könnte. Der Wille des Unternehmertums darf aber nicht maßgebend bleiben. Die Regierung hat die zweifellos viel schwierigere Produktionsstatistik eingerichtet, der Mangel einer einwandfreien Lohnstatistik sollte nun eigentlich nicht mehr zu beklagen sein!

### Aus aller Welt.

#### Wieder ein Unterseeboot in Gefahr.

Wie das „Echo de Paris“ meldet, ist das französische Unterseeboot „Charles Brun“ beinahe von einem schweren Unfall betroffen worden. Als das Boot nämlich auf der Reede von Bignettes ein Manöver unter Wasser ausführen wollte, kippte es plötzlich nach vorn über und sank 30 Meter tief. Der Kommandant ließ sofort die Bomben öffnen, so daß das Schiff wieder an die Oberfläche hob. Die französische Marineverwaltung will die Nachricht von diesem Vorfall nicht bestätigen, kann sie aber auch nicht dementieren.

Das französische Marineministerium veröffentlicht jetzt den Bericht der Untersuchungskommission über die Katastrophe der „Vendémiaire“. Die Kommission ist der Ansicht, daß die Kollision nach der aus den Routen der beiden Fahrzeuge sich ergebenden Lage unvermeidlich gewesen sei, und daß infolgedessen der Kommandant der „Saint Louis“ in keiner Weise für den Zusammenstoß verantwortlich gemacht werden könne. Des weiteren ist die Kommission der Ansicht, daß das Unterseeboot durch den Sporn der „Saint Louis“ entzweit geschnitten wurde. Der Bug der „Vendémiaire“ sei sofort gesunken, der Stern habe sich gehoben und sei dann auch gesunken, nachdem er dann ganz an Bord der „St. Louis“ hingekreist hatte. Das Boot sei in 53 Meter auf Grund geraten. Die Schotten hätten sicherlich dem Wasserdruck nicht widerstanden, und ein starkes Aufsteigen während fünf Minuten habe bewiesen, daß die „Vendémiaire“ vollständig voll Wasser gelaufen sei. Es sei deshalb zweifellos, daß die Besatzung sehr schnell

umgekommen sei. Die Kommission sei überzeugt, daß nichts zur Rettung des Unterseebootes getan werden konnte.

#### Von den Toten auferstanden.

Der Köpenicker Hauptmann lebt! Das ist die Sensation des Tages, durch das offiziöse Telegraphenbureau pflichtschuldigst der Welt verkündet. Die vor einigen Tagen gebrachte Nachricht, daß der Schuhmacher und „Hauptmann a. D.“ Wilhelm Voigt in einem Londoner Spital gestorben sei, wird widerrufen, er erfreut sich vielmehr besten Wohlseins und weilt zurzeit in Lauscha in Thüringen zum Besuch. Wenn es wahr ist, daß Voigt folgendes ein langes Leben zu prognostizieren ist, dann wird wohl der Hauptmann von Köpenick noch recht lange als ein lebendes Wahrzeichen der unbegrenzten Ehrfurcht vor der Offiziersuniform — und stamme sie auch aus einem Trödelladen der Rosenstraße — auf Erden wandeln.

#### „Ein merkwürdiger Studentenkult“

überschreibt ein Heidelberger Blatt folgende Notiz im offenen Sprechsaal:

„Gestern (Sonntag) abend nach der Schloßbeleuchtung gingen einige Studenten durch die Hauptstraße, als ihnen ein Kutscher mit einem Pferd begegnete. Die Studenten überredeten den Kutscher, mit ihnen in das Gasthaus „Zum Seppel“ einzuleiten und als dieser darauf einging, und hinter dem Bier sah, stieg ein Student auf das vor der Tür stehende Pferd, ritt zum Erlaunen der Gäste in die Gaststube und setzte dann den Ritt auf der Straße bis zum Bezirksamt fort. Als der Kutscher nachging und das Pferd verlangte, kam es zu einer Balgerei. Ein Schuhmann erschien und nahm den Kutscher wegen Lärmens in Haft. Die Studenten durften unbehindert weitergehen. Der Besitzer des Pferdes mußte es selbst zurückholen.“

Also die „Herren Studenten“ durften „unbehindert“ weitergehen, der Kutscher aber, dem man das Pferd ausgespannt hatte, der wurde verhaftet. Heidelberg wird immer „berühmter“!

#### Ordnung muß sein.

Schon seit Jahren wird, wie der „G. A.“ mittelt, einem Einwohner der Stadt Düsseldorf seitens der Steuerklasse der Nachbargemeinde Neuz regelmäßig in einem mit einer Zehnspfennigmarke besetzten Umschlag folgende Rechnung zugestellt: „Für Grundsteuer 5 Pfennig, davon ab als Gutschein für Jagdpacht 3 Pfennig, verbleiben 2 Pfennig, die an die Steuerklasse Neuz zu zahlen sind.“ Wäher hat der Steuerpflichtige diese Schuld prompt in Jahresraten aus der Welt geschafft. Nunmehr beabsichtigt er jedoch, die Steuer mit 1 M. für fünfzig Jahre im voraus zu

zahlen. Von dem Entgegenkommen der Steuerklasse Neuz erwartet er dagegen, daß diese ihm das für den gleichen Zeitraum erparierte Porto mit 5 M. vergütet.

#### Kleine Notizen.

**Typhusausbruch.** In Formholz a. d. Ruhr ist der Typhus ausgebrochen. Vier Familien sind bisher dem Krankenhaus zugeführt. Bis jetzt sind zwölf Fälle bekannt.

**Folgeschwere Kesselexplosion.** Am Donnerstagmorgen kurz nach 5 Uhr ereignete sich in den Düsseldorf Röhren- und Eisenwalzwerken eine schwere Kesselexplosion, wobei zwei Arbeiter sofort getötet und zwei andere schwer verletzt wurden. Das Dach des Kesselhauses wurde zerstört und der Kessel 50 Meter weit von seinem Standort weggeschleudert. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht festgestellt werden.

**In der Kirche vom Blig erschlagen.** Wie aus Krakau gemeldet wird, schlug der Blig in die Kapelle des Dorfes Krzywaczka in der Nähe von Krakau während des Gottesdienstes ein. Vier Personen wurden getötet, sechs schwer und zwölf leicht verletzt.

**Der Vulkanausbruch in Alaska.** Ueber die Verheerungen, die der vor einigen Tagen tätig gewordene Vulkan Katmai anrichtete, wird noch gemeldet: Der Ausbruch des Vulkans hat sieben Fischerorte zerstört, zweihundert Personen sind umgekommen. In der Umgebung von Kobal herrscht infolge des dichten Aschenregens eine vierzigstündige Dunkelheit. Der Pflanzentwuchs ist zerstört.

#### Eingegangene Druckchriften.

**Noch in diesem Monat** beschließt die in unserem Berliner Parteiverlage erscheinende Zeitschrift „In Freien Stunden“ den ersten Halbjahresband 1912. Der in diesem zum Abdruck gelangende illustrierte Hauptroman „Germinal“ von Emile Zola für die Leser der „Freien Stunden“ erreicht damit seinen Abschluß. Der Verlag gibt den Abonnenten der Zeitschrift mit dem letzten Heft eine gute Reproduktion des Kunstblattes von Walter Crane, „Der Triumph der Arbeit“, gratis.

„In Freien Stunden“ kostet pro Heft 10 Pf. und wird durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolportage geliefert. Auf Wunsch stehen auch Probehefte kostenlos zur Verfügung.

**Kommunale Praxis.** Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefozialismus. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 30 Pf. Abonnements kosten pro Quartal 3 M. Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen und Expeditionen entgegen. Probenummern kostenlos vom Verlag.

**Die im Schatten leben.** Drama auf der roten Erde. Von Emil Rosenow. 135 S. D. E. G. Verlag, Berlin.

**Das Devothenwesen in Deutschland.** Von D. Reher. 4 M. G. Fischer, Jena.

# Was halten Sie von „Kornfranck“?

Den echten „Kornfranck“ gibt es nur in den grünen Paketen.

**Todes-Anzeigen**  
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der ehemalige Stadtverordnete, Gastwirt  
**Karl Seidel**  
nach langen, schweren Leiden sanft entschlafen ist.  
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetruht an  
**Frau A. Seidel**  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 14. Juni, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Neulöän, Hermannstraße, aus statt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Redakteur  
**Bruno Gerlach**  
am 11. d. M. an Lungenerkrankung gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 1 Uhr, in Leipzig statt.  
Ferner hat unser Mitglied, der Retalarbeiter  
**Robert Klitscher**  
(Trepower, Baumfchulenstr. 19/20) am 13. d. M. an Lungenleiden.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Trepower Gemeinde-Kirchhofes, Rene Krugallee aus statt. 119/4  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
119/3 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer**  
Filiale Neukölln II.  
Am 10. Juni verstarb unser Mitglied, der Schmied  
**Wilhelm Hadon**  
Rosenstr. 4.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 14. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Neulöäner Gemeinde-Friedhof, Mariendorfer Weg, aus statt. 2071b  
Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Krangspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters  
**Joseph Woelke**  
lagen mir allen Freunden und Bekannten, dem Holzarbeiter-Verband sowie Herrn Schütte für die kostreichen Worte am Sarge des Unschlafenen herzlichsten Dank. 2071b  
**Wilhelmine Woelke**  
nebst Kindern.  
**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die Krangspenden bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters lagen mir den Kollegen und Kollegen der Firma Professor S. Kron unseren herzlichsten Dank. 2066b  
Geschwister Rothe.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Krangspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, des Schloßers  
**Franz Binkowski**  
lagen mir allen Verwandten und Bekannten, dem Metallarbeiterverbande, dem Wahlverein des 4. Reichstags-Wahlkreises, den Deutschen Telephonwerken, dem Sparverein „Fortuna“ sowie den Sängern unseren tiefgefühltesten Dank.  
60A Familie Binkowski.

**Dankfagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.  
10a  
**Witwe Emma Reuschel.**  
**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz  
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

**Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Köpenicker Viertel. Bez. 169.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt  
**Karl Seidel**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes, Neulöän, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
217/5 Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kfzpolierer  
**Wilhelm Wendt**  
Kochharerwehe 25, im Alter von 40 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 14. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Kfz-erkerkungs-Kirchhofes in Beihenjee aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
85/3 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Böttcher, Weinküter und Hilfsarbeiter Deutschlands**  
(Filiale Berlin)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege  
**August Hoffmann**  
am 10. Juni im Alter von 66 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Juni, nachmittags 2 Uhr vom Schlesischen Bahnhof (Wiegener Baumsteig).  
Um rege Beteiligung ersucht  
39/6 Der Vorstand.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.**  
Ortsgruppe Berlin.  
**Touren**  
zum Sonntag, den 16. Juni.  
Alle Abstellungen am 15., abends 8 Uhr, am 16., früh 6 Uhr: Trebbin. 1. u. 2. Abt.: 12 Uhr: Trebbin. Start: Bälowsstr. 58. 2. Abt. Start: Schöneleintr. 6.  
3. Abt.: 12 1/2 Uhr: Malchow-Lindenberg. Start: Kaulfher Platz 11.  
5. Abt.: 2 Uhr: Dirichgarten. Start: Eghlum.  
6. Abt.: 1 Uhr: Rönchsmühle. Start: Oberberger Str. 28.  
7. Abt.: 1 Uhr: Richtersborn (Red). Start: Schulstr. 29.  
8. Abt.: 12 Uhr: Lindenberg. Start: Ledebowstr. 21.  
9. Abt.: 8 u. 1 1/2 Uhr: Reinickendorf (Stiftungsfest). Start: Schillingstraße 22.  
Jugendliche Bundesgenossen: 7 Uhr: Trebbin. 1 Uhr: Mariendorf. Start: Stralauer Brücke 3.

**Vorwärts-Bibliothek**  
Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen  
Soeben neu erschienen:  
Band II  
**Der Ausweg**  
Erzählung von Ernst Proczang  
Preis: gebunden 1 M.  
Band I  
**Erweckt**  
Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger  
Preis: gebunden 1,25 M.  
Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69 (Laden)

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlstelle Adlershof.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege  
**Gustav Joch**  
Alt-Blende am Dienstag, den 11. d. Mts., gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Köpenicker Straße 45, aus statt. 78/8  
Der Vorstand.

**Dankfagung.**  
Dem Deutschen Transportarbeiter-Verband für die Krangspende meinen herzlichsten Dank.  
20a  
Witwe Verta Kof.

**Segel-Klub „Fraternitas“ E. V. Berlin 1891.**  
Oleumit erfüllen wir die traurige Pflicht, unseren Mitgliedern von dem Ableben unseres Sports-genossen  
**Walter Semff**  
Kenntnis zu geben.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jerusalemer Kirchhofes in Neulöän, Hermannstraße, aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
2074b Der Vorstand.

**Achtung! Bezirksfest!**  
Das Bezirksfest des 23. Bezirks findet am Sonntag, den 23. Juni, in Rummelsburg (Gafé Bellevue) statt. Um zahlreiche Beteiligung der Bundesgenossen und deren Angehörigen bittet  
Die Bezirksleitung.  
**Reinickendorf.**  
7. Stiftungsfest bei Paul Anders, Hauptstr. 51. Korso: 3 Uhr. Start: im Festhof. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.  
11/17

**35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35**  
Sie sparen Geld! Wenn Sie  
**Möbel** direkt in der Möbelfabrik  
**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kolln Laden  
Tel.: A. III, 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
**35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35**



# A. Wertheim

G.M.B.H.

Leipzigerstr. 126-30 132-37 Königstr. 31/32 Rosenthalerstr. 27/31 Oranienstr. 52/55

Versand-Abteilung  
Berlin W. 66, Leipzigerstr. 132/37

Die Firma A. Wertheim  
hat zu ähnlich lautenden  
Firmen keinerlei Beziehung

## Lebensmittel-Verkauf

soweit vorhanden, die mit \* bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen.

### \*Frisches Fleisch

Prima Schmorfleisch	Pfund	1.00
Roastbeef	Pfund	1.05, ohne Knochen 1.50
Rinderfilet	im ganzen, unausgeschält, ca. 6 Pfund schwer	1.60
Brust und Fehlrippe	Pfund	80 Pf.
Kamm, Querrippe, Gulasch	Pfund	70 Pf.
Gehacktes Fleisch	Pfund	60 Pf.
Schinken	im ganzen Pfund 75, Schulterblatt im ganzen Pfund	70 Pf.
Schweinekamm u. Schuft	Pfund	85 Pf.
Rückenfett u. Liesen	Pfd. 65 Pf., 5 Pfund	3.10
Kalbskeule u. Nierenbraten	im ganzen Pfund	1.00
Kamm und Bug	Pfund 70, geteilt	75 Pf.
Kalbsbrust	Pfund 75, -Spitze Pfund	90 Pf.

### \*Räucherwaren

Kieler Flundern	Pfd. 30 Pf.	Lachsstör	Pfd. 68 Pf.
Geräuch. Aal	Pfd. 1.10, Bund 40 Pf.	Sardellen	Pfd. 75, 90 Pf.
Bücklinge	3 Stück 15, 20 Pf.	Aal in Gelee	Pfd. 98 Pf.
Schleibücklinge	3 Stück 25 Pf.	Neue Matjesheringe	Stück 10, 15 Pf.
Grosse Nordsee-Schollen	Pfd. 60 Pf.		

### Ständiger Verkauf:

Holländ.

**Speisen-Fabrikate**  
gefärbt

Mandelchen-Pudding-Pulver  
Paket 28 Pf.

Kerst-Pudding-Pulver  
Paket 28 Pf.

Eier-Pudding-Pulver  
mit versch. Geschmack, Paket 24 Pf.

Eis-Pudding-Pulver  
mit versch. Geschmack, Paket 24 Pf.

Favorit-Pudding  
Paket 38 Pf.

Macedoine-Speise  
mit eingemachten Früchten, Paket 1.20

Saucen-Tabletten  
mit versch. Geschmack, 14 Pf.

Vanille-Zucker  
Dose 14 Pf.

Vanille-Saucen-Pulver  
Paket 10 Pf.

**Olympia - Bouillon - Würfel**

Dose 10 20 50 100 500 Stk.

28 55 Pf. 1.35 2.60 12.40

**Mais-Puder**

Paket 1/2 Ko. 1/3 Ko. 1/4 Ko.

15 28 55 Pf.

### \*Fische

Kabeljau	ohne Kopf in ganz. Fischen	14	Seelachs	ohne Kopf in ganz. Fischen	13 Pf.
Schellfische	Pfd.	15	Bratschollen		12 Pf.
Scharbenzungen	Pfd.	10	Rotzungen		12 Pf.
Limandeszungen	Pfund	22			
Lachs	in ganzen Fischen, Pfund	48			
Lebende Schleie	Pfund	90			
Lebende Aale	Pfund	78, 95 Pf., 1.25, 1.35			
Lebende Karpfen	Pfund	95			
Frische Schleie	Pfd.	48			
Frische Rotfedern und Bleie	Pfund	18			

### \*Wild u. \*Geflügel

Wildschwein	Pfund	90	Rücken	80	Blätter	60	Ragout	30 Pf.
Rehwild	5.50 bis 8.00	7.00 bis 12.00	1.50 bis 2.25					
Junge Gänse	Pfund	73, 85, 95						
Junge Enten	Stück	2.10, 2.50 bis 4.00						

### Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen

### ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Germanublan 6.** Wandleibhaus, Gräßliche Jodeltanzsäule, Gedruckt, Sommerpaletot, Herrenhosen, Damenmäntel, Silbergläser, Bettdecken, Vermietungsbücher, Auswärtige, Auswärtige, Reichhaltige Gardinenauswahl, Teppichauswahl, Tischdecken, Steppdecken, Goldschmuck, Taschenuhren, Wanduhren, Wandbilder, Warenverkauf ebenfalls Sonntags.

**Teppiche!** (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager, Brünn, Gedeckter Markt 4, Bahnhof Börje. (Leier des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

**Vorjährige elegante Herrenanzüge** und Paletots aus feinsten Stoffen 20-40 Mark, Herren 6-14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 12888\*

**Vorwärtsleser** erhalten für 5 Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Rosenhainstraße 64 und Oranienstr. 126. 15698\*

**Nachfahrerkarten.** Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straßenscheine 1200 Quadrat-Millim. aus Berlin, 2 Teile à 1.50 Mark. Reichliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Werben, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden - Görlitz. Buchhandlung Womditz, Lindenstraße 69 (Laden). \*

**Betten.** Stand 9., Brunnenstraße 70, im Keller. 12008\*

**Monatsanzüge** und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gedruckt von 12.00, Fracks von 2.50, sowie für lockere Figuren. Neue Garderobe zu namment billigen Preisen, aus Handarbeit, versch. Stoffe, fast man am billigsten bei Rab. Wundtstraße 14.

**Gardinen!** Steppdecken! Vorhänge! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Gedeckter Markt 4 (Bahnhof Börje). Sonntags geöffnet.

**Damenkleiden** mit gestickter Bluse 1.15, Herrenkleiden 1.15, Normalmäße. Kleiderkleiden sowie elegante Reismuster bis zur Hälfte des Wertes. Wäschehaus Salomonstraße, Drosselstraße 21, Alexanderplatz.

**Klappwagen, Sportwagen, Kottelwagen** 90. 20535\*

**Biederbetten** 13.00, zwei Waschstand (schön) 16 Pf. 16 11.

**Geschäftsverkäufe.**

**Zigarrengeschäfte, Kn- und Verkauf** vermittelt produktionsfrei Georg Kolahr, Kistlerstraße 63, Labakrohhandlung. 15148\*

**Teppichgeschäft zu verkaufen,** Kodenbergstraße 25. +119

**Grünfrangeschäft, preiswert,** Schönleinstraße 24. 20676

**Zigarrengeschäft mit Wohnung,** wegen Verlegung preiswert verkäuflich, Kottbusstraße 11. +19

**Obst-, Gemüsegeschäft, frambelthaler** (Sportplatz) verkäuflich. (Selbstläufer.) Kassa, Ritterstraße 59.

**Gelofat, Jahrestafel, 4 Vereine,** sofort zu verkaufen, Preis 2500. Zu erfragen Kautzschstraße 42, Lokal.

**Möbel.**

**Möbel-Gelegenheits-Käufe** (Sportplatz), neue gelegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288.-, komplette Wohnzimmer 132.- bis 240.-, Schlafsofa 24.-, Sofa 33.-, Truhen 23.-, Schreibtische 40.-, Schreibtisch 20.-, Kleiderauswahl, Möbelreicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen, Teilszahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1\*

**Schlafzimmer** 135.-, Eiche 288.-, Satin, Birken, Rahmton, große Gelegenheit. Möbelreicher Neue Königstraße 5-6. 249/2\*

**Möbel (distret), Neuze, alte, gut** renommierte Firma liefert Möbel unter Direktion auf Teilszahlung. Anzeigen: Kottbusstraße 12, Postamt 22. 14978\*

**Möbelhandlung** Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilszahlung gestattet. "Vorwärts" Leser 3 Prozent Rabatt. 308\*

**Teilszahlung** Woche 0.50 an. Möbel, Portieren, Tischdecken, Steppdecken, Teppiche, Uhren, Bilder, liefert Kottbus, Dresdenstraße 124, am Kottbusertor. Möbelhandlung 5 Mark Bergstraße, Besatz oder Postkarte. Sonntags 8-10 geöffnet. 14928\*

**Sofa, fast neu, mit Wandgobelin,** 8 Stücke billig zu verkaufen. Schöneberg, Hauptstraße 5, Postamt links 1. 15648\*

**Möbel ohne Geld!** Bei kleiner Anzahlung geben Wirkschaffen und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Vereinfachung, auch Waren aller Art. Der ganze Laden läuft bei uns. Kottbusmann u. Co., Kottbusstraße 4. (Schleißer Bahnhof). \*

**Annahme-Angebot bis 1. Juli** ca. Eiche Schlafzimmer mit 130 breitem, zerlegbarem Schrank, großer Waschkommode mit Marmorwand und Spiegel, komplett mit Patentmatten und Etagen. Nur jeweils Vorrat! W. Hirschowitz, Kottbusstraße 25, an der Hochbahn. 16348\*

**Möbelverkauf.** Keine, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen und moderne dafür geliefert, die Differenz in bequemen Raten. Anfragen unter Postlagerkarte 18, Postamt 22. 14808\*

**Möbel-Gelegenheitskäufe,** gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherschrank 68.-, Schreibtisch 48.-, Bettstelle 33.-, Truhen mit Stufe 34.-, Garnitur, Sofa, 2 Erse, 45.-, Kleiderschrank 46.-, Röhreineinrichtung 88.-, Derrzimmer, Speiseszimmer, Schlafzimmer, wundervolle Sofas, sehr billig. Kommen Sie erst vor Ihrem Einkauf zu mir, Sie sollen die Möbel nur beichtigen. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 16288\*

**Arbeiter-Wohnwohnungen.** Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilszahlung gern gestattet. Kassenpreis 1000, Teilszahlung, keine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Kottbusstraße 54. Kein Anzahlungsgeld!

**Zentrale für Arbeitermöbel** liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Kreditnehmende auch auf Teilszahlung und bietet Parteimitglieder um Bedarf der großen Väter. Niedrige Anzahlung. Ansoergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schag, Brunnenstraße 160, Eingang Anklammerstraße.

**Sonderangebot in Möbeln,** Vorwärtsleser zu nie gekannt billigen Preisen. Brautleuten empfehlenswert. Möbelfabrik Hirschowitz, Chausseestraße 49.

**Fahrräder.**

**Fahrradindustrie,** Charlottenburg, Bismarckstraße 62. Billigste Bezugsquelle, Arbeiter - Radfahrer 10 Prozent Rabatt. 15208\*

**Derrenfahrrad, Damenfahrrad,** wie neu, 35.-, Holz, Blumenstraße 44. 10038\*

**Erstklassige Fahrräder,** Monatsrate 10 Mark, Louis Barth, Bräunerstraße 10a. Kein Laden. 16298\*

**Fahrräder billiger!** Neue Fahrräder mit Pneumant 32.-, elegante Ausführung 40.-, Schneidige Etrogrenner, holzbordegelbes, roten Gummi, 60-jähriges Kettenrad 50.-, 10 Jahre Garantie. Damenräder 40.-, 45.-, sehrwerte Zugausführung, 10 Jahre Garantie, 58.-, Ernst Naumann, größtes Fahrradwerk Berlin, Radrennplatz über 20 000 Fahrräder, gebrauchte Räder, große Auswahl, 10.- an. 16518\*

**Motorenherrenrad (Original),** Glodenlager, wundervoll, 28.00, Damenfahrrad billig. Schröder, Weberstraße 42, Quergebäude. 95/11\*

**Reste.**

**Frankfeld Reiterhandlung,** Kottbusstraße 2, unter Hofpreis: Deckenstoffe, Damenstoffe, Seide, Bekleidungsartikel, Futterstoffe. 14848\*

**Tischler, Drechsler, Tapezierer** u. erhalten Unterricht im Fachzeichnen und Kalkulation ohne Berufsprüfung nach den Lehrbüchern der 20-jährigen Fachbibliothek für die gesamte Holzindustrie. Programm kostenlos durch Norddeutsche Tischlerfachschule, Berlin N. 65, Halpaquetstraße 14-16. \*

**Patentanwalt Wessel,** Büchsenstraße 24a.

**Patentanwalt Müller,** Büchsenstraße 81. 24398\*

**Kunstkopferer** von Frau Roslitz, Schleierstraße, Kurstraße 8 III.

**Wandleibe Heinerdorferstraße 13,** Ecke Gerisawaldstraße. 93/19\*

**Gehilfenlehre** Fahrgelasse, Silberfaden, Altkücher, Stanklewis, Kottbus, Kottbusstraße 14. 36/10

**Platina, alte Goldschmied, Silber,** Gelbfarbe, alle Uhren, Redgold, Goldmatten, Treppen, Cuedüber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Edelmetallfahmeier, Prob. Köpenickerstraße 29. Telefon Kottbusplatz 6958. 16508\*

**Gitarre, Mandolinenspieler** wünscht Arbeiter - Mandolinenspieler "Eiderball". Uebungsstücke Monatsbeiträge 22. Kottbus werden ebenfalls gelernt. +85\*

**Handwäscherer** von Frau Richter, Köpenickerstraße 22. Jede Art Haus- und Leibwäsche wird sauber gewaschen und im Freien getrocknet. Abholung Sonntags. Ehrliche Volkstarie. +138

**Mietsgesuche.**

**Suche** Vorzimmer, allein, Preisangebote inklusive. Wolfstraße, Alexanderstraße 64, III. +142

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Kassabote, Parteigenosse,** zuverlässig, sucht Arbeit, gleich welcher Art. Offerte Friedrich Reilmann, Kottbus, Siegfriedstraße 54. +26

**Stellenangebote.**

**Tüchtige Stämpler** für Wp-formen verlangt Fischer u. Co., Großlichterstraße, Bahnstraße 4. 16618\*

**Strickweber, geübte Weberinnen** und Krautweberinnen finden dauernd lohnende Beschäftigung Stallstraße 24/25. 20698\*

**Kunstliche Blumen** Tüchtigen zweiten Aufhänger sucht Schindlerbauer, Alte Jakobstraße 156/157. \*

**Phantastische Federn,** 100 geübte Weberinnen und Weberinnen aushern. Suche sucht Dreißig, Alte Jakobstraße 18. 20578\*

**Korbmacher,** tüchtige Stellensuchende, finden sofort dauernde Beschäftigung. **Will Heinemann,** Erste Berliner Holz- u. Kottbusstraße, 20725 Alexanderstr. 95.

**Achtung, Wagenbauer!**

In den nachfolgenden Wagen- und Karosseriefabriken befinden sich die Arbeiter im Streit und sind alle Arbeitsangebote dieser Firmen strikte zurückzuweisen. Gelehrter sind: Erdmann u. Hoff, Lindenstraße 139/140. Rudolf Franke, Kottbusstr. 11 und Courdstraße 14. Lange u. Wutzsch, Frankfurt/Klee 22/23. In Frage kommen: Stellmacher, Schmiede, Schlosser, Lackierer und Sattler. Bezug ist streng fernzuhalten. Die Streitleitung. 176/5\*

**Gefunden u. verloren**

**Gefunden** ein goldenes Medaillon auf dem Bege Bootplatz "Rissel" nach dem Bahnhof Oranien. Abzugeben gegen Belohnung abends 7 Uhr Parteipostition Klein, Oranien, Friedrichstraße 10. 16588\*

**Vermietungen.**

**Zimmer.**

**Wohlfühleres Zimmer** sofort. Büchsenstraße 64, III, Hebermann.

**Unterricht.**

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Ferial, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Übersetzungen angefertigt. O. Swienty, Wiednisch, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 448\*



Partei-Angelegenheiten.

Bur Lokalliste!

Der Tanzlehrer Willi Reißschneider in Zegel veranstaltet am 16. Juni in Hamuels Etablissement, Zegel, Hauptstraße, ein Rosenfest. Das Lokal ist gesperrt. Es wird versucht, für dieses Fest in Arbeiterkreisen Willets abzuheben. Die Parteigenossen werden ersucht durch Zurückweisung der Willets die Lokalliste zu beachten.

Nieder-Schönhausen und Nieder-Schönhausen-West. Am Freitagabend 7 Uhr findet von den Bezirkslokale aus eine Flugblattverbreitung zu der Gemeindevahl statt. Die Parteigenossen wollen, damit diese Arbeit gewissenhaft ausgeführt wird, sich in den bekannten Lokale vollzählig einfinden. Das Wahlkomitee.

Wannsee. Morgen Sonnabend, den 15. d. Mts., abends 1/9 Uhr, im „Fürstentum“ (O. Adernann); Generalversammlung des Wahlvereins. Neuwahl des gesamten Vorstandes. Da außerdem eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, werden die Mitglieder gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Brig-Budow. Zur Rosenblüte in Prag am 16. Juni feiert der dortige Wahlverein ein Rosenfest in „Maddy Festhale“, verbunden mit Gartenkonzert und Spezialitätenvorstellung. Das Konzert wird vom Neuen Tonkünstlerorchester, Dirigent Hoffelder, ausgeführt. Willets a 30 Pf. sind an der Kasse zu haben. Der Ausschuss.

Ober-Schöneweide. Am Sonntag, den 16. Juni, findet ein Ausflug der Parteigenossen nach Ahrensfelde, Lokal Schneider, statt. Es wird erwartet, daß sich die Parteigenossen mit ihren Familien daran beteiligen. Abfahrt vom Bahnhof Friedrichsfelde (Briegener Bahn) 2 Uhr 40 Minuten bis Ahrensfelde. Fahrpreis 20 Pf. Die Bezirksleitung.

Niederlehme. Sonnabend, den 15. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal von Gustav Koch, Jägerstr. 10, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Max Groger. Abrechnung von der Waisfeier. Verschiedenes.

Brandorf. Am Sonnabend, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von J. Knorr: Ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Vorstandes, der Funktionäre und Neuwahl derselben. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Lichtenrade. Sonnabend, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Alt-Wieslitz. Am Sonnabend, 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet für den Bezirk Dreißtel Falkenberg Zahlabend bei Schäfer statt. Der Vorstand.

Weidmannsdorf und Umgegend. Sonnabend, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Fortsetzung unserer letzten Mitgliederversammlung im Lokal „Waldhütte“ der Gartenstadt Frohnau (Inhaber W. Meffin), am Bahnhof Stolpe. Die Bezirksleitung.

Niederschönhausen (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 16. Juni, nachmittags 4 Uhr, im „Gasthof zur Sonne“ (Inhaber A. Wärsch): Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Tagesordnung: Reichstag und Preussischer Landtag. Referent: Redakteur Genosse Paul John-Verlin. Die Einwohnerzahl von Blankenfelde, Schildow, Sunmit und Schönfließ ist zu dieser Versammlung eingeladen. Die Agitationskommission.

Evandau. Heute, Freitag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, außerordentliche Generalversammlung im Lokale von Emil Koepnick, Fiedlerdorfer Straße 29. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Emil Unger. 2. Stellungnahme zu dem Statutenentwurf des Verbandes der Wahlvereine der Provinz Brandenburg. 3. An den Vorstand gestellte Anträge. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus Scharmühselsee.

„Groß ist er und schön zugleich,“ singt Fontane, der Dichter der Mark. „Der ihn einmal gesehen hat, vergißt ihn nicht wieder. In wohliger Freiheit schwebte ich, als ich auf diesem zwei deutsche Meilen langen und anderthalb Kilometer breiten herrlichen Wasser kreuzte. Ein brandenburgisches Meer ist es. Hier sind alle intimen Schönheiten der Mark vertreten.“ Als der beste Schilderer märkischer Naturpoesie das schrieb, war die Umgebung des Scharmühselsees noch eine von der Kultur fast unberührte halbe Wildnis. Ringsum wogendes Schilf, dichter Nadel- und Laubwald, über den Gipfeln die blaugrauen Konturen der Rauener, Dubrower und Soldatenberge. Schon die alten Germanen haben, wie Graberfunde beweisen, hier an der „märkischen Ostsee“ gehaust, an ihre Stelle sind später brandenburgische Rittergeschlechter getreten, deren Herrensitze noch jetzt wie Adlerhorste verstreut an den seeumsäumenden Bergen zwischen lieblichen Dörfern mit wallenden Kornfeldern stehen. Die letzten Jahre erst haben den Scharmühselsee aus dem Dornröschenschlaf geweckt. Modernes Leben leckte gleich mit Macht heran. Das bebaut oder bebauungsbereite Neuland, unmittelbar an den Seeufer, ist auf wohlhabendere Verhältnisse zugeschnitten. Fünf Minuten vom See entfernt erhebt sich die Landhauskolonie Saarow-Pieskow. Gern wird diese Siedlung beim Scharmühselsee mit einer Art besserer Laubentkolonie verglichen und mit dem „Week end“ wie der in England typisch gewordene große Wochenfeiertag heißt. Die dem See an seinen beiden Spitzen vorgelagerten Rittergüter Saarow und Pieskow sind von der Berliner Landbank angekauft und mit der 1875 Hektar großen Wasserfläche, die früher dem Freiherren v. Reitzenstein gehörte, sowie mit der ganzen Nordhälfte der 4000 Morgen umfassenden Landgebiete am See zu einem Großbetriebe gegliedert worden. Prachtige Villen und saubere Straßen haben einen regelrechten Kurort erschlossen, dem eine Zukunft blüht nach dem Muster der Grunewaldkolonien. Aus der simplen „Bechäite“, wo einstmal der einsame Wanderer belebenden Trank heischte, ist ein hochmodernes Kurhaus mit Gläseranden und Aussichtsturm geworden. Daneben finden wir bereits ein Pädagogium (Reformrealgymnasium), ein Mittelstandsanatorium, eine Familienkurse, einen Wasserkurort, einen prächtigen Kurpark und alle sonstigen Errungenschaften neuzeitlicher Gartenbautechnik. Eine in großem Stil angelegte Promenadenstraße mit vierfachen Baumreihen führt von der Kolonie Scharmühselsee-Nord in leichten Linien nach der zweiten Landhauskolonie, dem eine halbe Stunde entfernten Pieskow. Für Ruder-, Segel-, Angelsport ist in weitreichendster Form gesorgt. Der Fischreichtum des Sees soll ungeheuer sein. Die Badeanstalten sind von morgens 6 bis abends 8 Uhr geöffnet. Auf dem großen Werl, einer der beiden Inseln im See, wurden umgäunte Lust- und Lichtbäder eingerichtet. Den Touristen, der mit Geldausgaben haushalten will, interessieren insbesondere die zahlreichen und vielseitigen herrlichen Einzelpartien. Zu empfehlen sind Touren nach dem „Lärchengrund“ mit prächtigen Laubholzbeständen, nach „Fontanepark“ und „Alte Gärten“ an der Motorboothaltestelle, nach

der „Schönen Aussicht“, dem „Pieskower Gals“, ferner nach den Soldatenbergen mit Ausblick auf den Petersdorfer See, über Neu-Holm nach den wundervollen Waldgebieten an den Dubrowbergen, vor allem nach den Eichengründen der Rauener Berge mit den jagenumwobenen Markgrafensteinen. Sämtliche Touren sind farblich markiert, so daß man leicht zurechtfindet. Man erreicht den Scharmühselsee am bequemsten mit der Staatsbahn in anderthalb Stunden bis nach Pieskow, von da in 20 Minuten mit der Kreisbahn bis nach Saarow-Dt. Billige Nachtquartiere (schon von 1 M. an) ermöglichen es, sich den ganzen Sonntag zu ungetrübtem Naturgenuss freizuhalten. Unständlicher, doch sehr reizvoll ist eine sechsstündige Dampferfahrt von der Jannowbrücke über die Obersee und Dahme, den Volziger und Dolgen-See nach Jagdschloß Schwarzhorn am Scharmühselsee; also eine ähnliche Dauerfahrt wie die nach Teupitz. Wer es mit seiner Zeit einrichten kann, soll lieber den Zweitages-touren-Dampfer, in dessen Fahrgeld auch das Nachtquartier eingerechnet ist, benutzen. Man hat dann für Fontanes Lieblingssee mehr als einen vollen Tag übrig.

Beim Heranfahren von Lokomotiven oder Wagen sind auf Bahnhöfen häufig Angestellte der Staatsbahn durch Anstoßen an feste Gegenstände zu Schaden gekommen. Wenn auch der vorgeführte lichte Raum freigehalten war und die Verletzten sich zu weit vorgebeugt hatten, so hat die Untersuchung doch ergeben, daß die Gegenstände entweder weiter vom Gleis abgerückt werden konnten, oder daß eine Notwendigkeit sie zwischen oder unmittelbar neben den Gleisen aufzustellen nicht vorlag. Bei der Aufstellung solcher Gegenstände soll daher mehr wie bisher den aus dem Betriebe entspringenden Gefahren Rechnung getragen werden.

Der Magistrat hat die Berlin-Treptow-Sternwarte verpflichtet, vom 1. April 1912 ab den von Lehrern geführten Schülern der städtischen Schulen nicht nur den Besuch der Sternwarte, sondern auch den des damit verbundenen astronomischen Museums unter sachverständiger Führung und einen Lichtbildervortrag im großen Vortragssaal kostenfrei darzubieten. Für den Besuch sind die Wochentage Montag oder auf besonderen Wunsch auch Mittwoch in Aussicht genommen. Als Besuchszeit sind die Vormittagsstunden 9 oder 9 1/2 Uhr festgelegt. Es kommen nur Schüler und Schülerinnen der I. Klassen in Frage.

Das Kuratorium der städtischen Heilmstätten hat in seiner letzten Sitzung u. a. beschlossen, von einem Erweiterungsbau der Heilmstätte in Wund in Rücksicht darauf abzusehen, daß die Unterhaltungskosten für Tuberkulose möglichst bald gesunken werden. Es soll aber für Kinder, die der Tuberkulose verdrängt sind (strophöse, unterernährte usw.) durch Errichtung von Heilmstätten in größerem Umfang gesorgt werden.

Ein Straßenunfall ereignete sich gestern nachmittag in der Neuen Königstraße. Als die 40 Jahre alte Frau Wilhelmine des Schneiders Weich aus der Christburg-Str. 18 den Fahrbaum überschreiten wollte, geriet sie zwischen einen Straßenbahnwagen und einen Omnibus. Außer einigen Quetschungen erlitt sie eine Gehirnerschütterung und mußte nach der Pilsbache in der Reibelstraße gebracht werden. Nachdem sie hier einige Zeit behandelt worden war, wurde sie, da sie das Bewußtsein wieder erlangte, auf eigenen Wunsch nach ihrer Wohnung entlassen.

In der Schreckensstat einer Mutter, die, wie wir berichteten, am Dienstag in der ersten Nachtstunden an der Schloßbrücke zu Charlottenburg mit ihren zwei kleinen Kindern ins Wasser sprang und mit dem Mädchen ertrank, wird mitgeteilt, daß es sich um die Ehefrau des Schlossers Ernst Hellmuth aus der Kiehlstraße in Treptow handelt. Seit sechs Jahren hat S. mit seiner Frau in glücklicher Ehe gelebt, doch ist die Frau schon längere Zeit sehr nervös und leidend gewesen. Am Dienstagmittag ist sie mit den beiden Kindern von Haus fortgegangen und hat in einem hinterlassenen Briefe die Absicht geäußert, aus dem Leben zu scheiden. Die Kinder werde sie mitnehmen. Der Ehemann suchte zunächst in Treptow nach seiner Familie, ohne sie zu finden. Der im Krankenhaus Westend befindliche Knabe wurde gestern mittag von dem Vater mitgenommen.

Zahlreiche Personen an Fleischvergiftung erkrankt. In Oberschöneweide sind zahlreiche Personen, darunter zwölf schwer, an Fleischvergiftung erkrankt. Nach den angestellten Ermittlungen sind die Erkrankungen auf den Genuß von Schabe- und Hackfleisch zurückzuführen, das von einem Schlächter in der Westendstraße gekauft worden war. Der Rest des fleisches ist beschlagnahmt und der Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genussmittel übergeben worden.

Ein schwerer Straffallenfall, bei dem ein kleines Kind seinen Tod fand, ereignete sich gestern an der Ecke der Marienburger und Wundstraße. Dort wurde ein vier Jahre altes Mädchen von einem Schlächterwagen eines Engros-Schlächtermeisters überfahren. Das Kind erlitt schwere Kopfverletzungen und wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht, der aber nur noch den Tod feststellen konnte. Die Schuldfrage ist noch nicht aufgeklärt.

Eine kaum glaubliche Sittlichkeitsaffäre beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Vor einiger Zeit hatte sich der Wundstr. 10 wohnhafte 35 jährige Richard W. wegen Mißbrauch der fünfzehnjährigen Stiechtöchter vor dem Strafgericht zu verantworten. Das junge Mädchen wurde, als es kaum die Schule verlassen hatte, Mutter. Bald hatte sich ein bestimmter Verdacht gegen den Stiefvater gerichtet, er könne der Vater des neugeborenen Kindes sein. Er wurde auch verhaftet, doch konnte vor Gericht seine Verurteilung nicht erfolgen, weil sowohl die Stiechtöchter als auch seine Ehefrau die Aussagen verweigerten. Aus dem Untersuchungsgegenstand entlassen, soll W. die Aktenante auf seine Stiechtöchter fortgesetzt haben. Die Ehefrau begab sich mit ihrer Tochter wieder zur Polizei und gab den Straftaten des Mannes an. Auch erklärte sie, mit der Tochter nunmehr vor Gericht auszusagen zu wollen. W. wurde daraufhin sofort verhaftet.

Unvorsichtiges Gantieren mit der Schußwaffe hat wieder einmal großes Unheil hervorgerufen. Gestern abend wurde die Wundstr. 65 wohnhafte Ehefrau Stephan von dem Kaufmann Stolzenberg angeschossen und schwer verletzt. Frau St. war in der neunten Stunde aus dem Hause Müllerstr. 179a, wo sie Bekannte besuchte, herausgetreten, als plötzlich in nächster Nähe ein Schuß krachte. Getroffen brach die Wundstr. zusammen. Eine Kugel hatte der Unglücklichen die Schloßgasse am Hals durchbohrt. Blutüberströmt wurde Frau St. nach der Unfallstation in der Wundower Straße und von dort nach Anlegung von Rotverbanden nach dem Birkow-Krankenhaus gebracht. Der Zustand ist recht bedenklich, da die Blutverluste äußerst stark waren. Der verhängnisvolle Schuß war, wie sich herausstellte, von St. abgegeben worden. St. hatte von einem Portier ein Fehlschlag zur Verfügung erhalten, doch wußte er nicht, daß die Waffe geladen war. Während er aus der Waffe herumkontierte, entlud sie sich von selbst und das Geschloß traf unglücklichweise die vorüberkommende Frau Stephan. Als St. sah, was er angerichtet hatte, wollte er sich das Leben nehmen. Er wurde jedoch daran gehindert und fortwährend beaufsichtigt.

Das Verbrechen von Frohnau hat nach langwierigen Ermittlungen der Kriminalpolizei jetzt endlich seine Kullidung gefunden. Wie wir mitteilten, wurde am 8. v. Mts. der Forstaufseher Scherf von einem Eindreher, den er auf der Chaussee stieß, durch mehrere

Schüsse in den Unterleib so schwer verletzt, daß er starb. Die Nachforschungen der Polizei haben jetzt zweifelsfrei ergeben, daß der Mörder des Amtsdienstes Klein Schmidt aus Rauen aus der Mörder des Forstaufsehers Scherf ist, also der am 20. April 1879 geborene Schloffer Fritz Pieper. Man konnte feststellen, daß der Einbruch in Granitz bei dem Kaufmann Söhring, der am Tage vor dem Verbrechen in Frohnau ausgeführt wurde, von demselben Manne und einem zweiten verübt wurde, der den Forstaufseher niederschloß. Die beiden Eindreher in Granitz sind niemand anders gewesen als Pieper und sein Spießgefelle Koch. In der Wohnung des Koch wurden außer der Schokolade, deren Hund wir mitteilten, auch noch einige Kartons gefunden, die bei Söhring gestohlen worden sind. Wie es kommt, daß nur Pieper das Zusammenreffen mit dem Forstaufseher hatte, erklärt sich so: Als beide am Abend vorher den Einbruch ausgeführt hatten, fuhr Koch mit der Beute mit der Bahn nach Berlin, Pieper dagegen, der ein Rad bei sich führte, um nicht aufzufallen, mit dem Rade. Auf der Fahrt von Granitz nach Berlin wurde er dann von Scherf angehalten. Daß Pieper auch der Mörder des Forstaufsehers ist, geht noch daraus hervor, daß Klein Schmidt sowohl wie Scherf mit Steigen aus einer Pistole erschossen worden sind, und zwar mit der bei Pieper gefundenen Dienstpistole eines Genbarman.

Erkassen hat sich der 30 Jahre alte Maurer Wilhelm Baummann aus der Poppelallee 65. Unglückliche Familienverhältnisse haben ihn zu der Tat veranlaßt. Gleichfalls durch Erbscheit hat sich auch der 42 Jahre alte Arbeiter Otto Schulz aus der Meindendorfer Str. 42 das Leben genommen. Der Grund soll in einer Abweisung eines Heiratsantrages zu suchen sein.

Die Kechle zu durchschneiden versuchte sich vorgestern nachmittag der 44 Jahre alte frühere Referendar Wilhelm Beumelburg aus der Treptowstr. 18. Beumelburg ist der Sohn eines Aittergutsbesizers aus Ohrenhausen. Bis vor fünf Jahren stand der Mann wegen seiner Trunksucht unter Kuratel. Auch jetzt ist er noch ein starker Trinker. Wenn ihm am ersten eines jeden Monats von seinem Vater 150 M. zum Lebensunterhalt geschickt wurden, so trank er so lange, bis das Geld verbraucht war. Vorgestern versuchte er, da er schon wieder einmal kein Geld mehr hatte, seine Wirtin um 20 M. anzuborgen. Das schlug diese ihm jedoch ab. Darauf schloß Beumelburg sein Kaffeebrenner, steckte es ein und ging zum Biergarten. Auf einer Bank sitzend versuchte er nun sich damit die Kechle zu durchschneiden. Ein Schutzmann, der sein Vorhaben sah, sprang hinzu und riß ihm das Messer weg. Er hatte sich aber schon eine stark blutende Verletzung beigebracht. Der Beamte brachte ihn deshalb mit einer Droschke zur Charité, wo er noch schwer daniederliegt.

Verloren hat am Sonnabendnachmittag um 4 Uhr ein zwölfjähriges Mädchen ein kleines schwarzes Portemonnaie, das ein Rechenmark enthält, in der Salziger Straße vor den Häusern 6-8. Der ehrliche Finder wird gebeten, es Adalbertstr. 20, Hof rechts III, abzugeben.

Am Sonnabendabend ist in dem Zuge 540 Görlitzer Bahn-Wusterhausen ein Paket in grün-graues Packpapier liegen geblieben, das eine neue Wagenlaterne und eine neue vernickelte Radfahrerlaterne enthält. Da der Verlierer erlagsüchtig ist, bittet er um Rückgabe der Laternen in der Fundamentstelle auf dem Görlitzer Bahnhof.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdsdorf-Galensee.

Finanzen, Rathausbau und Nordpark.

Die Stadtgemeinde Wilmerdsdorf oder vielmehr die für ihre Leitung maßgebende große konservative Fraktion tat sich bisher sehr viel darauf zugute, daß sie unter der allgemeinen Groß-Berliner Finanzkolonialität nicht zu leiden habe. Als die Gemeinde mit der zahlungsfähigsten Einwohnerzahl in ganz Preußen verschmähte sie es höflich, mit den übrigen Groß-Berliner Stadtgemeinden zur gemeinsamen Regelung der Steuerfrage zusammenzuwirken und die vom kurzfristigen Egoismus eingeleitete Eigenbrötcherei brachte Wilmerdsdorf in kommunalen Kreisen algemein in den Ruf, den in der Arbeiterschaft die für den Staat besonders nützlichen Elemente, die Arbeitswilligen, genieren. Verschiedene Angelegenheiten sprechen dafür, daß das Sprichwort, wonach Schmutz vor dem Fall kommt, sich auch hier bewahrheitet. Man wird sich selbst in den Kreisen der Kommunal-Konservativen darüber klar, daß in finanzieller Hinsicht der Stadt das Feuer unter den Ägeln brennt, und daß es in diesem Jahre höchstwahrscheinlich das letzte Mal gewesen sein wird, wo man sich in der Frage der gemeinsamen Erhöhung des Steuerzuschlages dem Groß-Berliner Verlangen widersetzte. Inzwischen wendet man aber zum Ausgleich Mittel an, die recht sehr an die Gepflogenheiten gewisser Kreditpekulanten erinnern. Wie diese vor allem durch ein proteiges Ausstreuen ihre Gläubiger zu täuschen suchen, so glaubt auch Wilmerdsdorf in Kennerlichkeiten etwas drausgehen lassen zu müssen. Der Plan, ein 30 Millionen Mark Rathaus zu bauen, ist in dieser Hinsicht begründet. Es wurde hervorgehoben, daß die Stadt die verlangten zehn Millionen Mark draufgehen lassen müsse, wenn sie ein würdiges und den späteren Bedürfnissen vollständig genügendes Bauwerk errichten wollte. Mag sein. Dem ist aber entgegenzuhalten erstens, daß es der Stadt noch vielfach an wichtigeren Einrichtungen als dem Rathaus fehlt, zweitens, daß die Frage des kommunalen Zusammenschlusses mit Charlottenburg oder Schöneberg, der ein Rathaus überflüssig macht, nicht wieder von der Bildfläche verschwinden wird, und drittens, daß aus diesem Grunde ein als Provisorium durchaus genügendes Verwaltungsgebäude bereits vorhanden ist. In dem von der Stadt erworbenen Joachimsthalschen Gymnasium nämlich, das an die 300 Zimmer und Säle zählt und mit Aufwendung einiger hunderttausend Mark recht stattlich für Bureau- und Sitzungszwecke hergerichtet werden kann. Kommt dieser auch in der Stadtverordnetenversammlung gemachte Vorschlag zur Verwirklichung, dann ist Wilmerdsdorf auch der Sorge ob der Ausnutzung des Schulgartens, der das Gymnasium umgibt, überhoben. Der zum Teil gerade von den konservativen Leuten dem Magistrat gemachte Vorwurf, daß er es auf Demolierung der Parkanlagen abgesehen habe, ist zwar hinfällig; aber so belanglos, wie es von den Interessenten hingestellt wird, ist die Frage denn doch nicht, ob das Gelände ganz oder nur zum Teil als öffentlicher Park hergerichtet wird. Der Magistrat kann es mit gutem Gewissen den Steuerzahlern gegenüber verantworten, einzig das Hauptgebäude auf dem Grundstück stehen zu lassen und alles andere Gelände in einen Park umzuwandeln, wenn er die zehn Millionen für einen Rathausbau spart. Aber auch für den wenig wünschenswerten Fall, daß aus finanziellen Rücksichten die Professorenhäuser im Garten der Terrainspekulation überantwortet und noch einiges Gelände mehr mit öffentlichen Gärten bepflanzt werden sollte, muß mit aller Entschiedenheit dagegen Einspruch erhoben werden, daß zum Überfluß auch noch eine Kirche im Park zu stehen kommt. Nach allem, was aus früheren Deputationsverhandlungen herausfließt, hat eine zeitlang in der Tat beim Magistrat die Absicht bestanden, der evangelischen Kirchengemeinde ganz umsonst einen Platz im Joachimsthalschen Gelände zu überantworten. Für eine solche Parkkirche hat nun selbst in Wilmerdsdorf die Mehrheit der Bevölkerung kein Verlangen; und es wird darauf hinzuwirken sein, daß der Kirchengemeinde selbst gegen Bezahlung nichts von dem Plage überlassen wird.

Alles in allem aber ist es möglich, die 4 1/2 Millionen Mark, die für das Joachimsthalsche Grundstück an den Fiskus zu entrichten sind, dazwischen zu bringen, daß die Ausgabe die Bevölkerung nicht allzu sehr drückt. Man braucht sich in Wilmerdsdorf nur einer Probenhaftigkeit zu entledigen, die den tatsächlichen Verhältnissen ganz und gar nicht entspricht.



**Neukölln.**

**Wahlrecht und Krankenhausbehandlung.** Schon bei den letzten Staatsberatungen wurde von unseren Parteigenossen im Stadtparlament darauf hingewiesen, daß es ein unhaltbarer Zustand sei, daß Wähler, welche für sich oder ihre Familienangehörigen Krankenhausbehandlung in Anspruch genommen haben, die Kosten dafür aber nicht gleich bezahlen können, ihres Wahlrechts verlustig gehen, da die nicht bezahlte Krankenhausrechnung als Armenunterstützung angesehen wird. Unsere Genossen verlangten, daß ein Extrafonds für derartige Zwecke angelegt werden sollte, damit die Krankenhauskosten nicht aus der Armenkasse gezahlt zu werden brauchten. Vom Magistrat wurden verschiedene rechtliche Einwendungen gemacht; schließlich wurde aber doch die Angelegenheit an die Armendeputation verwiesen.

Die Staatsberatungen waren kaum vorbei, da erschien in der „Neuköllner Zeitung“ am 12. April eine Notiz, wonach den Groß-Verliner Gemeinden demnächst ein Antrag zugehen wird, der Maßnahmen treffen soll, daß die Gewährung von Krankenhauspflege nicht mehr als Armenunterstützung anzusehen ist. In der Notiz wurde dann auf die Maßnahmen Charlottenburgs verwiesen, wo man es verstanden hat, eine andere Regelung zu treffen, und gleichzeitig wurde bemerkt, daß der Neuköllner Magistrat sich bereit erklärt hat, den gleichen Weg einzuschlagen, wie Charlottenburg.

Wenn nun der Magistrat die Absicht hatte, hier Änderungen zu treffen, so wäre es notwendig gewesen, doch noch vor der neuen Aufstellung der Wählerlisten eine dementsprechende Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung zu bringen, bis jetzt ist es jedoch noch nicht geschehen. Da aber gleich nach dem Jubiläumstermin mit der Aufstellung der neuen Wählerlisten begonnen wird, so dürfte es allerhöchste Zeit sein, daß der Magistrat dem noch nachkommt, da sonst die ganze Angelegenheit wieder auf ein Jahr verzögert wird. Inzwischen ist nun selbst durch ein Urteil des Bezirksausschusses zu Potsdam vom 5. März 1912 eine kleine Besserung in der Rechtslage eingetreten.

Durch die Städteordnung wird bestimmt, daß derjenige, der im letzten Jahre Armenunterstützung erhalten hat, seines Wahlrechts verlustig geht. Und da nicht bezahlte Krankenhauskosten als Armenunterstützung betrachtet werden, so wurde es vielfach von der Gemeinde so gehandhabt, daß ein Wähler seines Wahlrechts verlustig ging, auch wenn er bereits die Kosten ratenweise zurückgezahlt hatte, jedoch seit der Zahlungsannahme der Unterstützung noch kein Jahr vergangen war.

In dem oben erwähnten Urteil handelt es sich um einen Neuköllner Wähler, der gegen seine Nichtaufnahme in die Wählerliste Klage beim Bezirksausschuß erhoben hatte. Die Stadtverordnetenversammlung hatte aus zweierlei Gründen seine Aufnahme in die Liste abgelehnt. Der zweite Grund, der hier interessiert war, daß seine Ehefrau Krankenhausunterstützung in Anspruch genommen hätte.

Dieser Auffassung trat der Bezirksausschuß entgegen, indem er erklärte:

Dieser Versagungsgrund greift nicht durch, weil eine Armenunterstützung nur die Eigenschaft eines Vorwärters hat, dessen Abzug auch die politischen Folgen der Armenunterstützung beseitigt. Gegen dieses Urteil ist keine Berufung eingelegt, somit hat es Rechtskraft erlangt. Demnach sind die Gemeindeverwaltungen jetzt verpflichtet, alle diejenigen in die Wählerliste aufzunehmen, welche Krankenhausunterstützung in Anspruch genommen haben, sie aber bis zum Tage der Auslegung der Wählerliste zurückgezahlt haben; ferner alle diejenigen, welche in einer vorübergehenden Kostlage Armenunterstützung in Anspruch nehmen, diese aber bis Auslegung der Listen zurückzahlen.

Hoffentlich kommen die Gemeinden Groß-Verlins bald dazu, einige der größten Härten des Wahlrechts durch Schaffung solcher Fonds zu beseitigen.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am gestrigen Donnerstagnachmittag gegen 1/5 Uhr am Hermannplatz. Dort wollte der 63jährige Kaufmann Gustav Hummel, Besterstr. 218 wohnhaft, kurz vor einem herannahenden Privatautomobil den Fahrdamm überschreiten, wurde jedoch von dem Kraftwagen erfasst und überfahren. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Steinwegstraße gebracht, wo der anwesende Arzt mehrere schwere Rippenbrüche, einen Bruch der rechten Hand, sowie Hautabschürfungen am Kopf und den Beinen feststellte. Der Schwerverletzte wurde nach Anlegung von Rotverbänden in das hiesige Krankenhaus eingeliefert.

**Ober-Schönevide.**

Bei den am Montag vollzogenen Vermehrungswahlen wurden gewählt: in der ersten Klasse die Fabrikdirektoren Weber und Prieger und in der zweiten Klasse der Grundbesitzer Schmedel und der Baumeister Nordquist von der Terraingesellschaft Oberpreze. Die Sozialdemokratie war an diesen Wahlen nicht beteiligt. Nach der von der Vertretung demnächst vorzunehmenden Wahl eines besoldeten und eines unbesoldeten Schöffen, hat dieselbe ihre höchstzulässige Stärke, nämlich 80 Mitglieder erreicht. Für die Stelle des besoldeten Schöffen sind 117 Bewerbungen eingegangen.

Der Verein Jugendheim ist, nachdem die vor Jahresfrist von der Polizeibehörde gegen den Verein verhängte Auflösung mangels jeglichen Grundes zurückgenommen werden mußte, doch noch für politisch erklärt worden. Die Handhabung zu diesem Vorgehen glaubt die Polizei in einem in einer Jugendversammlung behandelten Thema und eines dort verbreiteten Flugblattes gefunden zu haben. Es wird von der Polizei daher die Einreichung der Vereinsstatuten und eines Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder gefordert. Weides ist jedoch nicht vorhanden. Bei der anerkannten Objektivität der Polizeibehörden werden nun demnächst wohl auch diverse andere Vereine, die sich sehr lebhaft der Bekämpfung der Sozialdemokratie widmen, dem gleichen Schicksal anheimfallen.

Der Arbeiterschaft kann diese Maßnahme der Behörde nur recht sein, indem dadurch mehr als sonst das Interesse an den Bestrebungen der Arbeiterjugend geweckt und damit zugleich die Ausgestaltung des Jugendheims gefördert wird.

**Lichtenrade.**

Der hiesige Arbeiter-Radfahrerverein feiert am Sonntag, den 16. Juni, sein diesjähriges Stiftungsfest. Da genannter Verein bei Arbeiterbergnigungen stets mitwirkt, wird die Arbeiterschaft ersucht, sich tege an dem Fest zu beteiligen.

**Spandau.**

„Sozi-Karte“ bringt das am Abonnentenschwund leidende „Spandauer Tageblatt“ heraus. Es sollen, wie aus einer derselben bemerkt wird, Anregungen gegen die Sozialdemokratie sein, in Wirklichkeit sind es die plumpesten Schwindel, die jemals über die Sozialdemokratie verbreitet wurden. Allem Anschein nach sucht das Blatt die infolge seines geringen Abonnentenstandes wenig lohnende Verleumdung der Sozialdemokratie durch Karten, für dies es noch Geld herauszuschlagen will, zu ersetzen.

Die Sozialdemokratie des Kreises Potsdam-Spandau-Osthavelland hat von solchen Schwindelpostkarten ebensowenig zu befürchten, wie dies von den alten Ledenhüttern des Reichsverbandes der Fall ist. Von solchen Lügenprodukten wendet sich jeder denkfähige Mensch mit Ekel ab.

**Potsdam.**

Ein Walderholungsstättenverein ist dieser Tage hier gegründet worden. Der Zweck des Vereins ist die Errichtung und Unterhaltung einer Walderholungsstätte für Potsdam, Nowawes und Umgebung, um wenig bemittelten Aktionärsfamilien einen geregelten Waldaufenthalt mit Verpflegung während der Tageszeit zu verschaffen und der bei derartigen Patienten schnell um sich greifenden Lungenentzündung vorzubeugen. Die Walderholungsstätte soll auf dem Brauhäuserberge womöglich noch in diesem Jahre errichtet werden. Der betreffende Bau ist mit ungefähr 25 000 M. veranschlagt worden. Von privater Seite sind bereits einige größere Beträge gezahlt. Die Ortskrankenkassen von Potsdam und Nowawes haben sich verpflichtet, dieser Walderholungsstätte geeignete Kranke gegen Erstattung der Verpflegungskosten zu überweisen.

**Entzogene Badebelegenheit.** Im vergangenen Jahre war am Lustschiffhafen an der Pirchstraße ein Freibad entstanden, das auch in diesem Jahre wieder von den vorjährigen Besuchern eröffnet wurde. Von der Direktion des Lustschiffhafens wird jetzt das Baden an dieser Stelle verboten, Zuwiderhandelnde sollen unachtsam zur Anzeige gebracht werden. Nach einer öffentlichen Mitteilung der Lustschiffhafen-Direktion sollen einige halbwidrige Juristen die Vorübergehenden befristet und auch einzelne Einrichtungen des Lustschiffhafens beschlagnahmt haben. Auch wir beurteilen es, daß einzelne Personen sich Ungezogenheiten erlauben; das brauchte aber für die Direktion des Lustschiffhafens kein Anlaß zu sein, hierunter nun alle Badenden leiden zu lassen. Gerade in der Brandenburger Vorstadt, wo leider so wenig Badebelegenheit vorhanden ist, war das Freibad ein dringendes Bedürfnis. Hätte die Direktion des Lustschiffhafens an die Badenden eine Aufforderung gerichtet, auf Ausschreitungen etwas Obacht zu geben, so wären weitere Plagegeleien einzelner Personen sicher unterblieben.

**Jugendveranstaltungen.**

**Arbeiterjugend Pantow-Schönhausen.** Sonntag, den 16. Juni: Spielfahrt nach Buz. Die Arbeiterschaft von Pantow-Schönhausen ist dazu mit ihren Kindern besonders eingeladen. Abmarsch mittags 2 Uhr Pantow Kirche. Fahrgehalt 20 Pf. Proviant und Lieberbäcker mitbringen.

**Gerichts-Zeitung.**

**Beseht ein Schimpfrecht der Richter?**

Durch eine Ausführung in der mündlichen Begründung eines Urteils fühlte sich der Bergmann Bernhard Lönnemann aus Gelsenkirchen beleidigt und strengte dieserhalb gegen den Vorsitzenden der 3. Strafkammer des Essener Landgerichts, Landgerichtsdirektor Richter, vor dem Essener Schöffengericht die Privatklage wegen Beleidigung an. Der Privatkläger wurde am 2. März cr. von der erwähnten Strafkammer wegen Streifvergehens — verurteilter Nötigung — zu einem Monat Gefängnis verurteilt. In der Begründung des Urteils rügte der Angeklagte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des erkennenden Gerichts die Art der Verteidigung des jetzigen Privatklägers mit folgenden Worten: „Es ist lächerlich, wenn der Angeklagte behauptet, am frühen Morgen spazieren gegangen zu sein, um sich am Gesang der Vögel zu erfreuen.“ Darauf übte der Vorsitzende unter Vergunahme auf einen von einem Zeugen geschilderten, mit dem Vergehen Innenmanns im Zusammenhang stehenden Vorfall folgende persönliche Kritik an demselben: „Als die Arbeitswilligen in Begleitung von Genbarmen kamen, verschwand der Angeklagte nach Art der feigen Memmen, das sind die richtigen!“

Die Verhandlung in der Beleidigungsklage endete mit Freisprechung des Angeklagten. Sie wurde folgendermaßen begründet: Der Privatkläger hat in seiner Eigenschaft als Angeklagter in der in Frage stehenden Verhandlung ganz unglücklich dreizeh Unwahrheiten zu seiner Verteidigung vorgebracht. Einen solch krassen Mißbrauch der Strafprozedur und die damit verbundene Mißachtung des richterlichen Ansehens, die geeignet war, die staatliche Rechtsordnung zu untergraben, war der Angeklagte nicht allein berechtigt, sondern sogar verpflichtet, auf das entschiedenste zurückzuweisen. Die Ausführungen in der Urteilsbegründung waren in tatsächlicher Beziehung richtige und angebrachte, um das Prestige des Gerichts zu wahren.

Ein Richter handelt bei Verkündung der Urteilsgründe in Wahrnehmung berechtigter Interessen und in Ausübung einer Pflicht. Wenn er aber diese Gelegenheit mißbraucht, um zu beleidigen, so ist er strafbar. Im Gegensatz zu den Gründen des freisprechenden Urteils wird die allgemeine Rechtsempfindung dahin gehen: der Vorsitzende hat durch den Gebrauch des Schimpfwortes „feige Memmen“ gezeigt, daß er beleidigen wollte. Er hat überdies den mit der angeblichen Straftat des Angeklagten in keinem Zusammenhang stehenden Vorfall herangezogen nicht in Ausübung seines Rechts und seiner Pflicht einer Urteilsbegründung, sondern lediglich bei Gelegenheit derselben. Seine Ausführung, es „verschwand der Angeklagte nach Art der feigen Memmen, das sind die richtigen“, beweist eine partielle Voreingenommenheit gegen den Angeklagten und enthält eine grobe Beleidigung. Wenn solche Beleidigungen, die Gerichtsamtliche unter dem Schutz ihrer Autorität ausüben, straflos bleiben sollen, so bleibt dem Verletzten, falls er nicht der vernünftigen Ansicht ist, daß auch ein Landgerichtsdirektor seine Ehre nicht verlerren könne, nichts übrig als Wiederbergehung durch körperliche Nötigung auf der Stelle. Damit dieser Zustand nicht eintrete, ist zu wünschen, daß das Reichsgericht den unhaltbaren Freispruch aufhebt.

**Brandstiftung in der Lörkingstraße.**

In drei Tagesitzungen verhandelte das Schwurgericht am Landgericht I unter Vorsitz des Kammergerichtspräsidenten Schlichter eine Anklage wegen vorsätzlicher Brandstiftung gegen den Schankwirt Otto Anton aus der Lörkingstraße. Der Angeklagte hat durch seine verbrecherische Tat in der Nacht zum 1. März in dem Hause Lörkingstr. 28 die Hausbewohner in Angst und Schrecken versetzt und die Gesundheit mehrerer Personen gefährdet. In jener Nacht war in einem Keller unterhalb der Antonischen Schankwirtschaft Feuer ausgebrochen, welches, ehe es erlosch, wurde, mehrere Verletzte und Robilien, sowie die Kassenlage erlosch und im Treppenhaus eine so starke Rauchentwicklung hervorgerufen hatte, daß die Treppen fast gar nicht mehr passierbar waren. Der Mieter des Hauses hatte sich eine gewaltige Panik bemächtigt und einige Bewohner der oberen Stockwerke waren schon willens, aus dem Fenster zu springen. Auf die Hilferufe der Geängstigten wurden über zwei Hakenleiter- und zwei Stielegänge hindweg Mannschaften der Feuerwehr nach oben geschickt, die eine Anzahl von Personen ins Freie brachten. Ein Bewohner des Hauses war schon halb ohnmächtig und konnte sich nur auf allen Vieren zum Fenster schleppen. Bei Verichtigung des Brandherdes stellte es sich heraus, daß es sich um eine vorsätzliche Brandstiftung handelte, die leicht eine gewaltige Ausdehnung hätte annehmen können. Unter dem Schanklokal des Anton Logen zwei Kellerräume, die beide zum Ausbruch eines Feuers vorbereitet waren. In dem einen Keller, dessen Inhalt mit Petroleum getränkt war, war unterhalb der Kassenlage eine brennende Lampe aufgestellt, welche die Kassenlage zum Schwelen gebracht hatte. Der Angeklagte hatte wohl gehofft, daß von dort das Feuer auch auf den anderen Kellerraum übergesprungen würde, denn dort hatte er verschiedene Kisten mit petroleumgetränkten Hosenknäusen und anderen leicht brennbaren Stoffen aufgestellt. Seine Hoffnung, daß das überspringende Feuer diese Beweise seiner verbrecherischen Tat vernichten würde, erfüllte sich nicht. Das schnelle Eingreifen der Feuerwehr war sehr bald von Erfolg gekrönt.

Der Angeklagte legte ein Geständnis dahin ab, daß er das Verbrechen begangen habe, weil er sich in drückender materieller Lage befunden und sich aus derselben durch Erhebung der Versicherungssumme von 18 000 M. herausziehen zu können hoffte. Die Versicherung war bedeutend zu hoch festgestellt.

Das Notum der Geschworenen lautete auf Brandstiftung und Versicherungsbetrug unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Das Gericht hielt nur die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten für den einzigen Milderungsgrund und erlosch, daß die Tat von großer Gemeingefährlichkeit zeuge. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

**Verfehlter Polizeikampf gegen Wilder.**

An den Theaterdirektor Wesken, der in Göttingen das Varieté „Colosseum“ innehat, erstreckte die Polizeiverwaltung eine Verfügung, durch die sie die Entfernung der Glasbilder aus den Fenstern der Parierelokalitäten einer Bar forderte. Diese Bilder sind symbolische Verherrlichungen von Wein, Weiß und Gesang. Die Polizei vertrat den Standpunkt, daß ihr Anblick geeignet ist, die Sittlichkeit zu gefährden, da sie Frauenpersonen mit nackten Brüsten darstellten. Das Publikum habe auch Anstoß daran genommen. Der Regierungspräsident und Oberpräsident verwarfen die Beschwerden des Herrn Wesken.

Darauf klagte D. beim Oberverwaltungsgericht. Hinsichtlich der Bilder der Fenster machte er geltend, daß sie unmöglich in stiltlicher Beziehung Anstoß erregen können. Es seien künstlerische Reproduktionen eines Kunstmalers in Kassel. Jedes koste 200 M.

Das Oberverwaltungsgericht hob dieser Tage die polizeiliche Verfügung auf, die die Vereitigung der Glasbilder forderte. Der Senat hat nach den vorliegenden Photographien nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß durch die Bilder die öffentliche Sittlichkeit verletzt werde.

**Konervative Wahlmänner.**

Am 10. Januar fand in Konradswaldau, im Wahlkreise des feudalen Grafen Garmer-Oden, eine konservative Wählerversammlung unter Leitung des Rittergutsbesizers, Landesältesten und Hauptmanns Ritsche statt. Im Verlauf der Versammlung erklärte Ritsche, daß er einen anonymen Brief erhalten habe, der den nationalliberalen Gegenkandidaten Reinecke betreffe und Angaben über die sittliche Qualität desselben enthalte. Im allgemeinen, so behauptete der Herr Hauptmann und Rittergutsbesizer, lege man anonymen Briefen wenig Bedeutung bei, aber er halte es trotzdem für sein Pflicht, diesen Brief in der Versammlung vorzulesen, weil aus ihm hervorgehe, mit welchen Charaktereigenschaften der nationalliberale Gegenkandidat des Herrn Grafen Garmer ausgestattet sei. Der mit so noblen Waffen kämpfende Agrarier las den von beleumderischen Angriffen triefenden Brief vor und fügte am Schluß noch hinzu, daß ein Mann, über den man so denke und schreibe, natürlich nicht geeignet sei, als Reichstagskandidat zu fungieren. Reinecke war in der Versammlung, wo die gemeinen Verleumdungen über seine Person durch den Rittergutsbesizer Ritsche verbreitet wurden, nicht zugegen. Später erhielt er davon Kenntnis. Da der Brief von Anfang bis Ende so ziemlich glatt die Tatsachen auf den Kopf stellte, verlor er den Hauptmann Ritsche. Das Schöffengericht Gubrau hielt es für berechtigt, daß ein konservativer den politischen Gegner in der gemeinsten Weise verleumde und sprach deshalb den Rittergutsbesizer, Landesältesten und Hauptmann frei. Die Strafkammer in Glogau, die jetzt als Berufungsinstanz zu urteilen hatte, hob den Freibrief für konservative Verleumder auf und erkannte auf 300 M. Geldstrafe wegen öffentlicher Verleumdung.

Der schmutzige Inhalt des anonymen Briefes ist gar noch als Flugblatt im Wahlkreis verbreitet. Bedeurend ist, daß kein konservatives Organ diese niederträchtige Kampfweise verurteilt hat. Wie muß es mit der Partei bestellt sein, die mit solch schmutzigen Kampfmitteln arbeitet.

**Aus Mecklenburg.**

Eine eigenartige Anklage wurde am Montag vor dem Schöffengericht zu Bülow an der Warnow verhandelt. 26 streikende Arbeiter aus der Bleekschen Papierfabrik hatten gerichtliche Entscheidung beantragt, weil sie wegen Streifpostenfiehens und „ruhestörenden Värms“ vom Magistrat mit einer Strafverfügung von 20 M. ebenf. 5 Tagen Haft bedacht worden waren.

Fabrikbesizer Bleek, der als Zeuge vernommen wurde, wollte angeblich belästigt worden sein. Durch Befragen des Richters wurde festgestellt: an einem Abend hatten Ansammlungen stattgefunden, auch wurde „gejöhlt“. Zeuge Bleek legte im weiteren Verlaufe der Verhandlung das Geständnis ab, daß er nicht glaube, daß die Streikenden selbst gejöhlt hätten, aber der Arbeiter Bernit, der unter den Streikenden gewesen sei, habe — Orimassen gemacht! Zeuge Schuhmann Ewald bekundete, die Ansammlungen in der Nähe der Bleekschen Fabrik hätten aus Frauen und Kindern bestanden; als ruhestörenden Värm habe er es nicht aufgefaßt. Daß Streikende gejöhlt hätten, habe er nicht gehört. Schuhmann Zeuge Ulrich sagte aus, daß er von der Behörde beauftragt worden sei, die Streifposten aufzuschreiben. Er habe alle Streikenden, die er getroffen habe, als Streifposten angesehen und aufgeschrieben; ob sie in der Tat Streifposten gefunden hätten, wisse er nicht! Bleek habe ihm erzählt, alle Streikenden ständen Posten, somit seien auch Arbeiter aufgeschrieben, die er gar nicht gesehen habe. Das Gericht sprach die Arbeiter allesamt frei; die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Gesundem Rechtsempfinden entspräche es, daß die 26 unschuldig Angeklagten die ihnen erwachsenen Auslagen erstattet erhielten und daß die an der leichtfertigen Anklage Schuldigen auf die Anklagebank kämen.

**Arbeiter-Wanderverein „Berlin“.** Wanderschaft am Sonntag, den 16. Juni, nach Eberswalde (Wasserfall), Rainhammer, Spedtschauen, Nonnenfließ, Reckow, Diefenbach. Abfahrt 6 Uhr Stettiner Hauptbahnhof, nur bis Station Eberswalde (Wasserfall).

**Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin.** Sonntag, den 16. Juni: a) Wanderung von Grünau über die Müggelberge nach Rahnsdorf (Freibad); Abfahrt nach Grünau früh 6.00 Gdlicher Bahnhof; b) nach Rahnsdorf. Abfahrt Schleißer Bahnhof mittags 12.20 nach Rahnsdorf. Gäste willkommen.

Voranzeige! Am Sonntag, den 23. d. M., findet eine Spreewaldfahrt statt. Abfahrt am 22. Juni nach Beischau nachmittags 3.25 und 7.15 vom Gdlicher Bahnhof.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter zu Hamburg.** (C. G. 29.) Ziliale Friedr. Schlegel. Sonnabend, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Timius, Wilhelmstraße 53.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet 3 Stunden a t a g e 09, vorn vier Treppen — F a k t u b l — w ochenentlich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 4 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Enschloß und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Wichtigste Antwort wird nicht erzieht. Anfragen, denen keine Abonnementskontingent beifügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**C. G. 50, Pantow.** Ihre Frau soll sofort beim Amtsgericht Pantow die Einstellung der Zwangsvollstreckung beantragen und den Einstellungsbescheid dem Gerichtsvollzieher übermitteln. — **R. 23. 100.** Dazu sind Sie verpflichtet. — **R. 333. 1.** und **2.** Ausschloßlos. **3.** Wenn ausreichende Gründe vorhanden sind, ja. — **R. 3. 03.** Ohne nähere Sachdarstellung nicht zu beantworten. Wenn die Firma von den früheren Diebstählen Kenntnis erlangt, erscheint die Firma ersatzpflichtig. — **R. H. 50. 1.** und **3.** Einen gesetzlichen Anspruch auf Herausgabe des Kindes hat Ihr Mann nicht. **2.** Nur der Vormund. — **W. 11. 15. Reim.** — **R. 2. 100. 1.** und **2.** Wegen der nicht länger als 1/4 Jahr fälligen Steuern unbeschädigt, wegen älterer Steuerstände der 28.55 M. wöchentlich übersteigende Betrag. Wegen Alimente der etwa 20 M. übersteigende Betrag, falls Schuldner unverschuldet ist; falls verschuldet, der etwa 27 M. übersteigende Betrag. — **C. G. 26.** Nichten sich nach dem Objekt. — **R. R. R.** Der Standpunkt der Steuerbehörde entspricht dem Gesetz. — **Alter Abonnent 55. 1.** Die Hälfte. **2.** 21 M. Jahressteuer, aus schließlich







# Hausarztverein Wedding-Gesundbrunnen

Mitglied des Verbandes der Hausärztereine.  
Sonnabend, den 16. Juni, in **Volgts Theater**, Badstraße 58:  
**Großes Sommerfest**  
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Entrée 30 Pf. [222/0] Anfang 4 Uhr.  
Während der Pausen und nach der Vorstellung **Tanz**. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. — Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3-6 Uhr zur Verfügung. — Jedes Kind erhält an der Kasse einen **Bon** für eine Stadlaterne gratis. — Anmeldungen für den Verein nimmt entgegen: **Vorstand: Genosse C. Wölke**, Brunnstr. 109.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-  
ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosenjaal):

## Sitzung der Ortsverwaltung.

### Achtung!

Die Bibliothek wird im Juli zwecks Inventur ge-  
schlossen. Alle Bücher müssen bis zum 30. Juni ein-  
geliefert werden. Vom 17. Juni ab werden keine  
Bücher mehr ausgegeben.

Die Ortsverwaltung.

# Zentralverband der Dachdecker Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 16. Juni, vormittags 10 Uhr:

## Versammlung

der Dachdecker und Hilfsarbeiter

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgeberern.
  2. Stellnugnahme zum Vergnügen.
  3. Verbandsangelegenheiten.
- Jedes Mitglied ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. —  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

# Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

E. H. 3 Hamburg. — Verwaltung Berlin F.

Sonntag, den 16. Juni, vormittags 10 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Lokale von Paul Obiglo, Schwedter Straße 24.

Tagesordnung:

1. Statutenänderung.
  2. Delegiertenwahl zur Generalversamm-  
lung.
  3. Verschiedenes.
- Die Ortsverwaltung.

# Steinarbeiter!

Sonntag, den 16. Juni, vormittags von 9 bis 11 Uhr,  
in den Zohlfellen:

## Allgemeine Kontrolle.

Zu derselben sind mitzubringen: Die Mitgliedsbücher, Statistiken  
und Arbeitslosenfondskarten. — Wahlvereinsmitglieder bringen  
außerdem ihre Wahlvereinsbücher und „Vorwärts“-leser die letzte  
Ausgabe mit.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich der Kontrolle zu  
unterziehen. — Mitglieder jeder für vollzählige Beteiligung.  
Die Ortsverwaltung.

# Fleischerboykott in Neukölln!

Der Einwohnerchaft Neuköllns zur Mitteilung, daß in allen be-  
willigten Schlachtereien folgendes Plakat (weiß mit rotem Rand) aus-  
gehängt ist:

Meiner geschätzten Kundschaft zur gefälligen  
Kenntnis:

In meinem Geschäft sind die

**:: Lohn- und Arbeitsbedingungen ::**

mit dem

**Zentralverband der Fleischer u. B. D.**

tariflich geregelt.

Es erfolgt hierüber keine Preiserhöhung

der Fleisch- und Wurstwaren.

Stempel der Streikleitung. Bestätigt durch **Paul Bergmann**.

Gandfrauen! Arbeiter! Unterstützt die um eine geregelte  
Arbeitszeit kämpfenden Fleischergehilfen. Weibet die Geschäfte,  
in denen das rote Plakat von den Selben anhängt.

## Die Streikleitung.

Berlin, Elisabethstr. 11.

Telephon: Amt Köpenick Nr. 3024.

222/7  
Ziehung am 25. u. 27. Juni un widerruflich

### Grosse Frankfurter Lotterie

zu Gunsten des Frankfurter  
Vereins für Luftschifffahrt  
4482 Gewinne im Werte von Mark

**100000**  
**50000**  
**10000**

Frankfurter Lose à 3 Mk.  
Porto und Liste 30 Pf. extra.  
In allen Lotteriegeschäften, Lose-  
verkaufsstellen und durch  
**Lud. Müller & Co.**  
in Berlin C., Brühlstr. 5

Reparaturen. Spez.: Un-  
erlässlich laudere Restur  
für Schüler. Tonverbesser-  
ung, auf Wunsch auch solche,  
die dem alt-italienischen Tone  
ähnlich sind. Besondere  
Ratenzahlung für Vorwärts-  
Abonnement. Ungebrochen  
ebendie Anerkennungen.

**Emil Toussaint.**  
Werkstätte für Kunstgeigenbau  
in Berlin N. 24, Al. Hamburgerstr. 17.

# Sechster Wahlkreis.

Am Sonntag, den 16. Juni, findet die

## Wahl eines dritten Angestellten

in folgenden Lokalen statt:

- Obiglo, Schwedter Str. 23.
- Lopper, Fionckirchstr. 11.
- Gründel, Wörther Str. 15.
- Dobroslaw, Schlemannstr. 39.
- Brecht, Wierthstr. 8.
- Bachgänger, Schibelbeiner Str. 23.
- Bliesche, Kopenhagener Str. 74.
- Goffmann, Swinemünder Str. 47.
- Denkel, Straßunder Str. 17.
- Thomae, Hufitenstr. 35.
- Bruder, Schlegelstr. 9.

- Faber, Stephanstr. 11.
- Baersch, Oldenburger Str. 10.
- Köhler, Wittstoder Str. 19.
- Petermann, Havelberger Str. 16.
- Kunze, Triftstr. 63.
- Schade, Köstner Str. 9.
- Vaer, Badstr. 44.
- Pose, Koloniestr. 15.
- Glawe, Liebenwalder Str. 4.
- Doye, Müllerstr. 38a.
- Tauschel, Rameur Str. 53.

Gewählt wird in der Zeit von 10 bis 1 Uhr.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Mitglieder, welche länger als drei Monate mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, können nicht wählen.  
Der Vorstand.

Probieren Sie!

Knorr Suppe  
Weiberfreud  
3 Teller 10 Pfg.

Wichtig für jeden Raucher!

# BOLERO

## Cigaretten

Verfeinerte Qualität! Tabake neuester Ernte!

GEBR. SELOWSKY, DRESDEN.

Augen auf!

Beim Einkauf Ihrer Sommer-Garderobe! Wir empfehlen modernen gearbeitete  
Derrrenanzüge, Paletots, Hosen in reich. Kreid. Form, in bester Verarbeitung,  
in höheren Preislagen auf Hochhaar mit Handknöpföchern.

Jackett-Anzüge, einfarbig	10.- 15.- 20.- 25.- 30.- 35.- 40.-
Jackett-Anzüge, blau	15.- 20.- 25.- 30.- 35.- 40.-
Paletots wie Bild	15.- 20.- 25.- 30.- 35.- 40.-
Hosen, einreih. zweireih.	15.- 20.- 25.- 30.- 35.- 40.-
Wendel-Anzüge	25.- 35.- 45.-
Wendel-Anzüge	8.- 12.- 16.-
Reinwäcker	3.- 5.- 8.-

Sommer-Jacketts in höher. Qualität

Extra-Abteilung:  
Krad, Smolting, Geflechtstief, Anzüge sowie jede  
andere Garderobe reich. sortieren.

**J. Wand**, Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116.  
2. Geschäft: Chausseest. 89. 3. Geschäft: Jägerstr. 11.  
Im Hauptgeschäft Gr. Frankfurter Str. 116:  
Nagel-Abteilung.  
Versand nach außerhalb.

Reihe I	Reihe II	Reihe III
Paletot nach Maß	Paletot nach Maß	Paletot nach Maß
40.-	50.-	60.-
40.-	50.-	60.-
15.-	18.-	21.-

Portofreie Auslieferung.  
Etände, welche nicht passen, brauchen nicht abgenommen zu werden.  
Sonntag geöffnet von 9-10 Uhr.

# Kautabak

Nur echt,  
wenn jedes  
Röllchen neben-  
stehenden Zettel  
enthält.

Haupt-  
niederlage:  
**H. & P. Uder**, Berlin SO. 16, Engelufer 5.  
Tabak-Großhdlg. Amt Moritzpl. 3014.

## G. A. Hanewacker

Nordhausen.  
Schutzmarko.

# Nathan Wand

129 Stalitzer Str. 129.  
Die schönsten  
Smoking-, Jackett-, Rock- und  
Gehrockanzüge in neu  
sowie speziell  
erklaßige, auf Seide gearbeitete  
Garderobe, von  
Kavallieren getragen.  
falt neu, für jede Figur passend,  
besond. Ganzanzüge sind in  
großer Auswahl reich zu haben  
billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**  
129 Stalitzer Str. 129.  
Hochbahnhofsstation Rottbuscher Tor.  
Bitte im eigenen Interesse auf  
Hausnummer zu achten.

# Lewinsohn's

Einmal-  
**Ausverkauf**

Rosenthaler Str. 40-41  
Hackescher Markt.  
Bitte genau auf die Hausnummer  
zu achten.

Stauend  
billige  
An-  
gebote!

Nur kurze Zeit  
solange Vorrat.

## Damen-Stiefel

schwarz im Chevreaux  
mit Lackkappe, moderne  
Fassons . . . jetzt nur **4.75**  
schwarz Chevreaux mit Lack-  
kappe, schlanke u. breite  
Fassons . . . jetzt nur **5.95**  
schwarz prima Chevreaux  
mit, auch ohne Lackkappe, die  
eleganteren Fassons,  
Goodyear-Welt jetzt nur **7.95**  
braun Chevreaux mit  
Lackkappe, moderne  
Fassons . . . jetzt nur **5.95**  
braun Ia Chevreaux mit Lack-  
kappe, breite u. schlanke  
Fassons . . . jetzt nur **6.75**

## Halbschuhe

Damen, schwarz Chevreux  
mit Lackk., jetzt nur **3.95**  
braun Chevreux  
mod. Fassons, jetzt nur **4.25**  
schwarz Derby, große  
Oss, Lackk., jetzt nur **4.95**  
braun Chevr., Derby  
mit Lackk., jetzt nur **4.95**  
Lack-Halbschuhe  
amerikanisch, Fassons,  
jetzt nur **5.95**

## Herren-Stiefel

schwarz Hindbox-Schuh-  
stiefel, breite Fassons, kräftig,  
Straßensattel, auch Zug  
u. Schnalle . . . jetzt nur **5.95**  
schwarz Chevreux-Schuh-  
stiefel mit Lackkappe, schlanke  
und breite Fassons  
jetzt nur **6.95**  
schwarz Chevreux-Schuh-  
stiefel, eleg. amer. und franz.  
Fassons, Goodyear-  
Welt . . . jetzt nur **8.95**  
braun Chevreux-Herren-  
stiefel, schlanke und  
breite Fass., jetzt nur **6.95**  
braun Ia Chevreux-Herren-  
stiefel, neueste For-  
men . . . jetzt nur **7.95**

## Kinder-Stiefel

schwarz,  
mit und ohne Lackkappe  
kräftige Strapsenstiefel

20-24	25-26	27-30	31-35
<b>1.55</b>	<b>2.95</b>	<b>3.25</b>	<b>3.75</b>

braun, mit Lackkappe,  
Normalfassons

21-24	25-26	27-30	31-35
<b>2.95</b>	<b>3.45</b>	<b>3.75</b>	<b>4.25</b>

## Bindleder- Sandalen

22-24	25-26	27-30	31-35
<b>1.95</b>	<b>2.25</b>	<b>2.55</b>	<b>2.75</b>

35-42 43-48  
**3.35 3.85**

## Hausschuhe

in Leder mit Absatz **1.65**  
für Damen . . . . .

## Hausschuhe

in Leder mit Absatz **1.95**  
für Herren . . . . .

# Lewinsohn

Rosenthaler  
Str. 40-41  
Hackescher Markt.  
Prompter Versand nach außerhalb.  
Untersuch jederzeit.

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch **Mann**  
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders portatibel geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei  
**Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung**  
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66  
Rübe Alexanderplatz. am Friedrichshain. (Neben) am Ringbahn.  
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.